

Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz

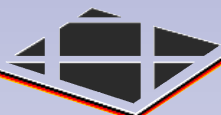


**Elbe-Flut – DFV fordert
Konsequenzen**

4-02



BUNDESVERWALTUNGSAMT
Zentralstelle für Zivilschutz





Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

vor elf Jahren veröffentlichte **Bevölkerungsschutz** einen Beitrag des damaligen Ministerialdirigenten Wolfgang Beyer aus dem Bundesinnenministerium, den dieser nach einer Unwetterserie im Sommer 1991 schrieb.

Beyers Resümee damals: Vorbeugung ist die zweckmäßigste Form der Bekämpfung bedrohlicher Naturereignisse oder technologischer Risiken. Maßnahmen der öffentlichen Hand müssen stärker auf ihre Bevölkerungsschutzverträglichkeit geprüft werden.

Tatsache ist jedoch, dass in den folgenden Jahren alle Maßnahmen des Bevölkerungsschutzes kontinuierlich zurückgefahren wurden. Erst die schrecklichen Erfahrungen des 11. September 2001 haben zu einem Umdenken in Fragen des Bevölkerungsschutzes geführt.

Neben den Gefahren, die durch Hass und Terror weltweit vorhanden sind, sieht sich die Menschheit immer mehr auch größeren Naturkatastrophen ausgesetzt.

Allein der Rhein trat in diesem Frühjahr mehrmals über die Ufer, und wieder musste der Superlativ „Jahrhunderthochwasser“ bemüht werden, als im August an Donau und Elbe ganze Landstriche überflutet wurden. Vor drei Wochen kamen bei einem Sturm, der über Deutschland hinwegfegte, zehn Menschen ums Leben.

Und wie vor elf Jahren werden in dieser Ausgabe des Magazins **Bevölkerungsschutz** Forderungen nach einer Steigerung der Effizienz des Bevölkerungsschutzes veröffentlicht.

Diesmal sind es Forderungen die der Deutsche Feuerwehrverband erhebt. Umfassender und detaillierter als dies damals Ministerialdirigent Wolfgang Beyer getan hat, aber mit der gleichen Zielrichtung.

Die Bundesregierung ist auf dem besten Weg, diesem Land einen Bevölkerungsschutz zu geben, der bei kommenden Großschadensereignissen, und dann in noch besserem Zusammenwirken aller auf diesem Sektor tätigen Gruppierungen, die Hilfe noch wirkungsvoller werden lässt.

Vergessen wir nicht: nach der Flut bedeutet auch vor der Flut!

Wir wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen eine schöne Weihnachtszeit und ein neues Jahr, ohne Katastrophen und in Frieden.

Ihr Redaktionsteam

Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz 2

Politik und Gesellschaft

Rotor & Rescue 3
Symposium auf der ILA 2002

Die Hochwasserkatastrophe 8
Erfahrungen — Analysen — Konsequenzen

Zivil-Militärische Zusammenarbeit 12
Verwaltungsvereinbarung zwischen BMI und BMVg unterzeichnet

Weltweite Bedrohung 17
1. Internationaler Kongress zum 11. September 2001



Neue Wege in der Ausbildung von militärischen und zivilen Kräften für den Einsatz im Krisenfall haben BMI und BMVg durch die Verwaltungsvereinbarung zur Zivil-Militärischen Zusammenarbeit beschritten. Im Bild (v.l.n.r.): Vizeadmiral Bernd Heise, Inspekteur der Streitkräftebasis, Dr. Jürgen Hensen, Präsident des Bundesverwaltungsamtes, und Ministerialdirektor Klaus Henning Rosen, Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern. (Bericht S. 12) (Foto: Stein)

INHALT 4-2002

Aus-und Weiterbildung

Krisenmanagement ist lernbar

Neue Seminare für Krisenstäbe, 2. Teil

17

Aufbruch zu neuen Ufern

Neue TEL-Ausbildung

21

Aus der Praxis

Psychische Situation von Kindern in Notfällen

Anregungen für die psychische Erste Hilfe

23

20 Jahre TUIS

Pressekonferenz des VCI

27

Technik und Wissenschaft

Aus der Industrie

Aktuelle Produktinformationen

31

Mitteilungen der Fachinformationsstelle der ZfZ

32

Aus den Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund

36

Deutsche

Lebens-Rettungs-Gesellschaft

38

Deutscher Feuerwehrverband

40

Deutsches Rotes Kreuz

42

Johanniter-Unfall-Hilfe

44

Malteser Hilfsdienst

46

Verband der

Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V

47

Technisches Hilfswerk

48

Rubriken

Rundblick

50

Für Sie gelesen

53

Kopfnuss

55

Termine

56

Zuletzt

57

Flut-Medaille für Hochwasserhelfer

Bundesinnenminister Schily hat am 1. Oktober 2002 in Leipzig den über 128.000 Helferinnen und Helfern der Hochwasserkatastrophe gedankt. Die Bundesregierung



hatte rund 15.000 Angehörige der Bundeswehr, des Technischen Hilfswerkes, des Bundesgrenzschutzes, der Feuerwehr und der Hilfsorganisationen, die während der Hochwasserkatastrophe im August 2002 eingesetzt waren, in die Leipziger Messe zu einer Feier eingeladen. Neben Schily nahmen Bundespräsident Johannes Rau, Verteidigungsminister Peter Struck und der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt teil.

Auf ihre Leistungen können die Fluthelfer des Elbehochwassers stolz sein. Und jetzt können sie ihren Stolz auch auf der Brust tragen. Auf Initiative von Verteidigungsminister Struck und Innenminister Schily wird den „Helden von der Elbe“ für ihren Einsatz die „Einsatzmedaille Fluthilfe 2002“ verliehen. Die Medaille kann an alle haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte des Technischen Hilfswerkes, an Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr sowie an Dritte,

die mit den Hilfskräften in besonderer Weise zusammengearbeitet haben, verliehen werden. Das Ehrenzeichen hat die Form einer runden, silberfarbenen Medaille. Sie trägt auf der Vorderseite den Bundesadler, darüber eine stilisierte Flutwelle und ein halb versunkenes Haus. Im unteren Teil findet sich die Inschrift „Fluthilfe 2002“. Die Rückseite trägt die Worte „Dank und Anerkennung“.

Auch der bayerische Staatsminister des Innern Dr. Günther Beckstein dankte in München den über 8.000 bayerischen Helfern der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen und des THW, die in Sachsen und Sachsen-Anhalt gemeinsam mit vielen tausend anderen Helfern gegen die Fluten kämpften. rs

Neue Gesichter an der AKNZ

Die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in

lich 17 auf jetzt 34 erhöht hat; hinzu kommen noch drei Bundeswehroffiziere, die zur AKNZ als Lehrkräfte abkommandiert sind (siehe hierzu auch Beitrag S. 12 in diesem Magazin).

Eine Klausurtagung in Maria Laach vom 30. September bis 2. Oktober 2002 unter der Moderation des Vizepräsidenten des Bundesverwaltungsamtes (BVA), Giso Schütz, sollte dazu dienen, dass sich die altgedienten Dozenten und die neuen näher kennenlernen.

Neben den persönlichen Kontakten hatte das Treffen auch die Aufgabe, gemeinsame Ziele zu definieren. Beispielsweise soll sich die „neue AKNZ“ als Kompetenz-Zentrum für das Bund-Länder-Krisenmanagement und als Begegnungsstätte aller im Bereich der zivilen Sicherheitsvorsorge Engagierten positionieren und profilieren. Die neue AKNZ ist seit Mitte 2002 in fünf Fachbereiche gegliedert, die in den kommenden Ausgaben von **Bevölkerungsschutz** vorgestellt werden.

Nähere Informationen zu den Seminar-Angeboten, auch mit kurzen Lebensläufen aller Dozenten, lassen sich im



Die Teilnehmer der Klausurtagung in Maria Laach haben sich zum Gruppenbild versammelt. (Foto: Fiedler)

Bad Neuenahr-Ahrweiler präsentiert sich mit vielen neuen Gesichtern, da sich die Zahl der Dozenten von ursprüng-

Internet finden: www.bundesverwaltungsamt.de.

„Rotor & Rescue“

Symposium auf der ILA 2002

Von Irene Kölbl und Stefan Wagner, Berlin

Während der Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung vom 06. bis 12. Mai 2002 (ILA 2002) fand ein dreitägiges Hubschraubersymposium statt. Die Veranstaltung behandelte verschiedene Gesichtspunkte des Hubschraubereinsatzes beim BGS, den Polizeien der Länder und der Bundeswehr sowie den Luftrettung betreibenden Vereinen. Die vorgestellten technischen Weiterentwicklungen erlauben neue Einsatztaktiken und -möglichkeiten.

Rettung aus Krisengebieten

Der SAR-Einsatz in Krisen- und Kampfgebieten, der Combat-SAR, eröffnete die Tagung. Die Bundeswehr, einmal als Verteidigungsarmee gegründet, hat sich zunehmend mit der Rückführung verletzter Soldaten und abgeschossener/abgestürzter Flugzeugbesatzungen auseinander zu setzen. Erreichte technische Verbesserungen und organisatorische Planungen tragen dazu bei, solche Operationen bei Einsätzen der Bundeswehr im Ausland erfolgreich durchzuführen.

Mit der Vorstellung des neuen NH 90-Hubschraubers der NHIndustries, einer Firmenkooperation, endete die Konferenz. Dieser wird die Bell UH-1D bei der Bundeswehr ablösen, einen Hubschraubertyp, der bereits im Vietnamkrieg flog.

Hubschrauberstaffeln der Landespolizeien und des BGS im Einsatz

Am zweiten Tag des Symposiums spielten die Einsatzmöglichkeiten der Hubschrauberstaffeln der Landespolizei-

en und des Bundesgrenzschutzes die Hauptrolle.

Strafverfolgung und anderes

Besprochen wurden unter anderem Details der originären Aufgaben, wie Sicherung der Landesgrenzen und Verfolgung von Verdächtigen oder Tatfahrzeugen aus der Luft. Ergänzend standen mögliche Tätigkeiten im Rahmen

sigte und nahezu wegrationalisierte Katastrophenschutz neu aufzubauen ist.

Das Thema „(Polizei-)Hubschrauber zur Unterstützung der Feuerwehr“ erörterten Fachleute aus den Bereichen Brandschutz, Polizei, BGS und Industrie in einer Podiumsdiskussion. Dabei zielte die Fragestellung beispielsweise auf eine mögliche Unterstützung bei der Menschenrettung vom



Die Polizei- und BGS-Hubschrauber (im Bild ein EC 155 des BGS) sind technisch ausgerüstet für die Aufgaben der Strafverfolgung und der Luftraumüberwachung bzw. der Grenzkontrolle mit hochauflösenden Kameras sowie Infrarot- und Radarsystemen.

der Brandbekämpfung und des Katastrophenschutzes zur Debatte. Technische Ausstattung, wie Wärmebildkameras und Hindernis-Warngeräte, sowie digital erzeugte Landkarten erleichtern die genannten Arbeiten.

Katastrophenschutz

Die Ereignisse des 11. September 2001 haben verdeutlicht, dass die Zusammenarbeit aller im Katastrophenschutz tätigen Dienste und Organisationen erforderlich bzw. zu verbessern ist. Fest steht, dass der jahrelang vernachlässig-

Dach eines brennenden Hochhauses.

Ebenfalls von Interesse war die Brandbekämpfung von außen durch am Hubschrauber befestigte „Löschkanonen“. Szenarien, die Oberbranddirektor Dieter Farrenkopf, Leiter der BF Hamburg, nicht ausschloss, aber als sehr unwahrscheinlich einstufte. Neben dem Rettungsdienst erschien ihm bei der Feuerwehr ein Hubschraubereinsatz in folgenden Aufgabenbereichen praktikabel:

- sofortige Erkundung der Lage aus der Luft bei

großflächigen Schadensereignissen

- Bei Überflutungen (Hochwasser, Sturmflut), Wald-, Busch-, Heide- oder Moorbränden und Bränden in Industrieanlagen ist eine Erkundung aus der Luft zweckmäßig. Hamburger Beamte des höheren feuerwehrtechnischen Dienstes sind hierin ausgebildet und geübt.
- Transport von Führungskräften zum Schadensort, unter anderem bei der Schiffsbrandbekämpfung
- Beförderung von Einsatzkräften und -mitteln zum Unfallort unmittelbar nach der Schadensmeldung: Sondereinsatzgruppen, wie Höhenretter oder Taucher, können vor Ort schneller zum Einsatz kommen. Die für ihre Tätigkeit benötigten Gerätschaften werden mitgenommen, wie die Wärmebildkamera zum Aufspüren von Brand- und Glutnestern oder zur Suche von verletzten Personen. Das Bio-Radar als Ortungshilfe dient der Suche nach Verschütteten. Mit Hilfe von Analyse- und Detektionsgeräten lassen sich bei Freisetzungen chemische oder radioaktive Stoffe identifizieren bzw. nachweisen.
- mit einem Arzt besetzter Hubschrauber für außergewöhnliche Einsatzlagen
- Für die zu erwartende Einsatzhäufigkeit bei Ereignissen, wie gewalttätigen Demonstrationen oder Epidemien, stehen in der Regel nicht genügend mit einem Arzt besetzte Rettungsmittel zur Verfügung. Es ist davon auszugehen, dass die Mehrzahl der Einsätze keinen Patiententransport mit dem Hubschrauber erfordert. Der zwischenzeitlich herangeführte bodengebundene Rettungsdienst kann den stabilisierten Patienten in den meisten Fällen eigenständig in eine Klinik bringen. Unterdessen ist der Notarzt mit der entscheidenden notfallmedizinischen

Ausstattung zeitgerecht zum „Schadensort“ zu befördern.

- mit einem Arzt besetzter Hubschrauber für Großschadensfälle
- Bei einem Massenansturm von Verletzten oder räumlich ausgedehnten Schadensla-

gen im Einsatzgeschehen die polizeilichen Aufgaben Priorität.

Unterstützungsmaßnahmen durch Polizeihubschrauber werden kritisch betrachtet. Farrenkopf setzt für erfolgreiche Kooperationen eine ständige Verfügbarkeit geeigneter Einsatzmittel der Polizei für die



NH90; dieser Hubschrauber wird die Bell UH-1 D bei der Bundeswehr ersetzen. Die Maschine ist wesentlich größer und für die zivile Luftrettung kaum geeignet.

gen sind unverzüglich zusätzlich Notärzte zum Unfallort zu transportieren.

Reale Beispiele zeigten, dass für gemeinsame Aktivitäten weder genügend Regularien noch Übungsmöglichkeiten vorhanden sind: Bei der praktischen Erprobung eines Impulslöschverfahrens im Hubschraubereinsatz standen sich die Behörden selbst im Wege.

„Die Polizei, die die Hubschrauberstaffel betreibt und an deren Maschinen die Löschkanonen montiert werden, übernimmt bei einem Brandeinsatz zwangsläufig die Aufgaben der Feuerwehr. Ein 18-monatiger Testlauf in den Niederlanden scheiterte an den auftretenden Kompetenzstreitigkeiten.“, fasste Rudy Steur, IFEX GmbH, seine Erfahrungen zusammen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Feuerwehr die Luftfahrzeuge der Polizei nutzen kann. Für gemeinsame Übungen reichen die Kapazitäten bei den Polizeihubschraubern allerdings schon nicht mehr aus. Zudem haben

Feuerwehr voraus. Ein eigener Feuerwehrehubschrauber ist unrentabel, da sich der Bedarf nicht einschätzen lässt. Im Katastrophenfall aber sind alle Behörden mit Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben (BOS) mit ihren eigenen Aufgaben voll ausgelastet. Wer in solchen Fällen einen anderen mit Gerät unterstützen kann, ist zu gut ausgestattet. Angesichts der Haushaltslage hätte er schon im Vorfeld mit dem „Rotstift“ zu rechnen.

Nichtsdestotrotz stimmten die Experten darin überein, dass sich im Zuge des Katastrophenschutzes der Einsatz von Hubschraubern als „interdisziplinäre“ Zusammenarbeit anbietet.

Über Grenzen hinweg ist das deutsch-französisch-spanische Gemeinschaftsprojekt eines Mehrzweckhubschraubers ein Schritt in diese Richtung. Basishubschrauber ist die EC 145. Mit der modularen Ausstattung und durch die schnelle Umrüstbarkeit ist ein umfangreiches Einsatzspektrum möglich: Dazu gehören Hochhausbrandbekämpfung, Mes-

sungen direkt in einer Gaswolke und Gefahrstoffanalyse.

Erinnern wir uns an die Deichbrüche an der Oder beim Hochwasser 1997. Welche Dimensionen hätten sie angenommen, wenn die Bundeswehr nicht auch mit zahlreichen Hubschraubern unterstützt hätte? Ein Einsatz, der nur zu leisten war, weil das Heer damals keine anderen umfassenden Aufgaben wahrzunehmen hatte.

Neue Strukturen erforderlich

Die notwendigen Kooperationen lassen sich bei dem allen Behörden auferlegten Sparzwang nur mit der Schaffung zusätzlicher Stellen und Einsatzmittel realisieren. Wer die Luftfahrzeuge für einen bundesweiten Einsatz bei Großschadensereignissen und Katastrophenfällen bereitstellt, ist zu klären. Anbieten würde sich der BGS als Bundesbehörde. Er verfügt über die notwendige Infrastruktur und kann weitere Aufgaben mit entsprechenden Einsatzmitteln durchführen. Auch die Nutzung von Militärtechnik wie Nachtsichtgeräten bereitet kein Problem. Private oder zivile Anbieter hätten Zulassungsprobleme, da die gegenwärtige Gesetzeslage den Einsatz derartiger Technologien im Zivilbereich nicht gestattet.

Luftrettung und humanitäre Hilfe im In- und Ausland

Thema des letzten Symposiums waren verschiedene Aspekte der Luftrettung im In- und Ausland. Die Leiter der drei in Deutschland Luftrettung betreibenden zivilen Organisationen (Deutsche Rettungsflugwacht (DRF), ADAC und Internationale Flugambulanz (IFA)) diskutierten mit hochrangigen Vertretern von BGS und Bundeswehr sowie dem Leiter der Hamburger Feuerwehr Gesichtspunkte des Hubschraubereinsatzes im Rettungsdienst und im humanitären Bereich.

Geschichte der Luftrettung in Deutschland

Bereits 1959 schrieb der deutsche Hubschrauberverband (DHV) den Einsatz von Hubschraubern für medizini-

Bereits vorher hatten einzelne Versuche zur Luftrettung stattgefunden. Ebenso standen die SAR-Dienste der Bundeswehr für „dringende Nothilfe“ zur Verfügung. Das Militär hat



Bell UH-1D; dieser Hubschraubertyp hat nur eine Turbine und entspricht nicht mehr den Richtlinien (JAR-OPS 3) der Luftrettung; er ist bis Ende 2009 zu ersetzen.



sche und humanitäre Hilfe als sinnvolles und erreichbares Ziel in seiner Vereinssatzung fest. Die Unverzichtbarkeit des Hubschraubers als lebensrettendes Gerät bei Katastrophenfällen bewies der Einsatz während der Flutkatastrophe in Schleswig-Holstein und Hamburg 1962.

Anfänglich bevorzugte man ein engmaschiges Netz bodengebundener Notarztwagen und Einsatzfahrzeuge. Erst 1970 stellte der ADAC mit Beteiligung des bayerischen Innenministeriums, der Bundesinnen- und -verkehrsministerien sowie der Allianz AG den ersten RTH in München in Dienst.

seinen SAR-Dienst zwischenzeitlich eingeschränkt, so dass Lücken entstehen. Auch der Bundesgrenzschutz hat einige Luftrettungsstationen aufgegeben (besonders in den neuen Bundesländern) und teilweise zivilen Betreibern überlassen.

Heute sind in Deutschland mehr als 50 Standorte von Primär-Rettungshubschraubern (RTH) eingerichtet: Als „fliegende Notarztwagen“ versorgen sie den Patienten nicht nur fachgerecht, sondern transportieren ihn auch gegebenenfalls selbst.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche Intensivtransporthubschrauber (ITH) privater Be-

treiber. Neben Patientenverlegungen von Klinik zu Klinik sind sie im Katastrophenfall auch als RTH nutzbar.

Zukunftsperspektiven der Luftrettung in Deutschland

Beim Aufbau des Luftrettungsnetzes war in den ersten Jahren ein gewisser Wildwuchs zu beobachten. Die daraus gewachsenen Strukturen in der Luftrettung sind nicht überall optimal. Die verschiedenen Betreiber arbeiten nach Aussage von Klemens Volkmann (Referent für Rettungswesen im niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, Vertreter der Länder in der „Konsensgruppe Luftrettung“ des „Ausschusses Rettungswesen“) bisher eher wenig koordiniert.

Seit der Gründung der „Konsensgruppe Luftrettung“ im Jahre 1994 gibt es Bemühungen, die vorhandenen Ressourcen zu optimieren, Synergien auszunutzen und die Strukturen zu verbessern.

Humanitäre Hilfe mit Hubschraubern/ Hubschrauber im weltweiten Katastropheneinsatz

Achim Friedl, stellvertretender Kommandeur der BGS-Fliegergruppe, schilderte seine Erfahrungen aus einem humanitären Einsatz. Im März 2000 war der BGS nach der Hochwasserkatastrophe in Mozambique tätig. Verschiedenste logistische Probleme vom Transport der Hubschrauber nach Afrika bis hin zur Beschaffung von Fässern zur Versorgung mit Flugbenzin mussten gelöst werden. Auch die eigene medizinische Versorgung und die Hygiene in diesem vom Hochwasser fast völlig zerstörten Land bereitete Probleme. Schwierigkeiten, die in der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und der US Army zu bewältigen waren.

Den Einsatz ziviler Betreiber propagierten Wolfgang Zagel, Vorstand der Heli Air Zagel Lufttransport AG, und

Klaus Beese, Eigentümer der Agraflyg Helilift. Sie nutzten die Gelegenheit, auf die Leistungsfähigkeit ihrer Hubschrauberflotten für die verschiedensten Einsatzzwecke hinzuweisen.

Zagel prangerte den bisweilen wenig produktiven Einsatz hochtechnisierter Polizeihubschrauber für Löschzwecke an. Sehr ineffektiv konnten bei einem beobachteten Einsatz nur jeweils etwa 400 Liter Wasser transportiert werden. Seine größeren Maschinen, die etwa 2.500 Liter Wasser fortbewe-

Die Teilnehmer kamen zu dem Ergebnis, dass die Übernahme hoheitlicher Aufgaben in Deutschland an der fehlenden marktwirtschaftlichen Attraktivität scheitern wird. In diesen Bereichen „ist kein Geld zu verdienen“. Die Änderung bewährter Strukturen ist nicht erforderlich.

Bei UN-Missionen läuft der Einsatz wie überall in der Wirtschaft über Ausschreibungen, an denen sich auch private Betreiber von Hubschraubern beteiligen können. Die Preisunterschiede zwischen den An-



Der neue „Christoph 60“ (Leipzig) der IFA ist ein Explorer MD 902.

gen können, kamen nicht zum Zuge. Dies sei neben einem unnötigen technischen Verschleiß auch eine Verschwendung von Steuergeldern.

Beese berichtete von seinen Auslandserfahrungen im Rahmen von UN-Missionen, die seine Hubschrauber in die verschiedensten Katastrophen- und Notstandsgebiete verschlugen. Ruanda, Burundi, Liberia, Western Sahara, Tadschikistan waren ihre Einsatzgebiete.

Die folgende Podiumsdiskussion widmete sich den Möglichkeiten des Einsatzes ziviler Hubschrauber zur weltweiten humanitären Hilfeleistung. Auch die Übernahme hoheitlicher Aufgaben wie des SAR-Dienstes stand zur Debatte. Fragestellungen, bei denen die Anforderungen an die Besatzungen und die erforderlichen Kapazitäten zu berücksichtigen sind.

biern aus verschiedenen Ländern lassen Kosten deckende oder sogar Gewinn bringende Einsätze deutscher Privatunternehmen derzeit nicht erwarten.

Neustrukturierung

Schon die Diskussion am Vortag zum Thema „Der (Polizei-)Hubschrauber zur Unterstützung der Feuerwehr“ hatte die Diskrepanz zwischen dem wünschenswerten Idealzustand und dem bestehenden Realzustand aufgezeigt. Die Experten waren sich einig, dass ein Einsatz von Hubschraubern privater/gewerblicher Betreiber im Zuge des Katastrophenschutzes sinnvoll und notwendig ist.

Aufgrund der fehlenden Wirtschaftlichkeit werden private Betreiber nur einzelne Aufgaben übernehmen wollen oder können. Viele Bereiche der Logistik wird der Staat im

Zuge seiner Daseinsvorsorge für seine Bewohner vorhalten müssen.

Ausbildung von Hubschrauberpiloten

Hubschrauberpiloten sind verpflichtet, sich ihre Tätigkeit in jedem Land, in dem sie fliegen, genehmigen zu lassen. Eine deutsche Firma hat momentan Probleme, beispielsweise einen kanadischen Piloten zu beschäftigen. Bisher ist dafür eine zeit- und kostenaufwändige Umschreibung der Fluglizenz mit einigen Prüf- bzw. Vorführflügen vorzunehmen.

Künftig soll es möglich sein, Pilotenscheine anderer Länder, die den Anforderungen der JAR-FCL 2 (Lizensierung von

Technische Neuheiten

Mit der Vorstellung einiger technischer Neuerungen ging das Symposium zu Ende. Matthias Schuster, ecms Aviation Systems GmbH, Ludwigsburg, präsentierte ein neues Rettungskorbsystem „Air Access“. Dieses ist mit zwei Seilen am Hubschrauber befestigt. Vorteile gegenüber den herkömmlichen Einseilsystemen: kein Drehen der Last und weniger Pendelbewegungen. Daraus resultieren neue taktische Einsatzmöglichkeiten wie beispielsweise bei der Menschenrettung bei Hochhausbränden oder aus Seenot.

Die Sicherheit der Besatzung stand im Mittelpunkt des Vortrages der Firma Fischer +

Konstruktion der Sitze vermeiden.

POLYCOM, das neue digitale Sicherheitsfunknetz der Schweiz, erklärte Dr. Franz Hinderer. 21 Partner von Behörden und Organisationen mit Rettungs- und Sicherheitsaufgaben beteiligen sich an diesem Netz. Bei Großschadensereignissen bietet der TETRAPOL-Standard die Möglichkeit, dass alle bei diesem Einsatz Tätigen sich auf einer Frequenz untereinander verständigen können. Es gibt keine unterschiedlichen Funknetze und inkompatible Frequenzbereiche mehr (siehe hierzu auch den Beitrag in **Bevölkerungsschutz 2/2002**, S.20 [Anm. der Redaktion]).

Reicht „guter Wille“?

Es gibt viele Überlegungen, wie die einzelnen Behörden und Institutionen bei Großschadenslagen oder in Katastrophenfällen zusammenarbeiten könnten. Neben den reinen Denkmodellen finden inzwischen vereinzelt gemeinsame Übungen statt. Aber welche der genannten Institutionen kann es sich leisten, über den eigenen Bedarf hinaus Kapazitäten vorzuhalten? Der allgemeine Sparzwang verschärft die Situation zusätzlich.

Von Seiten der Politik ist zu klären, welche der Modelle und möglichen Kooperationen zu fördern sind. Für alle Eventualitäten entsprechende Verträge zu schließen, ist sicher nicht sinnvoll. Verbindlich festzulegen sind jedoch die (Not-)Fälle, für die der Katastrophenschutz, also die Innenministerien des Bundes und der Länder, „gerüstet“ sein soll.



Im Rahmen der Notfalldienste während der IIA stand dem dafür beauftragten Landkreis Dahme-Spreewald ein Zivilschutz-Hubschrauber vom Typ Bell 212 als Einsatzhubschrauber zur Verfügung; diese Maschine wird von Piloten des Bundesgrenzschutzes geflogen und normalerweise an den Stationen in Eutin oder Güstrow eingesetzt.

(Foto: Ulrich Schröder, übrige Fotos: Stefan Wagner)

Hubschrauberpiloten) entsprechen, ohne weitere Tests oder Überprüfungen umzuschreiben und anzuerkennen.

Noch ist dies jedoch Zukunftsmusik, weil diese einheitlichen Ausbildungsrichtlinien erst einmal überall verbindlich eingeführt werden müssen. Eine Vorreiterrolle bilden die deutschsprachigen Länder Schweiz, Österreich und Deutschland, die sich auf gemeinsame Ausbildungsrichtlinien und eine analoge Terminologie geeinigt haben.

Entwicklungen F + E GmbH & Co. KG, Landshut. Diese stellt Sitze für Hubschrauber her, die heutzutage stark belastenden Crashtests unterzogen werden. Bei sogenannten „harten Landungen“, also Abstürzen aus geringen Höhen, hat die Besatzung realistische Überlebenschancen. Probleme bereiten die dabei auftretenden Kräfte von bis zu 30 G, also dem dreißigfachen Eigengewicht. Schäden, besonders an der Wirbelsäule, lassen sich durch eine stoßaufnehmende

Die Hochwasser- katastrophe

Erfahrungen – Analysen – Konsequenzen

von Albrecht Broemme, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes

Deutscher Feuerwehrverband legt erste Hochwasseranalyse vor

Vor allem in den Bereichen Organisation und Kommunikation hat die Hochwasserkatastrophe vom August Mängel aufgezeigt oder bekannte Probleme bestätigt. Das hat eine Nachbesprechung von 26 Feuerwehr-Führungskräften auf Initiative des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) ergeben. Der DFV hat nach dem Treffen eine erste Analyse vorgelegt.

„Mit der schnellen Aufarbeitung wollen wir die Weichen richtig stellen – für einen Katastrophenschutz aus einem Guss mit effizienten Führungsstrukturen, für bessere Warn- und Informationssysteme und eine bessere Vorbereitung der Bevölkerung“, sagt Bernd Pawelke, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV). Pawelke hat die Auswertung gemeinsam mit DFV-Vizepräsident Albrecht Broemme moderiert. Broemme und Pawelke sprachen mit Beteiligten aus elf Ländern – vom Gruppenführer bis zum Leitenden Branddirektor. Auch Vertreter von Ministerien wirkten an der Hochwasseranalyse mit.

Der DFV fordert insbesondere Verbesserungen in der Stabsarbeit, die Einführung des Digitalfunks ohne andere Einschnitte bei den Feuerwehren, den Aufbau eines Warnsystems, die Stärkung der Selbsthilfe und eine herausgehobene Rolle der Zentralstelle für Zivilschutz. Wie schon nach den Anschlägen vom 11. September dringt der DFV darauf, die Zuständigkeiten effizienter zu regeln. Pawelke: „Die strikte Trennung von Bundeskompetenzen beim Zivilschutz als Teil der Verteidigung und Länderkompetenzen beim Katastrophenschutz muss aufgehoben werden.“ Nachfolgend ist die DFV-Analyse im Wortlauf dokumentiert. sö

Auf Initiative des DFV wurde am 12. September 2002 in Berlin eine bundesweite Auswertung der Erfahrungen zum Hochwassereinsatz der Feuerwehren vom August 2002 durchgeführt. Der Teilnehmerkreis setzte sich aus unterschiedlichen, am Einsatz beteiligten Führungskräften aller Führungsebenen der Feuerwehren im DFV zusammen. Ziel war, neben einer ersten Einsatzanalyse, Konsequenzen für zukünftige Feuerwehreinätze bei Katastrophen zu ziehen.

Feuerwehren in Deutschland

In Deutschland gibt es insgesamt 26.000 Feuerwehren: 99 Berufsfeuerwehren, 900 Werkfeuerwehren, 25.000 Freiwillige Feuerwehren sowie 17.200 Jugendfeuerwehren. Ak-

tiv sind insgesamt 1.100.000 freiwillige Feuerwehrangehörige, 40.000 hauptamtliche Kräfte (davon 26.700 in Großstädten, 7.300 in Firmen und 6.000 bei Freiwilligen Feuerwehren) sowie 256.000 Mitglieder von Jugendfeuerwehren.

Täglich und rund um die Uhr im Dienst sind circa 8.000 Berufsfeuerwehrangehörige und hauptamtliche Kräfte der Freiwilligen Feuerwehren. Zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen sind innerhalb von fünf Minuten rund 400.000 Feuerwehrleute einsatzbereit, weitere 200.000 innerhalb von einer Stunde. Damit ist die flächendeckende Gefahrenabwehr durch die Feuerwehr in Deutschland sichergestellt. Für überregionale Einsätze sind innerhalb von acht Stunden mindestens 60.000 Feuerwehrmänner und -frauen abmarschbereit.

Der Hochwassereinsatz

Während des Hochwassers an der Elbe und ihren Nebenflüssen waren circa 40.000 Feuerwehrangehörige eingesetzt, sie stellten somit das größte Kontingent aller Fluthelfer. Die örtlichen Kräfte wurden durch Einheiten aus ganz Deutschland unterstützt.

Der Hochwassereinsatz begann für die zuerst betroffenen Feuerwehren am 12. August 2002, die letzten Einsatzstellen waren Mitte September 2002 beendet. Über die unmittelbare Gefahrenabwehr hinaus sind weiterhin noch Aufräumungs- und Aufbauarbeiten zu leisten. Fazit: Die Feuerwehren waren auch bei diesem Katastrophen-Einsatz die zuerst und bis zuletzt eingesetzten Einheiten.

Dieser größte Einsatz der Nachkriegszeit war erfolgreich. Er hat die Leistungsfähigkeit

der Feuerwehren in Verbindung mit den Hilfsorganisationen, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr unter Beweis gestellt. Gleichwohl sind auch Schwachstellen aufgetreten, die bei zukünftigen Einsatzsituationen verhindert werden müssen.

Aufgrund der Berichte und Hinweise der Führungskräfte werden nachstehende Vorschläge und Forderungen der deutschen Feuerwehren unterbreitet. In vielen Bereichen wird der Hochwassereinsatz noch detailliert ausgewertet und analysiert. Das Resümee des DFV basiert daher auf vorliegenden schriftlichen und mündlichen Informationen der Feuerwehren, der Stäbe und der Medien.

Resümee des Deutschen Feuerwehrverbandes

Zivilschutz, Selbstschutz, Katastrophenschutz

Die Erfahrungen aus diesem Hochwasser haben wiederum gezeigt, dass die formale Trennung von Katastrophenschutz und Zivilschutz dringend aufgehoben werden muss. Dies wird unter anderem bei den Themen Selbstschutz, Warnung der Bevölkerung und bundeseinheitliche Ausstattung der Katastrophenschutzeinheiten deutlich.

Der Selbstschutz ist ein unverzichtbarer Aspekt der Gefahrenabwehr, weil bei Großschadensfällen und Katastrophen ein vorbereitetes Mitwirken der Bevölkerung im eigenen Interesse zwingend erforderlich ist. Die Bereitschaft der Bevölkerung zur Selbsthilfe in den Hochwassergebieten war groß: Unter Anleitung von Führungskräften wurde außerhalb von Gefahrenzonen wirksame Selbsthilfe geleistet.

Der Selbstschutz muss daher formal und in der Praxis zu einer Säule im Katastrophenschutz werden. Unter anderem müssen allgemeine Hin-

weise zum Verhalten der Bevölkerung bei Großschadenslagen oder Katastrophen zusammengestellt, publiziert und verbreitet werden.

Auch zeigte der Hochwassereinsatz deutlich, welche Probleme in Folge eines noch unzureichenden Warnsystems für die Bevölkerung entstehen.



Die Feuerwehren sehen daher ihre Forderungen zum Aufbau und Betrieb eines flächendeckend funktionierenden, bundeseinheitlichen Warnsystems bestätigt.

Hochwasser-Alarmplan, Warnstufen

Es muss eine flächendeckende Prüfung und Aktualisierung der Vorsorgeplanung „Hochwasser“ erfolgen. Hierbei sind insbesondere die neuen Erfahrungen mit großen Niederschlagsmengen sowie die Überschwemmungsgefahr von Nebenflüssen und Bächen zu berücksichtigen.

Es ist zu prüfen, ob das europäische Flutvorhersage-System (EFFS/soll Hochwasser künftig zuverlässig vier bis zehn Tage im Voraus errechnen und nationale Prognose-systeme ergänzen; Anm. d. Red.) mit dem vom Gemeinsamen Forschungszentrum der Europäischen Kommission (JCR) neu entwickeltem Computermodell LISFLOOD (es handelt sich um eine Simulation für zweiwöchige Vorhersagen, satellitengestützte Lageauswertung und Ursachenauswertung; Anm. d. Red.) die regionalen Erfordernisse abdeckt.

Hochwasser-Alarmpläne sind nach einheitlichem Muster flächendeckend erforder-

lich. Voraussetzung ist ein zuverlässiges Meldesystem für die Pegelstände mit ausfallsicheren Pegeln und doppelten Übertragungswegen. Die aktuellen Messungen und Prognosen für die Pegelstände müssen von den Landesbehörden zu den Kommunen, Kreisen und Bezirken direkt gemeldet werden.

Die Feuerwehren waren die zuerst und bis zuletzt eingesetzten Einheiten.

Die Feuerwehren fordern festgelegte und einheitliche Planungen für die Hochwasserwarnstufen mit festgelegten Aufgaben der Feuerwehren, des THW, der DLRG und der Hilfsorganisationen bei Hochwassergefahr. Hierbei sind die sonstigen Aufgaben der Feuerwehr, die unabhängig vom Hochwasser weiterhin zu erledigen sind, angemessen zu berücksichtigen.

Stabsarbeit, Führungssystem, Mobile

Unterstützungskräfte

Die Feuerwehr-Dienstvorschrift „Führung und Leitung im Einsatz – Führungssystem (FwDV 100)“ muss von allen Bundesländern unverzüglich und einheitlich eingeführt werden. Diese Dienstvorschrift zur operativ-taktischen Einsatzführung von Einheiten zur Gefahrenabwehr hat sich in verschiedenen Führungsebenen bestens bewährt, auch in der Zusammenarbeit mit der Polizei, dem THW und der Bundeswehr. Die FwDV 100 ist als Rahmenvorschrift überall anwendbar. Sofern sie angewendet wurde, hat sich die Stabsarbeit auf Grundlage der FwDV 100 auch in der politisch-administrativen Ebene bewährt.

Um bei der Einsatzleitung und der Kommunikation Verwechslungen und Irrtümern vorzubeugen, ist es zwingend erforderlich, gleichlautende Begriffe in allen Bereichen und Ebenen mit derselben Definition beziehungsweise Bedeutung zu verwenden. Dies ist insbesondere bei der Schnittstelle zu politisch-administrativen Führungsebenen erforderlich.

Die Stabsarbeit muss verbessert werden. Aufgrund der ak-

Tag und Nacht im Einsatz: rechtzeitige Ablösungen sind von entscheidender Bedeutung.



tuellen Hochwasser-Erfahrungen stellen die Feuerwehren fest, dass für Stabsarbeit oberhalb der kommunalen Ebene in den dortigen Stäben für den operativ-taktischen Bereich und für den administrativ-organisatorischen Bereich routinierte Führungskräfte eingesetzt werden müssen, die über eine Ausbildung und über Erfahrungen des operativ-taktischen Bereiches verfügen. Die Stabsbereiche „Presse- und Medienarbeit (S 5)“ und „Information und Kommunikation (S 6)“ müssen konsequent durchgeführt werden.

Zur Vorbereitung sind regelmäßig Stabs- und Vollübungen auf kommunaler, regionaler und überregionaler Ebene erforderlich. Ein wesentliches Ziel der Stabsarbeit ist die effektive Bündelung aller Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, insbesondere auf Kreis- und Landesebene, sowie die Zusammenarbeit mit benachbarten Einsatzbereichen.

Der Deutsche Feuerwehrverband schlägt vor, dass Stäbe und Einsatzleitungen zu ihrer Unterstützung lageabhängig und bedarfsgerecht „Mobile

Unterstützungskräfte“ (MOB-UK) anfordern können. Insbesondere für die Sachgebiete „Lage (S 2)“, „Versorgung (S 4)“, „Presse- und Medienarbeit (S 5)“ sowie „Information und Kommunikation (S 6)“ sind speziell geschulte und erfahrene Führungsassistenten überregional hervorragend einsetzbar. Die Ausbildung und Koordinierung dieser Einrichtungen (MOB-UK) werden von den Feuerwehren sichergestellt.

Einsatzunterlagen

Die Feuerwehren benötigen zur Einsatzvorbereitung und erst recht im Einsatz aktuelle Checklisten, elektronisches Kartenmaterial sowie Satellitenbilder der Europäischen Weltraumbehörde (ESA).

Den Einsatzleitungen müssen zuverlässige Wetterprognosen sowie sonstige Messdaten und Entscheidungshilfen vorliegen. Dabei ist bestehenden technischen Möglichkeiten Rechnung zu tragen (z. B. elektronisch bearbeitbares Kartenmaterial). Für die Führungsstellen sind Notebooks und Drucker als Arbeitsmittel zur Verfügung zu stellen.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Einsatz in den Hochwassergebieten hat wiederholt deutlich gemacht, wie wichtig die interne und externe Kommunikation ist. Für eine aktuelle, länderübergreifende Öffentlichkeitsarbeit fordern die Feuerwehren daher, alle Einsatzinformationen der Kommunen, der Kreise, der Bezirke und der Länder sowie der Hilfsorganisationen und des THW an die Zentralstelle für

Zivilschutz (ZfZ) zu melden. Dort müssen sie zusammengefasst und für die Presse aufbereitet werden.

Die Feuerwehren fordern, dass allen beteiligten Helfern vorbereitete Merkblätter mit Informationen über Gesundheitsschutz einschließlich Impfungen, persönliche Schutzausrüstung sowie Mückenschutz zur Verfügung gestellt werden.

Fernmeldeverbindungen, Digitalfunk

Für den sicheren Einsatzablauf bei Großschadenslagen und Katastrophen ist ein notstromgesichertes, leistungsfähiges BOS-Funknetz zwingend erforderlich. Das derzeitige Analognetz ist bei den Hochwassereinsätzen wegen Überlastung an verschiedenen Stellen mehrfach zusammengebrochen. Der Hochwassereinsatz hat gezeigt, dass in solchen Lagen GSM-Netze nicht zuverlässig sind. Sie sind teilweise hochwasserbedingt ausgefallen oder waren nicht leistungsfähig genug. Bei Deichbrüchen wären viele Helfer in Lebensgefahr geraten, weil sie weder Hilfe hätten anfordern noch hätten gewarnt werden können. In Lebensgefahr war zum Beispiel eine Bootsbesatzung, deren Außenbordmotor auf der hochwasserführenden Elbe versagte. Das Boot war hilflos der reißenden Strömung ausgesetzt, ein Notruf konnte nicht abgesetzt werden.

Der Digitalfunk muss daher bundeseinheitlich, flächendeckend und unverzüglich eingeführt werden.

Der Beschluss der Finanzministerkonferenz, dieses Vorhaben unter anderem aus Kostengründen derzeit nicht leisten zu können, muss in Anbetracht des Sicherheitsrisikos für derartige Einsätze, bei denen volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe vermieden werden, zurückgewiesen werden.

Der Deutsche Feuerwehrverband fordert außerdem, alle Einheitsführer zur Orientierung in Überschwemmungsgebieten, in Wäldern sowie in

sonstigen dünn besiedelten Gebieten mit GPS-Geräten auszustatten.

Koordinierung, Dispositionszentrum für Helfer und Material

Die „Koordinierungsstelle für großflächige Gefahrenlagen“ wurde offensichtlich nicht in Anspruch genommen. Dagegen kam es vor, dass sich Einheiten unaufgefordert, selbstständig in den Einsatzraum begaben. Diese Vorgehensweise macht den koordinierten Einsatz überörtlicher Kräfte unmöglich und hat deshalb zu unterbleiben.

Die Einsatzkoordinierung durch die Innenministerien der Länder war teilweise unzureichend. Aus Sicht der Feuerwehren sind auf dieser Ebene einsatzvorbereitende Maßnahmen und länderübergreifende Übungen erforderlich.

Die Feuerwehren fordern ein „Dispositionszentrum für Helfer und Material“ auf Bundesebene, das den überörtlichen Einsatz von Mannschaft und Gerät vermittelt. Diese Vermittlungsstelle muss bestimmte überregionale Hilfesuchen und Hilfsangebote aller Bereiche steuern. Die durch die Koordinierung eingesparten Kosten sind höher als die der (im Einsatzfall zu aktivierenden) Koordinierungsstelle, abgesehen von der Enttäuschung alarmierter, jedoch nicht eingesetzter Helfer. Der Deutsche Feuerwehrverband und die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) können Personal zur Mitarbeit in der Koordinierungsstelle jederzeit bereitstellen.

Die spontan organisierte, zentrale Vermittlung der rund 40 Millionen Sandsäcke durch die Feuerwehr Nürnberg hat sich hervorragend bewährt. Zur besseren Vorbereitung auf Hochwasser schlägt der Deutsche Feuerwehrverband drei Zentrallager für Sandsäcke in Deutschland vor.

Die Feuerwehren fordern, die im Aufbau befindliche Datenbank „deNIS“ (gemeint ist

deNIS II, Anm. d. Red.) durch die Länder und Organisationen umgehend mit Daten zu versorgen.

Katastrophenschutz-Einheiten

Die Feuerwehren fordern, bundesweit und organisationsübergreifend modular aufgebauten Katastrophenschutz-Einheiten mit festgelegter Personalstärke und Ausrüstung (Züge, Bereitschaften, Abteilungen) aufzustellen. Derartige Einheiten, zum Beispiel Hochwasser-Bereitschaften, sind effektiver zu führen und einzusetzen als kleine, kommunale Feuerwehreinheiten.

Die Feuerwehren gehen davon aus, dass THW-Einheiten – wie in der „Ausarbeitung über die Zusammenarbeit von Feuerwehren und Techni-



schem Hilfswerk“ bereits 2001 festgelegt – zur Unterstützung der Feuerwehren im Inland ausschließlich über die Leitstellen auf Anforderung der für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen eingesetzt werden. Die Katastrophenschutz-Einheiten müssen autark einsetzbar sein (Verpflegung, Nachschub, Ablösung).

Der Deutsche Feuerwehrverband fordert Bund und Länder auf, für überörtliche Einsätze alle erforderlichen Festlegungen zu treffen, damit die Fragen der Kostenregelung und des Versicherungsschutzes mit dem Ziel einer schnellen und effektiven Gefahrenabwehr von vorn herein eindeutig geregelt sind. Wegen Unsicherheiten hinsichtlich der

Kosten kam es zu verspäteten Einsätzen von Unterstützungskräften.

Ausbildung und Übung

Die Erkenntnisse des Hochwassereinsatzes vom August 2002 müssen gesammelt, ausgewertet und in die bundes- und landesweite Katastrophenschutz-Ausbildung einfließen. Aus dem Hochwasser müssen auch Schlüsse für andere Einsatzlagen gezogen werden. Überregionale Übungen sowohl auf Stabebene als auch mit mehreren tausend Beteiligten sind dringend erforderlich.

Die zivil-militärische Zusammenarbeit hat vom Grundsatz hervorragend funktioniert. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen bedarf jedoch der weiteren Optimierung.

Nicht ganz ungefährlich waren die Aktionen im Hochwassergebiet, wie die Besatzung dieses Einsatzfahrzeuges der FF Nordheim erfahren musste.

(Fotos: DFV)

Zusammenfassung

Die Hochwasser-Katastrophe in Deutschland vom August 2002 hat sowohl die Leistungsfähigkeit der Gefahrenabwehr unter Beweis gestellt als auch diverse Schwachstellen zu erkennen gegeben. In mehreren Feldern der Gefahrenvermeidung und der Gefahrenabwehr sieht der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) jetzt dringenden Handlungsbedarf, um für zukünftige länderübergreifende Großschadenslagen endlich besser gewappnet zu sein.

Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Verwaltungsvereinbarung zwischen BMI und BMVg unterzeichnet

von Nikolaus Stein

Am 17.10.2002 haben Vizeadmiral Bernd Heise, Inspekteur der Streitkräftebasis, als Vertreter des Bundesministeriums der Verteidigung, und Dr. Jürgen Hensen, Präsident des Bundesverwaltungsamtes, als Vertreter des Bundesministeriums des Innern, eine Vereinbarung zur gemeinsamen Ausbildung von militärischen und zivilen Kräften für den Einsatz im Krisenfall unterzeichnet.

Demnach werden zukünftig an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler gemeinsame Schulungen für militärisches und ziviles Führungspersonal stattfinden. Dozenten der Bundeswehr und der AKNZ werden in einwöchigen Seminaren Kenntnisse über die zivilen und militärischen Strukturen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit vermitteln; besonderer Wert wird dabei auf gemeinsame Übungen gelegt.

Der zuständige Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern, Ministerialdirektor Klaus Henning Rosen, gratulierte den Vertretern der Bundeswehr und des BVA für die zu unterzeichnende Kooperationsvereinbarung über die Ausbildung für Katastrophenschutzzeinsätze. Diese Art der Zusammenarbeit entspreche in ihrer Zielsetzung dem Konzept, das die Innenminister im Juni 2002 für eine neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland beschlossen hätten. Diesem Beschluss entsprechend sollten zunächst

die Risiken analysiert werden, denen eine moderne Gesellschaft wie Deutschland in Kriegs- und Friedenszeiten ausgesetzt ist. Besonders auf die neuartigen Gefährdungen durch terroristische Angriffe mit nuklearen, chemischen und biologischen Kampfstoffen müsse dabei eingegangen werden. Das daraus zu entwickelnde Versorgungskonzept orientiere sich, von der Sicherung der Grundversorgung – in der Regel durch die örtlichen Feuerwehren – bis hin zu Spezialeinsätzen besonderer Einsatzkommandos, an der Art der Gefährdung. Gerade bei diesen Spezialeinsätzen werde der Bundeswehr mit ihrer Erfahrung im Umgang mit Kampfstoffen eine besondere Rolle zukommen. Voraussetzung für das Funktionieren des neuen Konzepts sei die gemeinsame Vorbereitung aller im deutschen Vorsorgesystem zum Einsatz kommenden Kräfte sowie vor allem die gemeinsame Übung. Mit dem vereinbarten Ausbildungskonzept von AKNZ und BMVg werde ein erster Schritt in diese Richtung getan.

Zur Dokumentation der Erwartungen, die an diese Vereinbarung geknüpft werden, sind im Folgenden die Stellungnahmen der Unterzeichner im Wortlaut abgedruckt.

Präsident Dr. Hensen:

Das Bundesverwaltungsamt als großer moderner Dienstleister des Bundes ist seit 2001

auch für den Zivilschutz zuständig. Diese Aufgabe wird von der Zentralstelle für Zivilschutz in Bonn wahrgenommen. Unser Ziel war und ist, die ZfZ, so die Kurzbezeichnung, thematisch, organisatorisch und auch personell so auszurichten, dass sie den Anforderungen eines modernen Konzepts zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland gerecht wird.

Zu diesem Zweck haben wir mit den Zentren für Krisenmanagement, Zivilschutzforschung, Zivilschutztechnik und Zivilschutzausbildung in der ZfZ Schwerpunkte gebildet, die sich ganzheitlich und interdisziplinär mit den relevanten Themen befassen.

Zum Zentrum für Zivilschutzausbildung gehört auch die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad-Neuenahr-Ahrweiler. Sie wird im nächsten Jahr ihren 50. Geburtstag feiern und hat damit eine lange Tradition.

Heute ist die AKNZ die zentrale Bildungseinrichtung auf dem Gebiet der zivilen Sicherheitsvorsorge in Deutschland. Sie hat damit in einem integrierten Gefahrenabwehrsystem, an dem Bund, Länder, Kommunen, Hilfsorganisationen, Feuerwehren usw. beteiligt sind, eine wichtige Vernetzungs- und Wissenstransferfunktion. Vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen, die nicht zuletzt durch den 11. September 2001 gekennzeichnet sind, wollen wir sie zielgerichtet weiterentwickeln

- zu einem Kompetenzzentrum für das Bund-Länder-Krisenmanagement,
- zu einem Forum für den wissenschaftlichen Austausch
- und zu einer Begegnungsstätte für Experten aus dem In- und Ausland.

Zum Seminarangebot gehören Risikoanalysen, Katastrophenmedizin, Führen und Leiten unter hoher Belastung, Selbsthilfe/Selbstschutz, Ernährungsvorsorge, kritische Infrastrukturen, Öffentlichkeitsarbeit in Katastrophe und Krise usw.

Der Arbeitsauftrag umfasst ebenso die Auswertung von Großschadensereignissen, die Durchführung von Studien und Untersuchungen, die Analyse und Umsetzung von Forschungsergebnissen und das Anlegen und Durchführen von Übungen zum Krisenmanagement.

Das Angebot der AKNZ richtet sich einerseits an leitende Mitarbeiter aus Kreisen, Regierungspräsidien sowie Länder- und Bundesministerien.

Andererseits sind es haupt- und ehrenamtliche Führungskräfte der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen wie Feuerwehr oder Deutsches Rotes Kreuz. Zunehmend ist Ahrweiler auch Treffpunkt internationaler Gäste z.B. bei Seminaren für die Europäische Union oder die NATO.

Die inhaltliche Neuausrichtung verbinden wir mit einem quantitativem Ausbau unserer Aktivitäten. Dazu gehört:

- die Erhöhung des jährlichen Seminarangebots von 350 auf 500,
- die Erhöhung der Teilnehmerplätze von bisher 7.000 auf 10.000 pro Jahr,
- die Erhöhung der hauptamtlichen Dozenten von 16 im Jahr 2001 auf 40 im Jahr 2003 sowie
- der Bau von zwei weiteren Übungsbefehlsstellen für Planübungen und Planspiele.

Mit der heutigen Unterzeichnung der Vereinbarung zur Ausbildung von Bundes-

wehrangehörigen im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit schlagen wir ein neues Kapitel in der Geschichte der AKNZ auf.

Die Erfahrungen im Inland wie im Ausland haben uns vor Augen geführt, dass Katastrophen größeren Ausmaßes ein enges Zusammenwirken ziviler und militärischer Kräfte erfordern.

Bundeswehr, Polizei, Gefahrenabwehrbehörden und die Hilfsorganisationen haben aber unterschiedliche Aufgaben; daraus folgen auch unterschiedliche Strukturen und Führungsgrundsätze. Daher sind die neuen Seminare an der AKNZ die Basis dafür, dass künftig sowohl im Inland als auch im Ausland die Katastrophenhilfe aus „einem Guss“ geleistet werden kann. Dozenten der Bundeswehr und der

heitsvorsorge sowie ABC-Vorsorge und -Schutz.

An dieser Stelle möchte ich dem Bundesministerium der Verteidigung für das Vertrauen danken, das es in die AKNZ setzt. Erstmals wird die Ausbildung für eine ganze Verwendungsreihe der Streitkräfte an eine zivile Einrichtung ausgelagert. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, Herr Admiral Heise, und Sie können sicher sein, dass wir in vertrauensvollem Miteinander die zukunftsweisende Aufgabe erfüllen werden.

Unsere gute Kooperation wird auch dadurch dokumentiert, dass die Dozenten der Bundeswehr bereits vor der heutigen offiziellen Unterzeichnung der Vereinbarung ihren Dienst an der AKNZ angetreten haben und die Seminare mit vorbereiten. Sie sind



**Admiral Heise
und Präsident
Dr. Hensen
beim Austausch
der
unterzeichneten
Vertragsexemplare.**

AKNZ werden den verschiedenen Beteiligten von Bundeswehr, Polizei/BGS, Behörden und Hilfsorganisationen die Arbeitsweise, die Strukturen und die Rahmenbedingungen der unterschiedlichen Organisationen vermitteln und die Möglichkeiten des Zusammenwirkens darlegen. Kernelement aller Seminare ist dann auf dieser Basis ein gemeinsames Planspiel. Vorgesehen ist, dass wir mittelfristig 40 ZMZ-Seminare jährlich durchführen.

Neben der Katastrophenhilfe im In- und Ausland bezieht sich die Ausbildung für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit auch auf die Bereiche Katastrophenmedizin/Gesund-

bereits voll in das Team der AKNZ integriert. Das ist, meine ich, eine ganz wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Seminare, die ja gemeinsam von zivilen und militärischen Dozenten gestaltet werden.

Nicht nur für die Bundeswehr, sondern auch für die Weiterentwicklung der zivilen Sicherheit in Deutschland ist die Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung ein wichtiges Signal. Sie macht deutlich, dass wir den neuen Risiken und Herausforderungen nur durch einen engen Schulterschluss zwischen allen wichtigen Kräften in der Sicherheitsvorsorge begegnen können.

Admiral Heise:

Im Mai 2001 wurde mit der ressortübergreifenden Zusammenarbeit zwischen BMI und BMVg begonnen. Mit dieser Initiative – die vermutlich der Öffentlichkeit so gar nicht bekannt ist – sollen die Zusammenarbeit verbessert und Synergieeffekte genutzt werden. Als konkrete Projekte will ich nur das gemeinsame Flottenmanagement, die gemeinsame Nutzung von Informationstechnik und eine verstärkte Zusammenarbeit im Sprachendienst erwähnen.

praktizierten Zusammenarbeit zwischen den Wehrbereichskommandos und den Bundesländern, bzw. den Verteidigungsbezirkskommandos und den Bezirken zurückgegriffen werden.

Wie wichtig diese enge Kooperation ist, hat uns die gemeinsame Bewältigung der Hochwasserkatastrophe im Sommer diesen Jahres bewiesen.

Aber auch bei Auslandseinsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan ist die Zusammenarbeit mit zivilen Behörden und Organisationen ein

satzaufgaben vorbereitet. Nun – und darin liegt der wesentliche Qualitätssprung – bauen wir ressortübergreifend eigene nationale Lehrgangskapazitäten auf. Wir haben gelernt, dass nur durch den komplementären Einsatz aller verfügbaren Kräfte und Mittel eine ressourceneffiziente Aufgabebewältigung zu erzielen ist.

Daher ist es nur konsequent, auch in der Ausbildung gemeinsame Wege zu beschreiben. So werden zukünftig an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz gemischt besetzte Lehrgänge in jeweils einwöchigen Unterrichtseinheiten für die Bereiche Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Inland und im Ausland ausgebildet. Im Rahmen dieser Kurse wird zugleich ein gemeinsames Grundverständnis der Aufgabe und die Kenntnis der jeweiligen Organisationen geschaffen und, für uns besonders wichtig, in gemeinsamen Übungen auch konkrete Abläufe durchgespielt.

Ergänzend dazu werden in halbwochigen Kurzlehrgängen „Spezialisten“ für Auslandseinsätze gesondert geschult. Hier nutzt die Bundeswehr die zivilberuflichen Kenntnisse und das hohe Engagement ihrer Reservisten, die bei Auslandseinsätzen z.B. im Bereich Energiewirtschaft oder im Agrarsektor dort tätig werden, wo beispielsweise Infrastrukturen neu aufgebaut werden müssen.

Für das kommende Jahr sind die ersten Lehrgänge an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz vorgesehen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dem Ansatz, uns bereits gemeinsam in der Ausbildung vorzubereiten, den richtigen Weg beschreiten.



Präsident Dr. Hensen (m.) bei seiner Stellungnahme, flankiert von Admiral Heise (li.) und Ministerialdirektor Rosen. (Fotos: Stein)

Mit der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem BMI und dem BMVg für die Ausbildung von Bundeswehrangehörigen in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler wird der bereits begonnen Kooperation ein weiteres Feld hinzugefügt.

Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit, also alle Planungen, Vereinbarungen und Maßnahmen, die zwischen militärischen und zivilen Stellen und Organisationen im In- und Ausland getroffen werden, gewinnt für die Bundeswehr immer mehr an Bedeutung.

In Deutschland kann dabei auf einen reichen Erfahrungsschatz aus der erfolgreich

integraler Bestandteil der Operationen geworden.

Die Hilfe der Streitkräfte erfolgt dabei immer unterstützend, wenn zivile Kräfte nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

Die Bundeswehr hat auf diese Herausforderung reagiert; sie hat im Rahmen der „Reform von Grund auf“ mit dem CIMIC Batl 100 in Nienburg/Weser erstmals ein Bataillon aufgestellt, das ausschließlich für die Aufgabe Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Ausland vorgesehen ist. Dies erforderte zugleich einen Neuanfang in der Ausbildung.

Bisher haben wir das in Frage kommende Personal im Rahmen der normalen militärischen Ausbildung und zusätzlich in internationalen Lehrgängen auf die neuen Ein-

Weltweite Bedrohung

1. Internationaler Kongress zum 11. September 2001

von Irene Kölbl, Berlin

Veranstaltet durch die Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr, das Institut für Notfallmedizin des LBK Hamburg und die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) fand am 27./28. September 2002 in Hamburg unter der Schirmherrschaft der US-Konsulin Susan M. Elbow der 1. Internationale Kongress zum 11. September 2001 statt. Terror und Naturkatastrophen haben eine neue Dimension erreicht. Feuerwehren, Rettungsdienste und Gesundheitswesen trafen sich zum grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch.

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Irmgard Schwätzer eröffnete die Veranstaltung in ihrer Funktion als Vorsitzende des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge. Sie wies in ihrer Ansprache auf die Verwundbarkeit einer hoch technisierten Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht nur durch Terrorakte, sondern auch durch Naturkatastrophen hin.

Inhalte

Berichte aus New York und Washington konfrontierten die Zuhörer mit sehr persönlichen Erfahrungen. Sie führten die eigene Verletzlichkeit und Machtlosigkeit vor Augen. Der Umgang mit Stress im Einsatzdienst und die psychologische Betreuung von Betroffenen in Schadenslagen stellten den Menschen in den Mittelpunkt. Aufgrund des Zusammenwachsens der Welt scheint eine Neukonzeption des Katastrophenschutzes auf

nationaler und internationaler Ebene unerlässlich zu sein.

Der Anschlag in New York

Eigens aus New York angeheißt waren Angehörige des FDNY (Fire Department City of New York). Sehr offen stellten die sechs Feuerwehrleute die Ereignisse des 11. September 2001 und die daraus gezogenen Konsequenzen vor.

Als überaus problematisch habe es sich erwiesen, dass nirgendwo nachvollziehbar war, wie viele Feuerwehrleute sich im Einsatz befanden. Zum Zeitpunkt der Anschläge war gerade Schichtwechsel. Viele abgelöste Kollegen rückten spontan mit aus, andere kamen aus der Freizeit. Künftig ist vorgesehen, dass die Kräfte geordnet von Sammelstellen aus an die Einsatzstelle vorrücken.

Das Sprinklersystem funktionierte nicht mehr, die Standrohre lieferten kein Wasser. Alle 99 Aufzüge waren ausgefallen. Von einem Brand im 78. Stockwerk ausgehend, den die darüber Eingeschlossenen nicht überleben konnten, ordnete die Einsatzleitung die Menschenrettung an. Ziel der Einsatzkräfte war das 70. Obergeschoss. Das World Trade Center mit seinen engen Treppenhäusern, in denen die Feuerwehrleute und die Flüchtenden zusammentrafen, war für eine Evakuierung nicht gebaut; mit dem Einsturz der Gebäude habe ohnehin niemand gerechnet. Einsatztaktisch sei zu bedenken, dass sich bereits die Zerstörung eines Stockwerkes auf die Gebäudestatik auswirkt. Des Weiteren müsse die Einsatzleitung

berücksichtigen, dass bei der Evakuierung eines Bürohochhauses 30 bis 60 sek. pro Stockwerk einzuplanen sind.

Die nachfolgend durchgeführte McKinsey-Studie hatte vor allem auf die schlechten Kommunikations- und Kommandostrukturen verwiesen. Die in den Türmen vorhandenen Funkverstärkersysteme waren nach den Einschlägen nicht mehr betriebsbereit. Nun sollen mobile Funkumsetzer in Hochhäusern derartige Probleme beheben.

Vor Ort waren zu viele Führungskräfte in unterschiedlichen Einsatzabschnitten tätig, die sehr schwierig zu koordinieren waren. Fest steht, dass auch in der Leitstelle Führungspersonal als Ansprechpartner benötigt wird. Um sich gezielter vorbereiten zu können, werden zudem Einsatzpläne für verschiedene Schadensarten ausgearbeitet. Darüber hinaus soll die Einsatzleitung vor Ort mittels tragbarer PCs auf Gebäudepläne zugreifen können.

Der Rettungsdienst, der seit 1996 zur New Yorker Feuerwehr gehört, hatte einen eigenen Kommandostab eingesetzt. Unabdingbar wird in Zukunft nicht nur eine Integration in die Feuerwehreinsetzung sein. Katastrophenszenarien sind zu planen und regelmäßig zu üben.

Angriffe mit biologischen und chemischen Agenzien

Prof. Aileen M. Marty, Washington/DC, beschäftigte sich mit den Anthrax-Fällen in der amerikanischen Hauptstadt. Prof. Dr. Tareq Bey erinnerte an den Sarin-Anschlag in To-



kio (März 1995). Beide Berichte sprachen den bisweilen leichtfertigen Umgang der Einsatzkräfte und des Krankenhauspersonals ohne Schutzkleidung mit den Stoffen bzw. den infizierten Personen an. Auch die Verbreitung von biologischen und chemischen Kampfstoffen muss Bestandteil der Katastrophenvorsorge sein, was eine Zusammenarbeit von Feuerwehr, Militär, Polizei und Zivilschutz voraussetzt.

Bedrohung durch terroristische Anschläge

Dr. Kai Hirschmann, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, stellte in den letzten drei Jahrzehnten Veränderungen im terroristischen Kalkül fest: angefangen bei der Internationalisierung durch überregional und global agierende Organisationen, der Nutzung der Medien zur Verbreitung von Angst bis hin zum größeren Repertoire mit konventionellem Terrorismus, NBC-Terrorismus (nuklear, biologisch, chemisch) und Cyberterrorismus.

Die Neuorganisation von Terrorgruppen hat „Al-Qaida“ als Terror-Dachverband demonstriert. Darüber hinaus greifen die Terroristen immer häufiger symbolische Ziele an, die den Betroffenen viel bedeuten; entsprechende Anschläge in Deutschland sind nicht auszuschließen. Um ihnen wirksam entgegenzutreten zu können, bedarf es nicht nur eines angemessenen personellen, materiellen und technischen Standes der Sicherheitsbehörden. Der stark gebeutelte Zivil- und Katastrophenschutz ist an die neuen Herausforderungen anzupassen.

Christian Brauner, Lehrbeauftragter an der Hochschule der Polizei in Baden-Württemberg, fertigt Risikoanalysen an, um die terroristische Methodik nach Ziel und Wirkung zu erfassen, zu erklären und, günstigenfalls, vorzusehen. Es scheint ihm zufolge erforderlich, zu „lernen, wie ein Terrorist zu denken“.

Katastrophenschutzreform

Die Anschläge in den USA und das Hochwasser im Sommer dieses Jahres haben den Zivil- und Katastrophenschutz nachhaltig beeinflusst. Ein vom Deutschen Städtetag vorgelegtes Konzept enthält folgende Festlegungen: Die Ge-



Dr. Irmgard Schwätzer, MdB und Vorsitzende des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge, bei der Eröffnungssprache. (Foto: Stefan Wagner)

meinden sind für die lokale Gefahrenbekämpfung bis hin zur überörtlichen, nachbarlichen Unterstützung zuständig. Die Länder stellen regionale bis überregionale Gefahrenabwehrmaßnahmen sicher. Der Bund übernimmt die überregionale bis bundesweite Gefahrenbekämpfung. Unterstützend können europaweite Sicherungskonzepte hinzugezogen werden.

Anregungen

Zum Abschluss der Veranstaltung präsentierten die Organisatoren ein Ergebnisprotokoll, auf das sich die Experten geeinigt hatten:

- Gefordert sind einheitliche und grenzüberschreitende Strukturen zur Katastrophen- und Gefahrenabwehr.
- Die Bewältigung von Großschadensfällen und Katastrophen – transparent und bundeseinheitlich organisiert – obliegt den Einsatzkräften der Feuerwehren, des THW und der Rettungsdienste.

- Nur leistungsfähige und moderne Kommunikationsstrukturen garantieren eine sichere Alarmierung und Information.
- Übungen sind interdisziplinär und organisationsübergreifend auszuführen.
- Die Aus- und Fortbildung der Führungskräfte ist konzeptionell zu überarbeiten.
- Für die Gefahr von Großschadenslagen durch biologische und chemische Agenzien bedarf es spezieller Kenntnisse, Fähigkeiten und Ausstattungen.
- Die Zusammenarbeit zwischen den Diensten der Gefahrenabwehr und des Gesundheitswesens hat lückenlos zu erfolgen.
- Das Krankenhaus-Risikomanagement für Katastrophenfälle muss deutlich verbessert werden.
- Die Politik hat die Leistungs- und Finanzziele festzulegen. Ihre effektive Umsetzung ist Aufgabe der Leistungserbringer.
- Das Thema „Bevölkerungsschutz“ ist mit neuen Inhalten zu füllen.

Einschätzung

Mehr als 550 Teilnehmer aus 14 Nationen – sie kamen aus China, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Niederlande, Österreich, Singapur, Tschechien und den USA – besuchten den zweitägigen Kongress. Die Veranstalter hatten hochkarätige Referenten eingeladen, die sich auch über die Terrorakte des 11. September 2001 hinaus intensiv mit der bestehenden Gefährdungslage auseinandersetzen.

Bleibt zu hoffen, dass der Erfahrungsaustausch bei diesem Kongress ein erster Schritt zu internationalen Partnerschaften war. Weltweite Kooperationen sind erforderlich, um die Arbeit der Einsatzkräfte in der Gefahrenabwehr sicherer zu machen.

Krisenmanagement ist lernbar

von Dieter Franke, ZfZ-AKNZ

Seit einigen Wochen führt die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler Seminare unter der Bezeichnung „Krisenmanagement“ durch. In **Bevölkerungsschutz 3/2002** wurden Gründe für die Erweiterung der Ausbildung sowie die Zielrichtung dargestellt. Inzwischen hat das Hochwasser, das Anfang August von Bayern bis Hamburg die Hälfte der Bundesländer direkt betroffen hat und die andere Hälfte zur Unterstützung bei der Schadensbewältigung erforderte, die Notwendigkeit des Neuansatzes bestätigt.

Aktuelle Bestätigung

Unter der Überschrift „Alte Zöpfe müssen weg“ fragte Wolf R. Dombrowsky in der Ausgabe 34 des Rheinischen Merkur: „Warum wursteln noch immer Ressorts mehr neben- und gegeneinander, statt koordiniert zu handeln? ... Warum gibt es in Deutschland immer noch 16 Katastrophenschutz, die ohne Verbindung zu Natur-, Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutz stehen?“ Dombrowsky, seit Jahren in der Katastrophenforschungsstelle der Universität Kiel engagiert, hat zuletzt mit dem vom Bund finanzierten und von den Ländern begleiteten Projekt „Schutzdatenatlas“ versucht, eine internet-gestützte Basis für eine umfassende Katastrophenvorbeugung, -abwehrplanung und -bekämpfung zu schaffen. Dass diese Idee noch keine Verbreitung gefunden hat, kann auch als Beweis für die gegenseitige Abschottung der einzelnen Berei-

che, oder zumindest für das nicht vorhandene Bewusstsein für die verbindende Aufgabe gesehen werden.

Sicherheitspolitische Aspekte

Bewusstsein schaffen, Kooperationsmöglichkeiten aufzeigen und natürlich auch übungsmäßig praktizieren, das sind die Intentionen, die der inhaltlichen Planung des Seminars zugrunde liegen. Zwar gehört bei nahezu jedem die Tageszeitung zur regelmäßigen Lektüre. Wenn in einer komprimierten Form aber die sicherheitspolitische Lage aufbereitet wird, zeigt sich Überraschung in vielen Gesichtern.

trachtung. Interessant dabei ein Rückblick über das letzte Jahrzehnt. Strukturen, die sich scheinbar erst heute erschließen, waren für den aufmerksamen Beobachter schon lange zu erkennen. Der 11. September 2001 steht letztendlich nur für ein unübersehbares Ereignis, das nicht nur lange angekündigt, sondern sogar in zuständigen Gremien als Option der Bedrohung diskutiert worden war.

Die aktuellen Stichworte dürfen den Blick nicht einschränken. Innere und äußere Sicherheit sind, wenn auch unterschiedlich intensiv, verschiedenen Gefahren ausgesetzt. Neben terroristischen Motiven dürfen kriminelle (erpresseri-



Aktuell sind El Qaida und Irak die meistgenannten Namen in Verbindung mit externer Bedrohung, die im gleichen Atemzug trotzdem weit weg geschoben wird. Verbindungen aufzuzeigen, das oft angesprochene Netzwerk wirklich einmal mit Linien und Verknüpfungen zu füllen und damit vom Baskenland über Nordafrika bis hin in die Berge Afghanistans Zusammenhänge heraus zu arbeiten, gehört zu einer solchen Be-

trachtung) oder politische nicht außer Acht bleiben.

Als Sicherheitskoordinierungsausschuss, so eine der Konsequenzen, sollte mit gewisser Regelmäßigkeit zuhause ein Gremium tagen, dem neben der Verwaltungsleitung zum Beispiel Vertreter des Bevölkerungsschutzes, der Gesundheits- und der Veterinärverwaltung sowie der Polizei, der Kriminalpolizei und der Bundeswehr angehören müssten. Hier wären im offenen

Gespräch alle allgemeinen und lokalen sicherheitsrelevanten Erkenntnisse zum gegenseitigen Nutzen auszutauschen.

Behörde-Bürger-Beziehung

Ein weiterer Baustein, der für das Seminar von großer Bedeutung ist, fällt unter das Stichwort Krisenkommunikation. Im Internet stößt man unter dem Suchbegriff „Kri-

zeitig eine Sensibilisierung des Bürgers bezüglich potenzieller Gefahren erreicht werden wie auch gleichzeitig seine aktive Mitwirkung beim Erkennen und Beseitigen von Gefahren.

Die Krisenkommunikation bezweckt darüber hinaus die Schaffung eines Vertrauensverhältnisses, das zur konstruktiven Kooperation zwischen allen Beteiligten notwendig ist. Aus kompetentem Mund,

muss bei Einsatzkräften ebenso wie bei Anwohnern ein Gefühl von fehlender Fürsorge bzw. Hilflosigkeit hervorrufen. Wie sich das auf die Einsatzsicherheit und -unterstützung bei einem vielleicht belanglosen nächsten Unfall mit einem Gefahrguttransport auswirken mag, kann man sich leicht vorstellen.

Verwaltungsinterne Umsetzung

„Schön und gut,“ heißt spätestens in der zweiten Stunde die Frage, „aber wo soll das Personal herkommen, und wer soll eventuelle Bereitschaftszeiten bezahlen?“ Beide Fragen sind beantwortbar. Es ist aber zu hinterfragen, ob sie eine Berechtigung haben. Sicherheit ist ein Kostenfaktor. Insbesondere Sicherheitsaufwendungen, für die in der Vergangenheit kein Bedarf gesehen wurde und deren derzeitige Notwendigkeit mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit gemessen wird, die zumindest im Vergleich mit „üblichen“ Unfällen minimal ist, werden gern weniger ernst genommen. Angebracht erscheint eher die Frage, welches Risiko die in der Verant-



senkommunikation“ auf viele Seiten, die im Zusammenhang stehen mit Problemen von Wirtschaftsunternehmen. Kernpunkt ist die Kommunikation zwischen Betrieb und Kunden. Insbesondere die Vermittlung von unangenehmen Botschaften wie etwa der Rückruf wegen fehlerhafter Ware oder bei angedrohten Produktvergiftungen, aber auch die Rückgewinnung von Vertrauen nach solchen Aktionen zählen zu den Schwerpunkten ganzer Sparten von Beratern.

In einem ähnlichen Dienstleister-Kunden-Verhältnis stehen auch die kommunale Verwaltung und die Bürger. Daher muss seitens der Verwaltung die Kommunikation zum und

nämlich mit langjähriger Erfahrung in der Aufbereitung und Vermittlung von Informationen, klingen Beispiele anschaulich und vernünftig. Zugleich zeigen andere Beispiele, auch solche aus der Alltagswelt der Teilnehmer, dass oft unbedacht und vor allem unbeabsichtigt, der falsche Ton getroffen wird. Konsequenzen, und dafür ist die Krisenkommunikation nach Tschernobyl zwar ein altes, nichtsdestoweniger aber besonders anschauliches Beispiel, wirken oft langfristig nach und münden schlimmstenfalls in einem offenen Misstrauen.

Ziel dieses Seminarbausteins ist nicht nur die Betonung einer professionellen Öffentlichkeits- und Medienarbeit. Auf gleicher Stufe steht die Erkenntnis, dass eine solche Aufgabe der Zuarbeit aus allen betroffenen Bereichen bedarf. Ein aktuelles Beispiel, bei dem man zumindest derzeit in den Medien die Vielzahl der „Auskunftsstellen“ und die differierenden Inhalte gut verfolgen kann, ist das Bahnglück von Bad Münders. Es soll und kann an dieser Stelle keine Wertung vorgenommen werden. Aber allein die gedruckte Kritik an tatsächlich oder dem Anschein nach verantwortlichen Stellen



wortung stehenden Amtsträger bereit sind zu tragen. In einfacher Definition wird das Risiko als Produkt aus Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensumfang angegeben. Damit wird ein unwahrscheinliches Ereignis, das jedoch ein hohes Schadenspotenzial in sich birgt, letztendlich doch vergleichbar mit alltäglichen Vorfällen kleinerer Bedeutung. Kernkraftwerke sind für die meist eher emotional geführten Diskussionen ein exzellentes Beispiel.

Etwas, was für uns physisch nicht wahrnehmbar ist, wird



mit dem Bürger weiter gesehen werden, als dies meist unter der Bezeichnung Öffentlichkeitsarbeit verstanden wird. Streng genommen beginnt der Informationsaustausch bereits vor der Krise. Als Risikokommunikation sollte dabei früh-

entweder ignoriert oder im Gegenteil angstvoll überbewertet. Ebenso erscheint etwas, das gerade passiert ist, auch trotz geringer Wahrscheinlichkeit als eine auch in naher Zukunft akute Bedrohung. Die Frage nach den zu akzeptierenden Kosten, so diese denn wirklich entstehen, muss also vor einem emotional bereinigten Hintergrund, muss vor belegbaren Zahlen nicht nur zur Wahrscheinlichkeit des Eintritts sondern auch vor solchen, die den potenziellen Schaden betreffen, beantwortet werden. Und diese Antwort, dessen muss man sich bewusst sein, drückt das Risiko aus, das der politisch Verantwortliche zu tragen bereit ist.

Nur, müssen wirklich Kosten entstehen? Vieles bedarf nur organisatorischer Regelungen innerhalb der Verwaltung. Dazu gilt es zu überlegen, an welchen Stellen ggf. Informationen auflaufen, die dem ersten Anschein nach nur auf ein auf das jeweilige Amt bezogenes Problem hinweisen. Neben den Bereichen Brandschutz und Katastrophenschutz kommen hierfür u.a. die Gesundheitsverwaltung, die Veterinärverwaltung, der Umweltsektor, die Untere Wasserbehörde oder die Bauverwaltung in Betracht. Auch die Energieversorgung oder der Kommunikati-



onsbereich können Probleme haben, die sie primär selbst betreffen, bei näherer Betrachtung aber auch sowohl Auswirkungen in andere Zuständigkeiten mit sich bringen oder für die aus anderen Bereichen Lösungen bzw. Unterstützungen erhalten können. Um solche Verknüpfungen frühzeitig zu erkennen, ist eine Anlaufstelle für alle aus der Norm fallenden Beobachtungen erforderlich. Diese sollte auf entsprechend kompetenter

Ebene angesiedelt sein. Demzufolge kommt hierfür nur das Büro des Landrats bzw. Oberbürgermeisters in Betracht. Damit hat die verantwortliche Person frühzeitig die Möglichkeit, rückzufragen oder Querhinweise zu geben.

Wichtig ist, und dies kann sich nur in längerer Zeit einspielen, einen Level für diese melde relevanten Vorfälle zu finden. Auch dafür lassen sich Hilfen finden. Dafür bieten sich zum Beispiel die Städte oder Kreise an, die mit diesem Meldesystem bereits arbeiten. Damit wäre ein Problem, das

Im Zeitalter des Mobiltelefons vergrößert sich der Aufenthaltsbereich eines in Rufbereitschaft befindlichen Mitarbeiters. Zugleich erhält er mehr Möglichkeiten, auf Daten der Verwaltung zurück zu greifen sowie Maßnahmen zu veranlassen. Für diese nicht zu sehr in die persönliche Freizeitgestaltung eingreifende Regelung gibt es unterschiedliche Abgeltungsregelungen, beginnend mit der Frage, wie viele Bereitschaftsstunden den Wert einer Arbeitsstunde ergeben. In Tarifverträgen finden sich Kostensätze für tatsächlich aus

Krisenkommunikation vor, in und nach der Krise	
Ziele:	Sachgerechte Berichterstattung unterstützen
	Glaubwürdigkeit festigen und langfristig sichern
	Kompetenz demonstrieren und Handlungsfähigkeit unterstützen
Gründe:	Gegen die Medien gewinnt man keine Krise
	Wenn die offizielle Stelle nicht kommuniziert, kommunizieren andere
	Nicht die Falten zählen, sondern was übermittelt und wahrgenommen wird

meist in Verbindung mit Kosten gesehen wird, relativ einfach zu lösen.

Anders sieht dies aus, wenn an die unverzichtbaren Rufbereitschaften heran gegangen wird. In vielen Bereichen sind Rufbereitschaften in den letzten Jahren abgebaut worden, getreu nach dem Motto: „Wenn zehn Jahre nichts passiert ist, dann wird auch in den nächsten zehn Jahren nichts passieren.“ Allerdings sind auch hier verschiedene Ereignisse, die bis hin zu staatsanwaltlichen Ermittlungen geführt haben, BeleSg dafür, dass diese Einstellung eher als naiv denn als verantwortungsvoll bezeichnet werden muss.

Rufbereitschaften sind grundsätzlich unverzichtbar. Es ist nur die Frage, für welche Bereiche sie einzurichten sind und welche Randbedingungen zu erfüllen sind. Auf jeden Fall ist sie nicht auf die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den Aufgabengebieten Feuerwehr und Katastrophenschutz zu beschränken. Ebenso wenig genügt es, der Leitstelle eine Telefonliste zu überlassen.

der Rufbereitschaft geleistete Arbeitsstunden. Insgesamt wird dabei festzustellen sein, dass die Umsetzung einer Rufbereitschaft für entsprechendes Personal zwar Kosten verursacht, diese aber, versteht man sie als Versicherungsprämie, durchaus im Rahmen anderer Versicherungen bleibt.

Planbesprechung oder Übung

Bereits angesprochen wurde im ersten Teil, dass der Krisenstab im Einsatzfall in der Regel kein permanent tagendes Gremium sein wird. Von daher erhalten Übungen für den Krisenstab ein anderes Verlaufprofil als dies bei Einsatzleistungen oder dem Stab HVB zu sehen ist bzw. war. Eine Variante besteht in der Besprechung einzelner Sequenzen aus einem gedachten Verlauf mit entsprechenden Zeitsprüngen. Damit kommt man einer möglichen Realität relativ nahe, ohne künstliche Längen oder unwahrscheinliche Lagekumulationen. Ein Problem, schon als solches identifiziert

Aus- und Weiterbildung

oder erst vermutet, taucht auf. Dies mag liegen im kriminellen Bereich wie etwa eine Erpressung des Staates mit der Androhung von Gewaltaktionen, es mag medizinisch do-

strophenschutzes oder der Feuerwehr verlassen wird, ohne jemals hinterfragt zu haben, ob diese tatsächlich gegeben ist. Sicherlich fehlt vielen Verwaltungsbereichen die Perso-

sprechungen eingegangen werden. Sie machen den Großteil des Seminars aus, soweit erforderlich ggf. unterbrochen durch sogenannte Input-Phasen zu strittigen Diskussionspunkten.



Erste Ergebnisse

Die AKNZ hat inzwischen erste Seminare der neuen Art durchgeführt. Die vorgegebene Personalliste hat in den angesprochenen Kreisen und Städten des Öfteren Erstaunen hervorgerufen. An die eine oder andere Funktion hatte man im Zusammenhang mit Katastrophenschutz noch nie gedacht. Teilweise führten Probleme unterschiedlicher Art dazu, dass die gewünschte Besetzung des Krisenstabes nicht als geschlossene Gruppe abgestellt werden konnte. Das wird sich sicherlich nie vermeiden lassen. Trotzdem wird auch zukünftig für das Seminar Krisenmanagement die Teilnahme des Teams in der vorgestellten Besetzung eine Voraussetzung bleiben.

Auf dem Weg, über den Tellerrand der Katastrophe hin-

miniert sein zum Beispiel durch den Verdacht auf eine eingeschleppte Seuche, ebenso kann der großflächige Ausfall der Energie- oder Wasserversorgung für hunderttausend oder mehr Einwohner ein solcher Auslöser sein.

Nicht nur die zu veranlassenden Maßnahmen sind zu erarbeiten. Von gleicher Bedeutung sind die Identifizierung der beteiligten Stellen, das Erkennen der verschiedenen Zuständigkeiten oder die Zusammenführung differierender Interessen. Gerade die gelegentlich mancher Verwaltung vorgeworfene Prüfung der Zuständigkeit ist hier wichtig. Sie soll keinesfalls dazu dienen, eine Aufgabe zu verzögern oder wegzuschieben. Vielmehr muss gerade in solchen Fällen auf die Einhaltung der vom Gesetzgeber fixierten Verantwortungsbereiche geachtet werden, da von den zuständigen Stellen auch primär die Erfahrung für die Bewältigung von Ausnahmesituationen zu erwarten ist oder Strategien vor geplant sind.

Die bisherigen Planbesprechungen zeigen nur zu oft, dass sich verschiedentlich auf die Allkompetenz des Kata-

strophenschutzes oder der Feuerwehr verlassen wird, ohne jemals hinterfragt zu haben, ob diese tatsächlich gegeben ist. Sicherlich fehlt vielen Verwaltungsbereichen die Personalstärke, um in außergewöhnlichen Situationen alle erforderlichen Maßnahmen eigenständig durchführen zu können. Und selbstverständlich kann dabei auf geschulte Einsatzkräfte zurück gegriffen werden, die zudem über eine breite Palette von Eigenschutz- und Einsatzmaterial verfügen. Allerdings müssen auch Alternativen erwogen werden. Fachpersonal gibt es sowohl in benachbarten Kreisen und Städten als auch auf der oberen und obersten Landesebene beziehungsweise bei entsprechenden Bundesbehörden. Ebenso findet man für diverse Aufgaben im Zusammenhang mit unterschiedlichen Krisensituationen in der Wirtschaft qualifiziertes Personal, das einen Auftrag gern entgegen nimmt.

Die einzelnen Sequenzen der Planbesprechung bleiben im Seminar keine Diskussionsrunden. Maßnahmenabfolgen sind festzulegen, Berichte oder Meldungen zu fertigen oder, auch ganz wichtig, Inhalte für Medienbeiträge, Bürgertelefon oder verwaltungsinterne Veröffentlichungen zu erarbeiten.

An dieser Stelle soll verständlicherweise nicht auf die konkreten Inhalte der Planbe-



weg zu sehen auf Krisensituationen unterschiedlicher Ursachen, wird die AKNZ weiter gehen. Bestärkend wirkt dabei das Urteil der bisherigen Teilnehmer. Sie haben das Seminar als Anstoß empfunden, über Themen nachzudenken, die sie bisher zwar in der Regel gesehen, aber nicht als sie persönlich betreffend eingeordnet haben. In der Verantwortung zu stehen, so die Erkenntnis, heißt gegebenenfalls auch, zur Verantwortung gezogen zu werden.

Aufbruch zu neuen Ufern

Neue TEL-Ausbildung

von Hanno Peter, ZfZ-AKNZ

Seit den Ereignissen des „amerikanischen Herbstes“ haben sich auch in Deutschland Strukturen des Katastrophenschutzes und der Krisenbewältigung gewandelt. Die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz hat ihre Seminare den neuen Bedingungen angepasst,

im Sommer 2002 mit den Landesfeuerwehrschulen abgesprochen und baut auf deren Ausbildungen auf.

Die seit Jahren bekannte „TEL-Ausbildung“ wird verändert und erhält folgende Gestalt in Form von vier Seminartypen. Grundlage dieses Se-

minars und der Bundesanstalt THW auf.

Teilnehmer des Seminars sind Führungskräfte der Feuerwehr mit Qualifikation F/B V, Leitende Notärzte, Organisatorische Leiter, Fachberater Sanitäts-/Betreuungsdienst der Hilfsorganisationen, Fachberater des THW sowie Fachberater des Wasserrettung (DLRG).

Zu diesem Seminar können Einzelteilnehmer kommen, die Teilnahme einer geschlossenen TEL ist keine Voraussetzung.

Führen und Leiten auf der operativ-taktischen Ebene 2

Ziele sind: Einüben des stabsmäßigen Arbeitens in einer TEL als Teil der Gefahrenabwehrbehörde mit einer geschlossenen TEL, Festigung der Fähigkeiten und der Fertigkeiten, die bei der Arbeit in einer geschlossenen TEL benötigt werden, Rahmenbedingungen für die Führungsaufgaben ermitteln und deren Auswirkungen abschätzen können, Umsetzung von Vorgaben durch Analyse und Steuerung sowie Zusammenarbeit mit externen Stellen.

Als Teilnehmer sind vorgesehen: Leiter TEL, Sachgebiete 1 bis 6, Leitender Notarzt, Organisatorischer Leiter oder Fachberater Hilfsorganisationen, Fachberater THW, Lagekartenfürer und Sichter. Sachgebiete 1 und 4 können in Personalunion von einer Person geführt werden.

In jedem Seminar sollen zwei geschlossene TEL'en mit

Blick auf Seminar- und Verwaltungsgebäude der AKNZ.



was besondere Auswirkungen auf die Ausbildung für die Einsatzleitungen und die rückwärtigen Stäbe haben wird. Insbesondere die organisatorischen Strukturen, wie sie die Fw Dv 100/Dv 100 vorgibt, werden konsequent berücksichtigt. Die Auswirkungen auf die „Stabsausbildung“ sind enorm, denn der Stab alter Art nach KatS Dv 100, bekannt unter dem Synonym „Stab HVB“, gehört in der Ausbildung der Vergangenheit an. Die deutliche Trennung zwischen operativ-taktischem Bereich (Einsatzleitung) und administrativ-organisatorischem Bereich (Verwaltung) wird zielstrebig umgesetzt¹. Im nachfolgenden Beitrag werden die neuen Seminarstrukturen des Fachbereichs 2 „Führen und Leiten“ beschrieben.

Die Seminarfolge im operativ-taktischen Bereich wurde

minars sind die Feuerwehr-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzgesetze der Länder mit sogenannten „Blaulicht-Lagen“:

Führen und Leiten auf der operativ-taktischen Ebene 1

Ziele dieses Seminars sind das Einüben stabsmäßigen Arbeitens in einer TEL als Teil der Gefahrenabwehrbehörde, das Einüben der Fertigkeiten in einer TEL sowie die Ermittlung von Rahmenbedingungen für die Führungsaufgaben und deren Auswirkungen abschätzen zu lernen.

Dieses Seminar baut auf den Lehrgängen F/B V und Einführung in die Stabsarbeit an den Landesfeuerwehrschulen und auf entsprechende Lehrgänge der Hilfsorganisationen

¹ Vgl. Franke D., Krisenmanagement oder Katastrophenverwaltung, in: *Bevölkerungsschutz 3/2002*, S. 17-20

den oben beschriebenen Teilnehmern anreisen, wobei aus Erfahrung davon ausgegangen werden kann, dass nicht immer diese komplette TEL-Besetzung zur Verfügung steht.

Ein besonderes Augenmerk wird in Zukunft der Zusammenarbeit mit der Verwaltung gewidmet werden. Deshalb sind zu diesem Seminar auch Mitarbeiter der Verwaltung aus den Bereichen Ordnungsamt, Gesundheitsamt, Umweltamt und Sachgebiet/Abteilung Katastrophenschutz mit eingeladen. Ziel soll es sein, dass diese Verwaltungsmitarbeiter vertiefte Kenntnisse in der Arbeit einer Technischen Einsatzleitung erhalten und im Rahmen der während des Seminars stattfindenden Übungen mit verwaltungsspezifischen Aufgaben einbezogen werden. Die Übungslagen sind eingebettet in eine Situation mit mehreren Punktlagen und dem Vorhandensein eines Führungsstabes. Diese „sonstigen“ TEL'en und

beüben soll. Flächenlage bedeutet in diesem Zusammenhang, dass es mehrere Schadenstellen gibt, die von ihrer Größe und der Zahl der eingesetzten Kräfte her eine örtliche TEL benötigen. Dieser Führungsstab wird aus Angehörigen mit TEL-Erfahrung gebildet. Deshalb sind zu diesem Seminar auch nur Teilnehmer zugelassen, die bereits das Seminar „Führen und Leiten auf der operativ-taktischen Ebene 2“ besucht haben.

Ziele sind: Einüben des stabsmäßigen Arbeitens in einem Führungsstab gemäß FwDv100/Dv 100 als operativ-taktische Komponente, Einüben der Fähigkeiten und der Fertigkeiten, die bei der Arbeit in einem Führungsstab benötigt werden, Rahmenbedingungen für die Führungsaufgaben in einem Führungsstab ermitteln und deren Auswirkungen abschätzen können, Umsetzung von Vorgaben durch Analyse und Steuerung sowie Zusammenarbeit mit der ad-

Führen und Leiten auf der operativ-taktischen Ebene 4

Dieses Seminar ist ausschließlich für Gebietskörperschaften mit herausragendem Gefährdungspotenzial gedacht. Voraussetzung an der Teilnahme ist der Besuch der vorhergehenden Seminare. Diese neuen Seminare werden aber frühestens ab 2004 an der AKNZ stattfinden.

Losgelöst von diesen vier Seminartypen gibt es noch zwei Seminare vor Ort:

Seminare vor Ort

„Führen und Leiten auf der operativ-taktischen Ebene vor Ort 1“; dieses Seminar ist für TEL'en, die das Seminar „Führen und Leiten auf der operativ-taktischen Ebene 2“ besucht haben und vor Ort in ihrer Stadt oder ihrem Kreis eine Übung durchführen wollen. Dazu gehört wie bisher auch ein spezieller Anlegerlehrgang „Anlegen einer Führungsübung auf der operativ-taktischen Ebene 1“.

Ferner soll es diese Möglichkeit auch für die Führungsstäbe geben, weshalb ein Seminar „Führen und Leiten auf der operativ-taktischen Ebene vor Ort 2“ eingeführt wird. Auch hier gibt es vorher einen „Anlegerlehrgang“ unter der Überschrift „Anlegen einer Führungsübung auf der operativ-taktischen Ebene 2“, der voraussichtlich erst 2004 angeboten wird. Voraussetzung für die Teilnahme ist das Seminar „Führen und Leiten auf der operativ-taktischen Ebene 3“.

Mit dieser Seminarstruktur wird die AKNZ im Fachbereich 2 zukünftig den Anforderungen gerecht, welche sich aus den neuen Gefährdungslagen ergeben.

Unterkünfte für Seminarteilnehmer.

(Fotos: Schmitter)



der Führungsstab werden von der Übungsleitung dargestellt, ebenso wie die Leitstelle, Polizei, Bundeswehr, THW und Hilfsorganisationen.

Führen und Leiten auf der operativ-taktischen Ebene 3

Dieses Seminar unterscheidet sich vom vorhergehenden dadurch, dass hier ein Führungsstab gemäß Fw Dv 100/Dv 100 eine Flächenlage

ministrativ-organisatorischen Komponente.

Die Teilnehmer dieses Seminars werden sein: Leiter Führungsstab, Sachgebietsleiter 1 bis 6, Fachberater THW, Fachberater Hilfsorganisationen, Lagekartenführer und Sichter.

Zu jedem Seminar sollen zwei geschlossene Führungsstäbe anreisen und vier Mitarbeiter der Verwaltung wie im Seminar „Führen und Leiten auf der operativ-taktischen Ebene 2“.

Psychische Situation von Kindern in Notfällen

Anregungen für die Psychische Erste Hilfe

Von Dipl.-Päd. Harald Karutz, Bildungsinstitut am Elisabeth-Krankenhaus Essen

Kinder erleben Notfallsituationen als einen psychischen Ausnahmezustand. Selbst dann, wenn sie körperlich unverletzt geblieben sind, können sich offenbar langfristig anhaltende Folgeschäden entwickeln, so dass eine belastungsvermindernde Psychische Erste Hilfe (PEH) noch am Ort des Geschehens zu fordern ist, die den jeweiligen Entwicklungsstand eines Kindes und daraus resultierende Besonderheiten bezüglich der Wahrnehmung, des Erlebens und typischer Reaktionsweisen von Kindern in Notfällen berücksichtigt und einer psychischen Traumatisierung präventiv entgegenwirkt¹.

Im folgenden, zweiteiligen Beitrag werden basierend auf einer Beschreibung der psychischen Situation von Kindern in Notfällen (Abb. 1) dementsprechend konkrete Hinweise gegeben, wie im Rahmen der psychosozialen Betreuung auf welche einzelnen Belastungsfaktoren und Bedürfnisse von Kindern reagiert werden kann.

Frühere Veröffentlichungen an anderer Stelle², in denen bislang ausschließlich die Psychische Erste Hilfe bei verletzten und akut erkrankten Kindern thematisiert wurde, werden dabei insofern ergänzt, dass die hier präsentierten Hinweise – durch die Einbeziehung weiterer Fachliteratur und umfassender theoretischer Überlegungen – nunmehr auch bei der Betreuung unverletzt betroffener Kinder, und zwar sowohl in alltäglichen Notfallsituationen als auch in Großschadenslagen bzw. bei

einem Massenansturm von Verletzten (MANV) umgesetzt werden können.

Besonders angesprochen sind mit dieser Thematik natürlich Helfer in Betreuungseinheiten, Kriseninterventionsteams und der Notfallseelsorge; zugleich aber auch Führungskräfte sowie Mitarbeiter der Feuerwehren und des Rettungsdienstes.

Erster Teil

Die psychische Situation von Kindern in Notfällen

Zunächst kann die psychische Situation von Kindern in Notfällen – wie bei jedem Erwachsenen auch – als ein komplexes Zusammenwirken verschiedenster Belastungsfaktoren und Moderatorvariablen beschrieben werden, wodurch sich individuell sehr unterschiedliche Reaktionsweisen ergeben³. Einige Besonderheiten, die jedoch speziell bei Kindern zu berücksichtigen sind, gehen aus Abb. 2 hervor: Neben wahrnehmungspsychologischen Aspekten und dem aktuellen Stand des Wissens, Denkens und Empfindens sind hier vor allem die Entwicklung der Sprache bzw. der Sprachfähigkeit eines Kindes, unterschiedliche Erziehungseinflüsse, die Anwesenheit und das Verhalten von Bezugspersonen sowie nicht zuletzt auch die jeweilige Art der Hilfeleistung zu nennen.

Wahrnehmung des Notfallgeschehens

(Eigene) Verletzungen und das Notfallgeschehen insgesamt werden sehr genau und aufmerksam wahrgenommen. Hier ist erstaunlich, auf welche Details Kinder aufmerksam werden, die Erwachsenen mitunter verborgen bleiben dürften. Eine bewusste Wahrnehmungskonzentration (Filterung) auf einzelne Aspekte des Geschehens fehlt, so dass bereits nach kürzester Zeit eine massive Reizüberflutung einsetzt, die die Fähigkeit, das Erlebte zu verarbeiten, weit übersteigt.

Verstärkt wird diese Tatsache durch die kindliche Lageperspektive (Froschperspektive), aus der heraus die Umgebung, insbesondere anwesende Helfer und deren Handlungen, u. U. überdimensional und bedrohlich verzerrt erscheinen können. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß die kindliche Wahrnehmung in besonderem Maße durch Gerüche geprägt wird, so dass vor allem unbekannte und eher unangenehme

¹ Siehe z. B. Riediger, G.: Was leistet eine schnelle und qualifizierte Notfallhilfe? In: Notfallmedizin 9 (1983), S. 211; Akademie Brudershilfe-Familienfürsorge (2001): Pressemitteilungen und Materialien zur Studie „Unfallbeteiligtes Kind“ sowie Larsen, F., Larsen, U.: Kein Kinderspiel. In: Feuerwehr-Magazin (2001), 2, S. 92.

² Siehe Karutz, H.: KASPERLE: Psychische Erste Hilfe bei Kindern. In: Rettungsdienst 22 (1999), S. 1008-1012 und Karutz, H. (2001): PEHK: Psychische Erste Hilfe bei verletzten und akut erkrankten Kindern. In: Referatband zum 4. Bundeskongress Notfallseelsorge, S. 130-150.

³ Siehe z. B. Lasogga, F., Gasch, B. (2000): Psychische Erste Hilfe, S. 21ff.

me Gerüche (z. B. nach Desinfektionsmitteln oder verbrannten Gegenständen) zusätzliche Angst auslösen können⁴.

abhängig vom jeweiligen Entwicklungsstand ohnehin auf Informationsdefizite bzw. auch auf das Vorhandensein

schwierigen Suche nach Antworten verbundenen Verunsicherung zahlreiche Ängste (z. B. vor dem Verlassensein; da

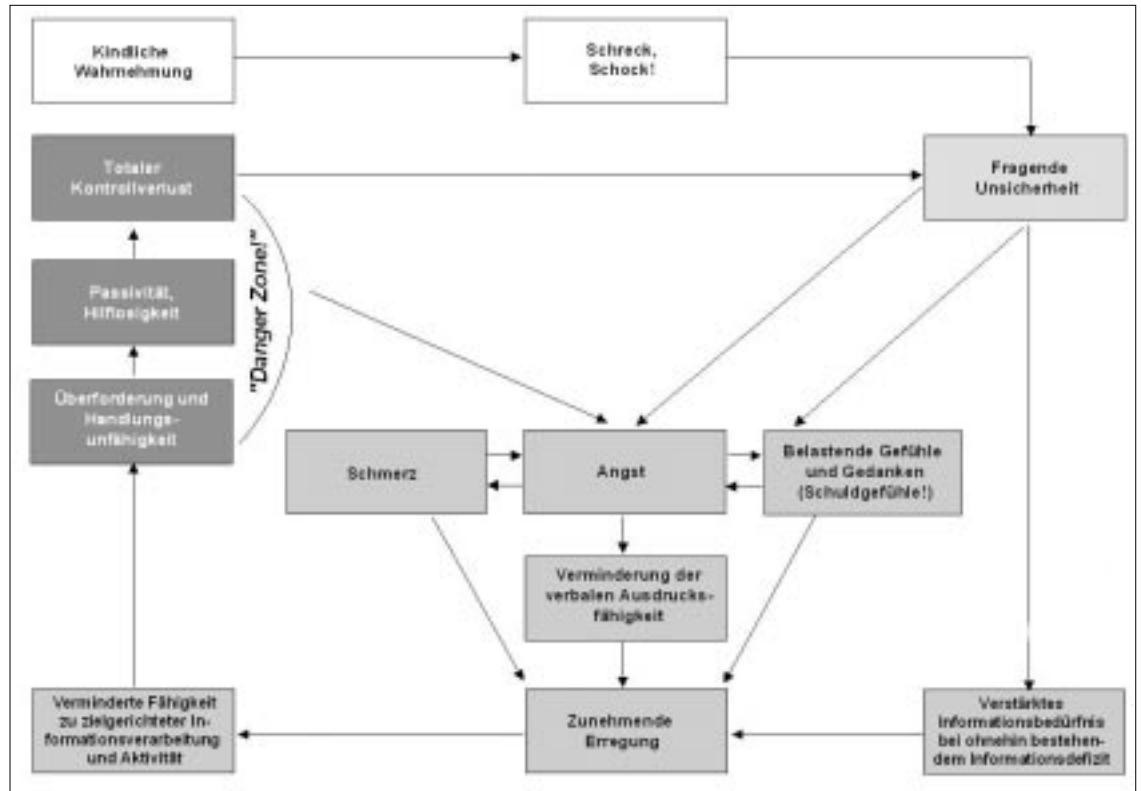


Abb. 1: Die psychische Situation von Kindern in Notfällen.

Schockzustand und „fragende“ Unsicherheit

Rasch verursacht wird ein akuter Schockzustand im Sinne eines erheblichen Erschreckens, ein fassungsloser (mitunter jedoch nur innerer) Aufschrei. Setzen daraufhin erste Verarbeitungsprozesse ein, entsteht eine in vielerlei Hinsicht Fragen beinhaltende und Fragen aufwerfende⁵ Unsicherheit, zunächst verbunden mit der nachvollziehbaren Feststellung, im Angesicht der miterlebten Situation eben tatsächlich nicht sicher zu sein.

Verstärktes Informationsbedürfnis

Auf der Suche nach Antworten wird das kindliche Bedürfnis nach Information und Aufklärung verstärkt, wobei

von sogenanntem „falschem“ Wissen hinzuweisen ist⁶. Kindern fehlen entsprechende Vorerfahrungen mit vergleichbaren Notfällen, geeignete Bewältigungsstrategien sind meist noch nicht vorhanden.

Weil Kinder außerdem nicht dazu in der Lage sind, die tatsächlichen und häufig sehr komplexen (Kausal-) Zusammenhänge von äußeren Umständen und einzelnen Abläufen in einer Notfallsituation zu überblicken, neigen sie dazu, für das Geschehene irrationale bzw. magisch-mystische „Ersatzerklärungen“ zu finden, um auf diese Weise vorhandene Lücken in ihrem kindlich geprägten Selbst- und Weltverständnis zu schließen⁷.

Gefühle, Gedanken, Angst

Gleichzeitig resultieren aus der mit vielen Fragen bzw. der

vor, nicht mehr geliebt zu werden; vor Schmerzen; vor bestimmten Wahrnehmungen bzw. Anblicken, Geräuschen und Gerüchen; vor dem was noch passiert), Gedanken und Gefühle.

In besonderem Maße sind hierbei Schuldgefühle zu nennen, die in mehreren Eigenarten des kindlichen Denkens begründet sind: Zu der bereits genannten Tendenz, magisch-mystische Erklärungen für Geschehenes zu finden, kommt hier vor allem noch eine Egozentrierung des Denkens und die normalerweise bis zum Al-

⁴ Siehe De Kuiper, M. (1999): Schmerz und Schmerzmanagement bei Kindern, S. 39.

⁵ Z. B. die Fragen: „Was ist eigentlich passiert?“, „Was ist mit mir passiert?“ und „Was wird noch passieren?“

⁶ Siehe Lohaus, A. (1990): Gesundheit und Krankheit aus der Sicht von Kindern, S. 29-39.

⁷ Siehe Lohaus, A., a.a.O., S. 60ff sowie Fischer, G., Riedesser, P. (1999): Lehrbuch der Psychotraumatologie, S. 248ff.

ter von etwa sechs Jahren fehlende Möglichkeit zum Perspektivwechsel hinzu. Das bedeutet, Kinder können sich nicht in andere Personen und deren Intentionen hineinversetzen; sie erklären alles Wahrgenommene stattdessen unmittelbar aus sich selbst heraus und auf sich selbst bezogen.

Führt das bereits beschriebene Informations- bzw. Wissensdefizit in Verbindung mit diesen Denktendenzen dann letztlich zum Scheitern anderer Erklärungsversuche, bleibt einem Kind im Endeffekt nur noch die Möglichkeit, eigene Schuld anzunehmen und beispielsweise von der Verursa-

selbst auch körperlich verletzt worden ist – physische Schmerzen noch eine zusätzliche Verstärkung dieser negativen Gefühle und Gedanken bewirken, wobei sich insbesondere zwischen Schmerzen und Ängsten mitunter eigene Eskalationsmechanismen entwickeln können.

Verminderung der verbalen Ausdrucksfähigkeit

Im weiteren Verlauf können Ängste besonders bei Kindern dazu führen, dass deren verbale Ausdrucksfähigkeit herabgesetzt wird (und somit „die

dass Kinder sich offenbar gerade deshalb nicht mehr trauen, über das Geschehene bzw. Erlebte zu sprechen, weil sie befürchten, dass durch das, was sie sagen, möglicherweise eine weitere Verschlimmerung der Situation eintreten könnte. Ein Kind, das beispielsweise Bauchschmerzen empfindet, nimmt es u. U. in Kauf, die Schmerzen zu ertragen und verschweigt sie aus der Angst heraus, ansonsten zusätzlich zu den aktuellen Schmerzen noch die folgende (ebenfalls durchaus schmerzhaft) Behandlung ertragen zu müssen, in deren Rahmen möglicherweise z. B. Injektionen ge-

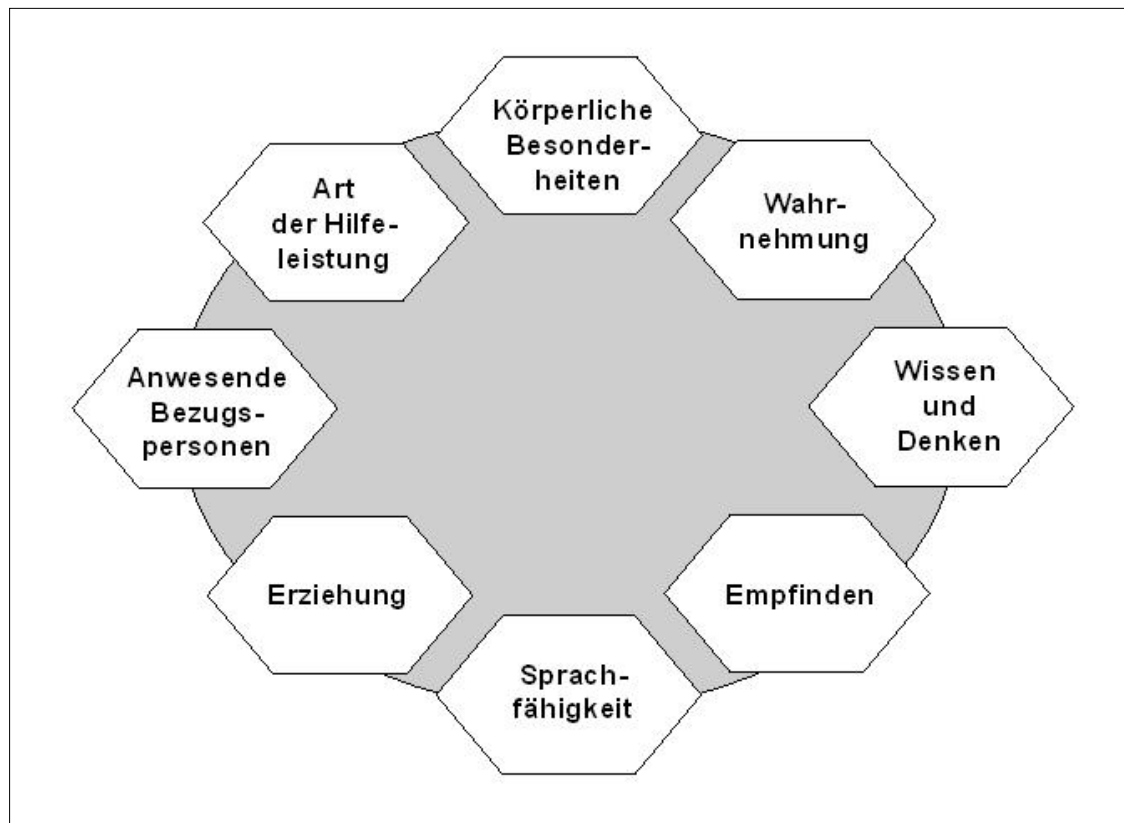


Abb. 2: Besonderheiten, die das kindliche Erleben einer Notfallsituation verdeutlichen.

chung der Notfallsituation durch ein eigenes Fehlverhalten auszugehen, woraufhin häufig die Entwicklung regelrechter Bestrafungsphantasien folgt – auch wenn dafür objektiv betrachtet überhaupt kein Grund zu erkennen ist⁸.

Schließlich muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass – sofern ein Kind

Worte fehlen“), so dass es Kindern – vor dem Hintergrund einer ohnehin noch nicht abgeschlossenen Sprachentwicklung – jetzt erst recht nicht (mehr) möglich ist, Ängste zu formulieren, Erregung in Worten auszudrücken und letztlich auch Fragen zu stellen.

In besonderem Maße muss hierbei berücksichtigt werden,

ben werden oder eine Operation zu erwarten sein könnte (Dissimulationsversuch)⁹.

Dass die ständige Zunahme von Angst durch die ansons-

⁸ Siehe Lohaus, A., a.a.O., S. 15, 40, 46, 63 u. 113 sowie Fischer, G., Riedesser, P., a.a.O.

⁹ Siehe De Kuiper, M., a.a.O., S. 6ff sowie Lohaus, A., a.a.O., S. 19.

ten (d. h. bei Erwachsenen) häufig erleichternd wirkende Äußerung von Belastungen somit nicht verhindert werden kann, wird auf diese Weise nachvollziehbar: Während Erwachsene durch verbale Äußerungen mehr oder weniger explizit auf ihre Situation und

gen eines Kindes als ein Besorgnis erregender innerer Rückzug zu betrachten, der meist mit erheblichen psychischen Belastungen verbunden sein wird und der im Angesicht der überwältigenden bzw. überfordernden Erfahrungen in einem Notfallgeschehen

bestehende Informationsdefizit führen nunmehr dazu, dass Kinder in einem Notfallgeschehen – zumindest sofern sie keine entsprechende Hilfeleistung erfahren – kaum mehr handlungsfähig sind. Sie wissen nicht, wie sie sich verhalten sollen, und selbst wenn sie es wüssten, wären sie zur Ausführung zielgerichteter Aktivität wohl kaum in der Lage, weil der hohe Erregungsgrad jede bewusst koordinierte Handlung erheblich erschweren bzw. sogar unmöglich machen würde (affektive Hemmung)¹⁰.



Kinder können psychische Folgeschäden erleiden, auch wenn sie körperlich unverletzt geblieben sind.
(Foto: Harald Karutz)

Bedürfnisse hinweisen können und dadurch selbst in hohem Maße dazu beitragen, Helfer auf sinnvolle Interventionsansätze aufmerksam zu machen, fehlt Kindern diese Möglichkeit. Mitunter ist sogar denkbar, dass das im weiteren Verlauf einsetzende Schweigen bzw. die äußerliche Teilnahmslosigkeit (Apathie) eines Kindes als vermeindliche Tapferkeit oder fehlende Betroffenheit missinterpretiert werden könnte.

Festzustellen ist jedoch: Solange Kinder noch weinen und schreien können, verfügen sie über (wenn auch wenig effektive) Strategien, Belastungen zu verringern, und wengleich das Schreien oder Weinen nicht unbedingt hilfreich zur Situationsbewältigung beiträgt, ist es zumindest eine Möglichkeit, anwesende Helfer oder Bezugspersonen auf die eigene psychische Situation aufmerksam zu machen und auf diese Weise eine hilfreiche Reaktion – z. B. in Form folgender Zuwendung – zu veranlassen. Demgegenüber ist gerade das stille bzw. apathische Schwei-

letztlich den Beginn einer „psychischen Kapitulation“ kennzeichnet.

Zunehmende Erregung

Die beschriebene Verminderung der verbalen Ausdrucksmöglichkeiten führt – in Zusammenhang mit der auch unmittelbaren Wirkung von belastenden Gefühlen und Gedanken sowie dem nach wie vor bestehenden Informationsdefizit – zu einer massiven Zunahme der psychischen Erregung: Steht einem Kind im Notfallgeschehen gerade das Sprechen nicht mehr als Ventil für die Reduzierung angestauter Erregung zur Verfügung (und ist keine alternative Gelegenheit zur Erregungsabfuhr vorhanden), wird dieser Erregungsanstieg verständlich.

Verminderte Fähigkeit zu zielgerichteter Informationsverarbeitung und Aktivität

Vor allem die gesteigerte Erregung und das noch immer

Überforderung, Handlungsunfähigkeit, Passivität, Hilflosigkeit, Kontrollverlust

In der Folge wird das Gefühl, überfordert zu sein – v. a. wenn noch immer keine entsprechende Intervention erfolgt – zunehmend stärker. Letztlich sind sie hilflos dem Geschehen ausgesetzt, erleben das Geschehen, ohne darauf noch in irgendeiner Weise Einfluss nehmen zu können, vollkommen passiv und erleiden schließlich einen völligen Verlust der Kontrolle, so dass die beginnende Entwicklung des Gefühls der Hilflosigkeit als Eintritt in eine regelrechte „Danger Zone“ beschrieben werden kann: Mit dem Eintritt in diesen „psychischen Gefahrenbereich“ kann davon ausgegangen werden, dass eine psychische Traumatisierung zunehmend wahrscheinlich wird – und zwar abhängig vom jeweiligen Ausmaß der Überforderung, der Hilflosigkeit, der Passivität und des Kontrollverlustes, den ein Kind in dieser Situation subjektiv empfunden hat.

Der zweite Teil des Beitrags folgt in der nächsten Ausgabe.

¹⁰ Siehe Lohaus, A., a.a.O., S. 19ff.

20 Jahre TUIS

Pressekonferenz des VCI

Von Irene Kölbl, Berlin

Das Transport-Unfall-Informationssystem (TUIS) feiert in diesem Jahr seinen 20. Geburtstag. Aus diesem Anlass veranstaltete der Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI), Frankfurt, eine Pressekonferenz in Frankfurt. Nach einem historischen Rückblick machte Dipl.-Ing. Rolf Haselhorst, Vorsitzender des Arbeitskreises TUIS des VCI und Leiter der Werkfeuerwehr BASF AG, Ludwigshafen, die aktuellen Einsatzzahlen des Jahres 2001 bekannt. Darüber hinaus erläuterte er Einsätze im Rahmen von TUIS und ging auf die Zusammenarbeit zwischen TUIS und öffentlichen Feuerwehren ein.

Sicherheitsmaßnahmen

Chemikalien gehören wie Mineralöl zu den Wirtschaftsgütern, die täglich in großen Mengen auf Straße, Schiene oder Wasserwegen bewegt werden. Sicherer Transport und sicherer Umgang mit den Produkten sind für die Chemieunternehmen unabdingbar. Trotz aller Vorkehrungen ereignen sich jedoch immer wieder Unfälle. Ereignisse, die einer fachmännischen Hilfe bedürfen.

1982 hat der VCI mit den Innenministerien der Länder TUIS ins Leben gerufen: ein Hilfeleistungssystem, das die Verantwortung der chemischen Industrie für Sicherheit, Gesundheit und Umweltschutz reflektiert. Mittlerweile sind 130 Chemieunternehmen in diesen „Service“ eingebunden. Sie garantieren bundesweit Beratung, Unterstützung und aktive Hilfe bei jeglichen

Unfällen mit chemischen Produkten (Transport, Lagerung).

TUIS-Einsätze 2001

Im vergangenen Jahr übernahmen die TUIS-Mitgliedsunternehmen insgesamt 1.167 Einsätze. In 874 Fällen reichte eine telefonische Beratung (Stufe 1) aus, 50 mal stand ein Experte oder ein Team von TUIS am jeweiligen Unfallort zur Verfügung (Stufe 2) und bei 243 Notfällen leisteten TUIS-Werkfeuerwehren technische Hilfe (Stufe 3).

tion entsprach. In den Gesprächen wurden die öffentlichen Feuerwehren über die toxikologischen Eigenschaften der Produkte informiert. Auch Fragen zur Entsorgung, ein wichtiges Thema, ließen sich klären. Darüber hinaus waren Anrufe zu Vergiftungen bei Mensch und Tier nach Unfällen im Haushalt von Bedeutung (ein Drittel aller telefonischen Beratungen).

Bei der Hilfe vor Ort (TUIS Stufe 3) war unter anderem Ladung von undichten Gehäusen, beschädigten Containern



Wunschraum oder bald schon Wirklichkeit: Die gezielte Nachalarmierung von Einsatzkräften oder Technik kommunaler (Berufs-)Feuerwehren im Rahmen von TUIS-Einsätzen außerhalb deren eigentlichen Ausrückebereichs.

Auch 2001 bestätigte sich mit mehr als 1.000 Hilfeleistungen die Entwicklung der letzten Jahre. In der Mehrzahl der Fälle war eine telefonische Beratung gefragt, bei der sich vier Schwerpunkte herauskristallisierten: Im Vordergrund standen die Empfehlungen von Erstmaßnahmen, die am Unfallort erforderlich sind. Daneben erfuhr die Einsatzkräfte, ob ihre taktische Vorgehensweise der jeweiligen Situa-

tion entsprach. In den Gesprächen wurden die öffentlichen Feuerwehren über die toxikologischen Eigenschaften der Produkte informiert. Auch Fragen zur Entsorgung, ein wichtiges Thema, ließen sich klären. Darüber hinaus waren Anrufe zu Vergiftungen bei Mensch und Tier nach Unfällen im Haushalt von Bedeutung (ein Drittel aller telefonischen Beratungen).

Bei der Hilfe vor Ort (TUIS Stufe 3) war unter anderem Ladung von undichten Gehäusen, beschädigten Containern

ren Speditionen (60 Einsätze), Unfälle in Lägern und betrieblichen Anlagen (40 Einsätze) und die „Schiene“ (30 Einsätze).

beladenen Container von einem LKW-Auflieger auf ein Containerschiff. Bei dieser Aktion wurde das Sicherheitsventil des Containers beschädigt.



Ausrüsten mit dem hitzebeständigen Chemieschutzanzug.

Einsatzbeispiele

Der chemischen Industrie, stellvertretend den TUIS-Werkfeuerwehren, ist auch außerhalb der Werkstore an der Sicherheit im Umgang mit ihren Produkten gelegen. Zwei Bei-

Eine geringe Menge des Produkts trat aus. Die Berufsfeuerwehr (BF) Hamburg sperrte den Bereich weiträumig ab und verschloss das Leck provisorisch mit einem Dichtkissen. Die alarmierte TUIS-Werkfeu-



Übung am Container.

spiele zeigen, wie vielfältig die Tätigkeiten im Rahmen von TUIS sind:

Im Hamburger Hafen hoben Arbeiter einen mit Buten¹

erwehr pumpte das Buten mit einer mobilen Flüssiggas-Umfüllpumpe in einen anderen Container um. Anschließend spülten die Einsatzkräfte den

leeren Behälter aus Sicherheitsgründen mit Stickstoff.

Im Chemieraum einer Schule in Neustrelitz, Mecklenburg-Vorpommern, fiel der Lehrerin eine mit etwa 1,5 l Brom² gefüllte Glasflasche auf den Boden. Sie zerbrach und der Inhalt verteilte sich. Neben der Lehrerin, die Verätzungen erlitt, waren 18 weitere Personen in Krankenhäuser zu transportieren. Die örtliche Freiwillige Feuerwehr hielt nicht die Ausrüstung vor, um Brom und Bromdämpfe zu binden oder chemisch zu einer unschädlichen Verbindung „aufzulösen“. Die Rettungsleitstelle alarmierte eine TUIS-Werkfeuerwehr, die nach Erkundung Entwarnung gab. Die in der Flasche enthaltene Flüssigkeit war Bromwasser in nur fünfprozentiger Lösung. Nach Lüften und Reinigung des Fußbodens mit Natriumthiosulfat war der Unterrichtsraum wieder zu benutzen.

Technik

Die „TUIS-Ausstattung“ beinhaltet die am Standort von der jeweiligen Werkfeuerwehr vorgehaltene Technologie: Sie ist an die chemischen Produkte des Werkes angepasst. Die im Rahmen von TUIS erbrachten Leistungen sind zusätzliche, freiwillig übernommene Aufgaben, für die keine „Sondermittel“ vorhanden sind. Dennoch betrachten die beteiligten Unternehmen ihr „Angebot“ im Gefahrenabwehrkonzept der Bundesländer als Verpflichtung, ihre Hilfeleistungen zu verbessern.

Zu nennen ist hier die Entwicklung neuer Geräte, bei denen auch Erfahrungen aus anderen Fachbereichen berücksichtigt werden: Seit dem Früh-

¹ Buten (C₄H₈) ist ein ungesättigter, gasförmiger, brennbarer Kohlenwasserstoff. Das sehr leicht entzündliche Gas ist ein Zwischenprodukt in der Kunststoffsynthese.

² Brom (Br) gehört zur Gruppe der Halogene. Freies Brom ist sehr reaktionsfähig. Die intensiv riechenden Dämpfe führen zu einer starken Reizung der Schleimhäute, flüssiges Brom verätzt die Haut.

jahr 2000 verfügt die WF BASF über eine mobile Chlorabsorptionsanlage. Durch Montage auf einen Containerrahmen lässt sich das Gerät sofort per Bahn, LKW oder Hubschrauber an jeden Ein-

steuerbare Roboter mit Raupenfahrwerk, der von 0,80 m bis 2,10 m teleskopierbar ist. Er kommt bei Situationen – bisher 4 mal – zum Einsatz, die für die Feuerwehrleute zu gefährlich sind.

ell für den Frankfurter Raum wäre eine enge Zusammenarbeit, wie die Einbindung in die TUIS-Alarmpläne, durchführbar: Besteht im Rahmen eines TUIS-Einsatzes, auch außerhalb des Stadtgebietes, beispielsweise Bedarf an einem Kran, kann gezielt die BF Frankfurt alarmiert werden: „Die verschiedenen Feuerwehren sollten sich mit ihrem Know-how unterstützen“, so Ries. „Die BF Frankfurt hält Kompetenz vor – jedwedes Fachpersonal und Spezialgerät.“ Über die Abwicklung von Einsätzen äußerte er sich folgendermaßen: „Die beste Kompetenz kann gar nicht gut genug sein, um einen Einsatz profihaft abzarbeiten“.



Kommunikation an der Einsatzstelle.

satzort transportieren. Die Anlage kann ausströmendes Gas bei Leckagen in Betrieben oder Transportbehältern absaugen und in einer Lauge waschen. Tritt im Schadensfall ein Chlor-Luft-Gemisch aus, wird es über einen Schlauch aufgenommen. In einer ersten Absorptionsstufe wird das Gemisch mit Natronlauge versetzt und das Reaktionsprodukt, also die Chlorbleichlauge, in Form von Tröpfchen abgetrennt. Dieser Vorgang erfolgt noch ein zweites Mal. Über einen Tropfenabscheider verlässt die gereinigte Luft die Anlage. Das „Gerät“ kann bis zu 150 kg Chlor pro Stunde „herausziehen“ und säubert die Luft auf Chlorgehalte unter 10 mg/m^3 (ppm).

Daneben hält die WF BASF noch weitere Neuerungen vor: Mit der mobilen Abgasfackel lassen sich alle gasförmigen Kohlenwasserstoffe bei Transportunfällen auf öffentlichen oder privaten Verkehrswegen verbrennen. Feuerwehren in verschiedenen Regionen Deutschlands haben diese Apparatur bereits nachgebaut. Nicht zu vergessen ist der fern-

Kooperation

Dipl.-Ing. Reinhard Ries, Leiter der Frankfurter Feuerwehr, stellte anlässlich der Pressekonferenz mögliche Kooperationsformen zwischen

Mögliches Einsatzgeschehen

Nach Aussage von Haselhorst halten öffentliche Feuerwehren TUIS für das „Rückgrat des Gefahrguteinsatzes“. Eine Einschätzung, die sowohl Antrieb als auch Verpflichtung ist. Mit einer auf dem Werksgelände inszenierten Übung demonstrierte die WF Infraser Höchst die beein-



Vorführung der Chlorabsorptionsanlage.

kommunalen Feuerwehren und den TUIS-Feuerwehren vor. Eine „Arbeitsteilung“, die das im bisherigen Einsatzgeschehen praktizierte Maß der gemeinsamen „Einsatzabwicklung“ weit überschreitet. Spezi-

druckende Leistungsfähigkeit des Systems.

Die BF Frankfurt war mit dem Feuerwehrkran KW 30 zu einer Technischen Hilfeleistung auf einem Güterumschlagplatz alarmiert. Vor Ort

war ein verunfallter Container zu sichern. Bei den Arbeiten entdeckten die Feuerwehrleute eine undichte Stelle am Behälter, aus der flüssiges Methanol entwich. Im Bereich des Lecks



Der Löschroboter kam bisher viermal zum Einsatz. (Fotos: Stefan Wagner)

bildeten sich Dämpfe. Aufgrund der Kennzeichnung (Gefahren-Nummer (Kemlerzahl): 336 – sie zeigte eine

leicht entzündbare, giftige Flüssigkeit an –, UN-Nummer: 1230 – Produkt Methanol) und der Ladepapiere forderte der Einsatzleiter die Hilfe der WF Infraseriv im Rahmen von TUIS an.

Die Produkt-Eigenschaften machten es erforderlich, an der Einsatzstelle den Brandschutz sicherzustellen und die Leckage abzudichten.

Die Einsatzkräfte der Feuerwehr und Rettungswache 5 waren für den Brandschutz zuständig. Mit Sprühstrahl begrenzen sie die Verdampfung. Nach Aufbau der Wasserversorgung rüstete sich der Wassertrupp als Rettungstrupp aus. Die WF-Besatzung des Gerätewagens (GW) Gefahrgut baute den Ankleideplatz für den Trupp auf, der das Leck zu schließen hatte. Diese Arbeit war in Chemieschutzanzügen mit integriertem Hitzeschutz auszuführen. Nachdem die schadhafte Stelle ausgebessert war, übernahm die Mannschaft des GW-Gefahrgut die Reinigung.

Einschätzung

Das inzwischen fast 20-jährige Bestehen von TUIS verdeutlicht, dass dieses Hilfeleistungssystem im Gefahrenabwehrkonzept der Bundesländer fest installiert ist. Selbstverständlich ist unter anderem auch die Unterstützung der Landratsämter bei Übungen mit Know-how und technischem Gerät.

Halbjährlich findet ein Erfahrungsaustausch unter den TUIS-Werkfeuerwehren statt: „Eigentlich haben es die großen TUIS-WF nicht nötig“, so Haselhorst, „sich gegenseitig zu versichern, dass sie ihre „Tätigkeiten“ verrichten können. Aber bei jedem Einsatz mit jeweils anderen Situationen lernen sie etwa fünf Prozent dazu“.

Transport-Unfall-Informationssystem und Hilfeleistungssystem (TUIS)

Nachdem sich Anfang der 80er Jahre in Mannheim ein Chlorgasunfall ereignet hatte, befand sich die chemische Industrie unter Zugzwang. In der Folge hat der VCI zusammen mit den Länderinnenministerien TUIS entwickelt, eine flächendeckende, freiwillige Hilfeleistung bei Unfällen mit Chemikalien in Deutschland.

Inzwischen sind bundesweit 130 Chemieunternehmen an TUIS beteiligt. Sie helfen qualifiziert, unbürokratisch und unverzüglich bei Transportunfällen mit chemischen Produkten, bei Unfällen im Lagerbereich sowie in akuten Gefahrensituationen.

In der Praxis bietet TUIS Hilfe in drei Stufen an: Am Unfallort können Polizei und öffentliche Feuerwehren direkt die nächstgelegene TUIS-Mitgliedsfirma ansprechen. Alternativ lassen sie sich über eine der TUIS-Notrufzentralen weitervermitteln. Bei telefonischer Beratung (Stufe 1) liefern Fachleute spezielle Kenntnisse über ein Produkt/eine Produktgruppe oder verweisen an entsprechende Experten. Bisweilen benötigen Polizei und/oder Feuerwehr zusätzlich zu den eingeleiteten Maßnahmen eine Beratung vor Ort (Stufe 2). Für derartige Aufgaben ist in der Regel ein in der Umgebung ansässiges TUIS-Unternehmen zuständig. Bei manchen Unfällen ist für die technische Hilfe am Unfallort eine Werkfeuerwehr anzufordern (Stufe 3). Mit besonders geschultem Personal und entsprechendem Einsatzgerät führen sie die notwendigen Arbeiten aus.

Die Leistungen der Stufe 1 sind kostenlos. Jene der Stufe 2 und 3 sind von den Haftpflicht- oder Transportversicherern zu bezahlen.

Bereits zu Beginn der 90er Jahre nahm der Warenaustausch über die Grenzen hinweg zu. Der Europäische Binnenmarkt war ebenfalls eingeführt. Um die in Europa vorhandenen Hilfeleistungssysteme zusammenzuführen, entstand 1992 das „International Chemical Environment“-Programm (ICE). Hier betätigen sich Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweden und die Schweiz. Die Länder kooperieren über die bestehenden nationalen Leitstellen. Das deutsche „National Response Center“ hat die WF BASF eingerichtet.

Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

Feuerlöschboot und Amphibien-Anhänger mit Jet-Antrieb

In der jüngeren Vergangenheit mussten Rettungsdienste und Feuerwehren in zunehmendem Maße zu Einsätzen in Hochwassergebieten herangezogen werden.

Für solche Einsätze bietet die Firma Schmiedel aus Neu Ulm einen Amphibien-Anhänger an, der eine noch vorhan-

Nach dem Auseinanderklappen ist aus dem Anhänger ein vollwertiges Boot geworden.



dene Lücke in diesem Bereich schließt und sich schnell an jeder Gefahrenstelle einsetzen läßt.

Der Transport zum Einsatzort kann mit jedem PKW oder leichtem Transporter, der mit einer Kugelkopfkupplung ausgestattet ist, erfolgen.

Im Wasser wird der nun bereitstehende Anhänger durch Umklappen des oberen Aufbauteiles zu einem Boot.



Durch Umklappen des oberen Aufbauteils wird aus dem Anhänger ein Boot. (Fotos: Schmiedel GmbH)

Der Antrieb erfolgt durch den sogenannten Jet-Antrieb, der vom Wasserstrahl einer leichtmontierbaren Tragkraftspritze, die in der Regel bei jeder Feuerwehr und jedem Ret-

tungsdienst vorhanden ist, erzeugt wird.

Durch die am Anhänger befindliche Bereifung kann das Fahrzeug an jeder abgeflachten Böschung schnell zum Einsatz gebracht werden und bleibt auch im flachen Wasser noch manövrierfähig.

Die Tragkraftspritze, die das Boot an die Gefahrenstelle gebracht hat, kann durch einfaches Umschalten zum Löschen von Bränden und Aus-

pumpen von Kellerräumen unverzüglich eingesetzt werden.

Sogar zur Eisrettung läßt sich das Multitalent verwenden. Hierbei wird das Oberteil des Anhängers, das aus einer Leichtmetallwanne besteht, vom unteren Aufbauteil gelöst und kann nun als schwimmfähiger Schlitten auf dem Eis bis zur Unfallstelle geschoben werden.

*Schmiedel, Maschinen- und Fahrzeugbau GmbH
Postfach 26 60, Dieselstr. 10,
89231 Neu-Ulm*

Funk-Rauchmelder helfen Leben retten:

Als wichtige Ergänzung des Haus-Servicerufs hat Bosch den Funk-Rauchmelder FR 2000 auf den Markt gebracht

Als Haus-Serviceruf-Partner sorgt das Bosch-Communication-Center seit Jahren für die Sicherheit von älteren oder

hilfebedürftigen Menschen, die zu Hause leben. Dies gilt auch im Brandfall. Wohnungsbrände entstehen besonders bei dieser Personengruppe oft durch Bagatellen. Zu den häufigsten Brandursachen zählen umgefallene Kerzen, vergessene Zigaretten, alte und defekte Elektrogeräte, vergessene, eingeschaltete Herdplatten sowie Wärmestaus infolge des Standby-Betriebs von Fernsehgeräten in Wohnzimmerschränken.

In diesen Fällen können Rauchmelder Leben retten. Der Funk-Rauchmelder FR 2000 von Bosch erkennt frühzeitig sichtbaren Rauch, der bei einem Brand oft vor der Flammenbildung oder der Temperaturerhöhung entsteht, und macht durch einen unüberhörbaren Signalton auf die drohende Gefahr aufmerksam. Schlafende Personen werden damit früh gewarnt. Gleichzeitig meldet der Rauchmelder über Funk die Gefahr an die



Foto: Bosch

Haus-Serviceruf-Teilnehmerstation (HTS 3000 ISDN oder HTS 3000 analog von Bosch), die das Alarmsignal automatisch über das Telefonnetz an das Bosch-Communication-Center oder eine Sicherheitszentrale weiterleitet. Von dort werden sofort entsprechende Hilfsmaßnahmen eingeleitet, denn im Notfall zählt jede Minute.

*Bosch Sicherheitssysteme
GmbH
Tel.: (08 00) 7000-444
info.service@de.bosch.com*

Neue Aufsätze und Vorschriften

Bundesverwaltungsamt
Zentralstelle für Zivilschutz

Fachinformationsstelle für
Zivil- und Katastrophenschutz

Deutschherrenstraße 93-95

53177 Bonn

*Bitte im
Fensterbriefumschlag
absenden oder
per Fax übermitteln:
01888-358-5808*

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Titel an meine Anschrift:

Name _____ Vorname _____
Straße _____
PLZ _____ Ort _____
Dienststelle/Firma _____ Funktion im ZS/KatS _____
Tel.nr. für Rückfragen _____

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN oder ggf. Stempel verwenden)

Zivilverteidigungs-, Zivilschutz- und Katastrophenschutzrecht

Bestellnummer 4/02/68

Gesetz zu dem Vertrag vom 19. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen vom 16. August 2002

In: Bundesgesetzblatt Teil II (2002), 31 vom 21.8.2002, S. 1874-1881

Bestellnummer 4/02/55

Katastrophenschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KatSG-LSA). Bekanntmachung der Neufassung des Katastrophenschutz-Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 5. August 2002

In: GVBl. Sachsen-Anhalt 13 (2002), 42 vom 12.8.2002, S. 339 - 345

Bestellnummer 4/02/41

Zuwendungen für den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz vom 1. Juli 2002. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Sport

In: Ministerialblatt der Landesregierung von Rheinland-Pfalz 54 (2002), 13, S. 450 - 458

Bestellnummer 4/02/143

AFKzV war fleißig. Bericht über die Arbeit des AFKzV für die Zeit vom 5.

Mai 1999 bis zum 30. April 2002 / Hans-Joachim Belitz
In: Brandschutz : Deutsche Feuerwehr-Zeitung 56 (2002), 9, S. 775 - 778

Bestellnummer 4/02/46

Katastrophenschutz im neuen Jahrtausend

360 Experten und Fachleute tagten in der THW-Bundeschule Hoya zum Thema Sicherheit / Michael Janowski

In: Technisches Hilfswerk: die Bundeszeitschrift (2002), 2, S. 25

Bestellnummer 4/02/20

Vom Heimatluftschutz zum Zivilschutz. Geschichte und Entwicklung des deutschen Luft- und Zivilschutzes von 1900 bis 1990 ; Teil IV: vom totalen Neubeginn 1946

Neue Aufsätze und Vorschriften

bis zum Ende des LSHD 1968 / Godeke

In: IG-Nachrichten / Mitteilungsblatt der IG für historischen Luft- und Katastrophenschutz 3 (2002), 2, S. 17 - 44

□ Bestellnummer 4/02/112

Schily: „Ressourcen im Zivil- und Katastrophenschutz besser koordinieren“

auch: „Bund koordiniert Katastropheneinsätze - Neues Bundesamt“ dpa-Meldung

In: BMI-Pressemitteilung vom 20.9.2002, 1 S.

□ Bestellnummer 4/02/87

Kompetenzzentrum wird ausgebaut: AKNZ

In: Notfallvorsorge 33 (2002), 2, S. 32

Katastrophenschutz

□ Bestellnummer 4/02/3

Brandschutz, Katastrophenschutz, Verteidigung

Was tun die eigentlich im Ministerium? / Andrea Dobler

In: Florian Hessen (2002), 7/8, S. 13 - 14

□ Bestellnummer 4/02/75

Crash auf Flight Level 353

Kollision und Absturz von zwei Flugzeugen bei Überlingen am Bodensee / Wolfgang Jendsch

In: Brandschutz: Deutsche Feuerwehr-Zeitung 56 (2002), 8, S. 699 - 711

□ Bestellnummer 4/02/70

Garantiert praxiserprobt : die SEG Gefährgut des Kreisverbandes Verden stellt bei Giftalarm und ähnlichen

Großunfällen die Schnittstelle zwischen Feuerwehr und Rettungsdienst dar / Ulf Buschmann

In: Rotes Kreuz : das Fachmagazin des DRK (2002), 5, S. 24 - 25

□ Bestellnummer 4/02/80

Hand in Hand. Soldaten und Zivilisten stemmen sich gegen Wassermassen.

Für die Bundeswehr ist es der größte Katastropheneinsatz ihrer Geschichte; Fakten, Eindrücke, Erlebnisse aus den Flutgebieten / Andree Martens, Mirko Zinn

In: Y. : Magazin der Bundeswehr (2002), 9, S. 42 - 46

□ Bestellnummer 4/02/64

Katastrophenhilfeübung in Ingolstadt.

Bundeswehr und zivile Rettungskräfte / Petra Spoerle

In: Im Einsatz. Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 9 (2002), 4, S. 46 - 48

□ Bestellnummer 4/02/139

Die Jahrhundertflut

In: Bundesgrenzschutz. Polizei des Bundes 29 (2002), 2, S. 32 - 35

□ Bestellnummer 4/02/151

Jahrhundertflut in Deutschland: eine Chronologie

In: Feuerwehrfachzeitschrift FFZ (2002), 10, S. 577 - 603

□ Bestellnummer 4/02/134

Der Kampf gegen das Hochwasser / Jan-Erik Hege

In: Feuerwehr-Magazin (2002), 10, S. 6 - 12

□ Bestellnummer 4/02/79

Katastrophenschutz als Teil einer Gesamtsicherheitsvorsorge

In: IAP-Dienst Sicherheitspolitik (2002), 9, S. 1 - 2

□ Bestellnummer 4/02/133

Katastrophenschutz und Selbsthilfe nachhaltig stärken.

Feuerwehr und Kommunen/ Jörg Bülow

In: Stadt und Gemeinde 57 (2002), 9, S. 377

□ Bestellnummer 4/02/132

Nach der Flut ist vor der Flut! Katastrophenschutz und Selbsthilfe nachhaltig stärken / Gerd Landsberg

In: Stadt und Gemeinde 57 (2002), 9, S. 329

□ Bestellnummer 4/02/83

Neue Entwicklungen des zivilen Bevölkerungsschutzes in der Europäischen Union / Sascha Rolf Lüder

In: Notfallvorsorge 33 (2002), 2, S. 7 - 10

□ Bestellnummer 4/02/76

Orkan 2002 über Berlin. ein Gesamtüberblick / Frieder Kircher

In: Brandschutz : Deutsche Feuerwehr-Zeitung 56 (2002), 8, S. 712 - 718

Die neue E-Mail-Adresse der Fachinformationsstelle für Zivil- und Katastrophenschutz lautet:

FachinfoZS@bva.bund.de

INFO-SERVICE

Medizin, Rettungsdienst

Bestellnummer 4/02/128

Disaster Medicine in the 21th Century. future hazards, vulnerabilities, and risk / Jeffrey L. Arnold

Katastrophenmedizin im 21. Jahrhundert :[Übersetzung des Titels]

In: Prehospital and disaster medicine 17 (2002), 1, S. 3 - 11

Bestellnummer 4/02/146

Einsatzmemogramme – Hilfe oder Last für den Organisatorischen Leiter / Roland Lipp ; Torsten Wohak ; Stefan Krause

In: Leben 28 (2002), 3, S. 111 - 118

Bestellnummer 4/02/63

Konferenz zur Standortbestimmung. Sichtungskategorien bei Großschadensereignissen und Katastrophen / Peter Seffrin ; Johann Wilhelm Weidinger ; Wolfgang Weiß

In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 9 (2002), 4, S. 42 - 45

Bestellnummer 4/02/72

Medizinische Betreuung von Großveranstaltungen – Problematik, Planung und Durchführung / Bodo Pichler ; T. Luiz

In: Der Notarzt 18 (2002), 4, S. 123 - 134

Bestellnummer 4/02/73

Welche Faktoren bestimmen die Inanspruchnahme des Sanitätsdienstes bei Großveranstaltungen? Vergleich von Veranstaltungskategorien / G. Greulich [u.a.]

In: Der Notarzt 18 (2002), 4, S. 135 - 139

Technik, Feuerwehrewesen

Bestellnummer 4/02/60

Bayerns Kompetenzzentrum für „heiße“ Stoffe. Gefahrgutinfosystem der RLSt Amberg / Peter Poguntke

In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 9 (2002), 4, S. 24 - 25

Bestellnummer 4/02/135

Da steckt Zündstoff drin Zusammenarbeit von THW und Feuerwehr / Jan-Erik Hegemann

In: Feuerwehr-Magazin (2002), 10, S. 51 - 55

Bestellnummer 4/02/59

Direkter Zugriff auf die Helfer in Blau. Rettungsleitstelle Erding / Peter Poguntke

In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 9 (2002), 4, S. 22 - 23

Bestellnummer 4/02/61

Dekontamination im Feuerwehreinsatz. Beispiel Köln / Lothar Schneid

In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 9 (2002), 4, S. 28 - 31

Bestellnummer 4/02/152

Digitalfunk für BOS. Fragen und Antworten

In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2002), 10, S. 608 - 612

Bestellnummer 4/02/48

Einheitliche Notrufnummer 112... am 11. Juli 2002 hat der Bayerische Landtag einstimmig das Gesetz zur Einführung Integrierter Leitstellen beschlossen (Drs. 14/9987). Das Gesetz, das am 1. Septem-

ber 2002 in Kraft tritt, enthält im Wesentlichen folgende Regelungen: / Karlheinz Anding
In: Brandwacht. (2002), 4, S. 112 - 113

Bestellnummer 4/02/18

Digitalfunk: Wunsch und Wirklichkeit. Chronologie seit Mai 2001 / Heinz-Otto Geisel

In: Brandschutz 56 (2002), 7, S. 609 - 615

Bestellnummer 4/02/19

Drei Kreise – eine Leitstelle / Holger Bauer

In: Feuerwehr-Magazin (2002), 8, S. 28 - 32

Bestellnummer 4/02/36

Richtlinie für den nichtöffentlichen, beweglichen Landfunkdienst der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Meterwellenfunk-Richtlinie BOS) : v. 5.3.2002 / RdErl. d. Innenministeriums

In: Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 55 (2002), 42 vom 29.7.2002, S. 792 - 809

Bestellnummer 4/02/69

Tödliches Durcheinander ein Jahr nach dem Anschlag auf das World Trade Center in New York, bei dem 343 Feuerwehrleute ihr Leben verloren, untersuchte die New York Times, wie es zu dieser hohen Zahl an Opfern unter den Rettern kommen konnte ; und deckte fatale Organisationsmängel auf / Jim Dwyer [u.a.]

In: Feuerwehr-Magazin (2002), 9, S. 44 - 50

AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-SAMARITER-BUND



DEUTSCHE LEBENSRETTUNGS-GESELLSCHAFT



DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



DEUTSCHES ROTES KREUZ



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



MALTESER-HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARKAT)



TECHNISCHES HILFSWERK



Gemeinsam gegen das Hochwasser

Die ASB-Hilfe während und nach der Flutkatastrophe

Lange noch werden den Menschen in Deutschland und Tschechien die Ereignisse der Flutkatastrophe im August 2002 in Erinnerung bleiben. So groß das Leid der Menschen und die materiellen Verluste waren, so groß war auch die Solidarität und Hilfsbereitschaft bei der deutschen Bevölkerung. Dies gilt auch für den ASB und seine Mitglieder, ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter und Unterstützer, die

tschechischen Samariterbundes (ASCR) völlig zerstört. Zehn Jahre mühsamer Aufbauarbeit verschwanden innerhalb weniger Stunden in den Fluten der Moldau. Doch anstatt in Tatenlosigkeit zu verharren und das eigene Leid zu beklagen, organisierten sich die Prager Samariter, um die vom Ertrinken bedrohten Menschen verschiedener Vororte zu evakuieren. Tag und Nacht waren sie im Einsatz, um Leben zu retten.

Schnell wurde auch grenzüberschreitende Hilfe organisiert. Der ASB half dabei, die

Inzwischen ist auch in diesem Gebiet weitgehende Normalität wieder eingekehrt. Die Aufräumarbeiten sind abgeschlossen und der Wiederaufbau beginnt. Mit Hilfe von Spenden wird der ASB den Wiederaufbau von Kindergärten und Schulen in den westlichen Außenbezirken von Prag tatkräftig unterstützen.

ASB-Einsätze in deutschen Hochwassergebieten

Als die Wassermassen Deutschland erreichten, machten sich ASB-Einsatzkräfte aus allen Teilen Deutschlands auf den Weg, um in den bedrohten Gebieten zu helfen. Während der akuten Überschwemmungsphase haben ASB-Helfer in einer beispiellosen Aktion zusammengearbeitet, hilfebedürftige Menschen evakuiert und versorgt, Überschwemmungsoffer gerettet sowie Deiche verstärkt. ASB-Einrichtungen haben Menschen aufgenommen, die keine Wohnung mehr hatten und Notunterkünfte wurden bereit gestellt.

Nachdem der Elbpegel einen Stand von über neun Metern erreicht hatte, musste in Dresden Stadtteil um Stadtteil geräumt werden. Das Seniorenheim des ASB in Gorbitz wurde kurzfristig zum Evakuierungsort für ältere zum Teil schwerstkranke Menschen hergerichtet, die aus vom Hochwasser bedrohten Pflegeheimen oder Einrichtungen des Betreuten Wohnens hierher gebracht wurden. ASB-Helfer leisteten auch Unterstützung bei der Einrichtung und Inbetriebnahme des Notkrankenhauses am Dresdener Flughafen und der Intensivtransporthubschrauber (ITH) des ASB Berlin verlegte Patienten in westdeutsche Krankenhäuser. In anderen Regionen sorgten die Mitarbeiter in den Feldküchen für die Essensversorgung

Der tschechische Samariterbund (ASCR) und der ASB liefern in einem Dorf bei Prag Hilfsgüter aus.

(Foto: ASB/
E. Bitterlich)



mit dem Einsatz von über 1.500 Hilfskräften und großzügigen Spenden mit großem Engagement an der Linderung des Leids beteiligt waren.

Deutsche Samariter halfen in Tschechien

In Tschechien waren die Menschen zuerst von der Katastrophe betroffen. In den Vororten Prags standen die Fluten bis zu drei Meter hoch in den Straßen und zerstörten die Häuser und Besitztümer vieler Menschen. So wurde auch die Rettungsstation des

Infrastruktur des Rettungsdienstes wieder herzustellen und brachte einen Rettungswagen mit kompletter Ausstattung vor Ort. Auch dringend benötigte Decken, Kleidung und Trockengeräte wurden in das Katastrophengebiet geliefert. Weitere Hilfsgüter wurden vom ASB-Bundesverband mit finanzieller Unterstützung der deutschen Bundesregierung und des Schweizer Arbeiterhilfswerkes (SAH) in die westlichen Vororte von Prag gebracht und an die Notleidenden Flutopfer verteilt.

Arbeiter-Samariter-Bund

der Bewohner und Helfer. In Dohna beispielsweise wurden wochenlang täglich mehrere tausend Mahlzeiten ausgegeben. Notfallseelsorger leisteten

eingesetzt, der Kindern und Eltern hilft. In der großzügigen ASB-Einrichtung werden normalerweise bis zu 180 Kinder aus dem Ort Wolfen be-

aus ASB-Spendenmitteln finanzierten Projekte ist der Neubau einer zentralen Kita in Jesnitz. Der Wiederaufbau weiterer zerstörter Kindertagesstätten in der Nähe von Wittenberg und bei Dessau ist vorgesehen.

Praktische Hilfestellung bietet der ASB auch für betroffene Menschen in der Gegend von Stendal (Sachsen-Anhalt). Für ältere Menschen, die oft in sehr abgelegenen Gebieten leben, wurde eine Mobile Soforthilfe eingerichtet. Sie umfasst die Betreuung und Beratung Betroffener und bietet Hilfe bei der medizinischen Versorgung und im Haushalt an. Auch bei der Organisation der Reparaturarbeiten der vom Hochwasser zerstörten technischen Anlagen wie Heizung und Stromversorgung werden die Betroffenen unterstützt.

Dieses sind nur einige Beispiele für die schnelle Hilfe des ASB, die dank der vielen Spenderinnen und Spender bisher organisiert werden konnte. „Der Wiederaufbau wird noch



So wie hier in Torgau (Sachsen) betreuen ASB-Einsatzkräfte aus ganz Deutschland die evakuierten Menschen. (Foto: ASB/T. Kaspari)

Beistand, Beratungsstellen und Besuchsdienste wurden eingerichtet. Über 1.500 ASB-Helfer mit Spezialgerät und zahlreichen Fahrzeugen waren bis Ende September in den Flutgebieten im Einsatz.

Hilfsprojekte laufen weiter

Inzwischen wurden verschiedene Hilfsprojekte in den ostdeutschen Hochwassergebieten initiiert und durchgeführt, mit denen die Spenden den Opfern sinnvoll zu Gute kommen. Dabei handelte es sich um die Übergabe finanzieller Mittel (hier hat sich der ASB Hamburg besonders für seine Partnerstadt Dresden engagiert), Einzelfallhilfe wie die Lieferung von Raumtrocknern, Waschmaschinen und Kühlschränken, um den Wiederaufbau sozialer Einrichtungen sowie den Aufbau von sozialer Infrastruktur zu ermöglichen und nicht zuletzt um praktische Hilfe, die in Beratungsstellen und durch Besuchsdienste angeboten wird.

Bei Bitterfeld (Sachsen-Anhalt) wurde in einer Kindertagesstätte ein familienentlastender Dienst durch den ASB

treut. Dank der Initiative der Kita-Mitarbeiterinnen wurden zusätzlich 30 Kinder aus den Nachbarorten Jeßnitz und Ra-



Von ASB-Helfern betreut werden Kinder aus hochwassergeschädigten Familien in Wolfen. (Foto: ASB/W. Tyderle)

guhn aufgenommen, wo beide Kitas zerstört worden waren.

Gleichzeitig werden die betroffenen Eltern zeitlich entlastet, um sich um Wiederaufbau, die Sanierung der Wohnungen und die Lösung der finanziellen Probleme kümmern zu können. Eines der

viele Monate andauern, aber mit vereinten Kräften werden wir auch dieses Ziel erreichen,“ so Wolfgang Tyderle, ASB-Koordinator der Wiederaufbauhilfe in Ostdeutschland.

Dr. Stefan Sandbrink/
Alexandra Valentino

ASB
Arbeiter-Samariter-Bund



Tausende Retter an Elbe und Mulde im Einsatz

400 DLRG Taucher dichteten viele Kilometer durchweichte Deiche unter Wasser ab

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) hat bei den Hochwasserlagen entlang der Elbe und ihrer Nebenflüsse im August tausende ehrenamtliche Helfer eingesetzt. Hinzu kommen mehrere Hundert DLRG-Kräfte aus zahlreichen örtlichen Gliederungen

DLRG-Taucher
im Einsatz.



in Bayern, die im Vorfeld bei der Bekämpfung der Überschwemmungen an der Donau und ihren Nebenflüssen hervorragende Arbeit geleistet haben, sowie die Einsatzkräfte des Bezirks Stade und anderer niedersächsischer Einsatzkräfte während des Hochwassers in Horneburg im Juli.

400 Taucher sorgten an Elbe und Mulde dafür, dass viele Kilometer Deichstrecke, die zu brechen drohten, wasserseitig durch das Verlegen von Folien und Sandsäcken abgedichtet wurden und so viele Menschen und Unternehmen, die in den Einzugsbereichen leben und arbeiten, von weiteren großflächigen Überflutungen verschont worden sind. „Durch den Einsatz unserer Taucher konnten erhebliche

Werte vor der Zerstörung bewahrt werden“, so der stellvertretende Einsatzleiter im DLRG-Präsidium, Rainer Engelbracht.

Die DLRG setzte in den Katastrophengebieten 200 eigene Motorrettungsboote und 300 Landfahrzeuge ein, die zum Teil aus allen Bundeslän-

dern kurzfristig in den jeweils aktuellen Krisenregionen zusammengeführt worden sind.

Ein Einsatzschwerpunkt der Motorrettungsboote war die Evakuierung und Rettung der vom Hochwasser eingeschlossenen Bevölkerung und deren Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten. 11.000 Menschen konnten die Bootsführer und Helfer der DLRG evakuieren und in Sicherheit bringen, dazu gehörte auch die aufwendige Evakuierung von teilweise bettlägerigen Patienten aus mehreren Krankenhäusern auf dem Wasserweg.

Dank an die Bevölkerung

Es ist an der Zeit, vor allem der Bevölkerung in den Hochwassergebieten ein großes Dankeschön zu sagen. Obwohl sie die Leidtragenden der Katastrophe waren, haben Sie uns bei der Arbeit großartig unterstützt. Ortskundige Helfer haben unsere Bootsführer auf unter Wasser liegende Hindernisse hingewiesen sowie schnelle und unbürokratische Hilfen bei notwendigen Reparaturen an Booten und Fahrzeugen waren schon bemerkenswert. Ein heißer Kaffee und oft auch ein Stück selbstgebackener Kuchen hat bei unseren Helfern neue Energien freigesetzt. Das war ein Stück gelebter Solidarität.

Zentrales Lagezentrum der DLRG hat sich bewährt

Am 13. August hat die Technische Leitung des Präsidiums in der Bundesgeschäftsstelle Bad Nenndorf ein zentrales Lagezentrum eingerichtet. Seine Hauptaufgabe be-

stand darin, die bereitstehenden Einsatzkräfte der DLRG aus den Landesverbänden, zumeist komplette Wasserrettungszüge oder Boots- und Tauchtrupps, in Abstimmung mit den anfordernden Einsatzstäben der Städte und Landkreise in den Hochwassergebieten zu koordinieren und zuzuführen. Zudem wurde von Bad Nenndorf aus der Kontakt zu den zuständigen Länderministerien einerseits und den Einsatzleitungen der DLRG-Landesverbände andererseits gehalten. „Diese zentrale Einrichtung hat sich bewährt,“ sind sich Rainer Engelbracht und Peter Sieman, Referatsleiter Einsatz in der Bundesgeschäftsstelle, einig.

Tägliche Telefonkonferenzen

Ein Novum in der Bekämpfung von großflächigen Schadensereignissen waren die vom Technischen Hilfswerk (THW) organisierten gemeinsamen täglichen Telefonkonferenzen zwischen allen beteiligten Hilfsorganisationen, dem Feuerwehrverband und dem THW. „Sie haben zu einer gemeinsamen aktuellen Lagebeurteilung beigetragen und zu einer abgestimmten und optimierten Reaktion auf die besonderen Anforderungen in den Katastrophengebieten beigetragen“, so das positive Urteil von Engelbracht. Aus Sicht der DLRG hat die Zusammenarbeit unter den Hilfsorganisationen sehr gut funktioniert. Der Erfolg dieser gezielten Koordination und Abstimmung der organisierten Hilfeleistungspotenziale zeigt aber auch deutlich den Bedarf für eine noch gezieltere und verbindlichere Organisations- und Verantwortungsstruktur auf Bundesebene. Im Zuge der anstehenden Weiterentwicklung der Zivil- und Katastrophenschutzkonzepte ergibt sich hieraus zudem eine Stärkung von Rolle und Verpflichtung der Bundesregierung.

Ein Lob gab es auch für die örtlichen Stäbe, die zum Teil unter schwierigen Bedingungen für sehr gute Unterkunft und Verpflegung der vielen externen Helfer gesorgt hatten. Auch die Arbeitgeber haben bei der Freistellung von Helfern und Wasserrettungsfach-

gau waren 500 Bootsführer, Taucher und Helfer der verschiedenen Organisationen dem Fachberater Wasserrettung, in diesem Falle von der DLRG, zugeordnet.

Die DLRG sieht in der Einbindung der Fachberater Wasserrettung Vorteile bei der Ge-



Die aufgeweichten Deiche mussten an der Wassenseite verstärkt werden.

(Fotos: DLRG/Susanne Mey)

leuten aus dem gesamten Bundesgebiet größtenteils schnell und unbürokratisch geholfen.

Fachberater Wasserrettungsdienst

Als verbesserungswürdig beurteilten die DLRG-Fachleute in einer internen Auswertung die teilweise verspätete Einbindung der Fachberater Wasserrettung aus den Hilfsorganisationen in örtlichen Stäbe oder sogar ihr Fehlen. Die Beispiele Torgau und Dresden haben gezeigt, wie erfolgreich die Zusammenführung der Wasserrettungseinheiten verschiedener Organisationen, einschließlich der Bundeswehr und des Technischen Hilfswerkes, unter der Leitung eines Fachberaters Wasserrettung sein kann. Allein in Tor-

fahrenanalyse, der optimierten Zusammenstellung von Einheiten bis hin zu einsatztaktischen Maßnahmen, um möglichst schnelle und effiziente Ergebnisse unter Berücksichtigung der gegebenen Schadenssituation und Rahmenbedingungen zu erzielen.

Verbesserungswürdig, so die DLRG-Analyse, sei teilweise auch die Ausstattung der Taucher, die an Wassertemperatur und Wasserverunreinigungen angepasst sein muss. Einsatztaucher, die sich aufgrund ihrer Aufgaben ständig direkt in möglicherweise kontaminiertem Wasser aufhalten, müssen zudem einen vorbeugenden Impfschutz erhalten.

Henning Bock



Flutkatastrophe: Feuerwehrleute kamen als Erste und gingen als Letzte

Von der ersten Minute an standen Deutschlands Feuerwehren im Kampf gegen das Hochwasser – und die meisten rückten auch als letzte Helfer wieder ab. Mehr als 40.000 Männer und Frauen waren zeitgleich bei der Flutkatastrophe an Elbe, Donau und den Nebenflüssen im Einsatz. Wie für andere Organisationen auch war es der größte Einsatz in der Nachkriegsgeschichte. Er stellte sogar die Bekämpfung der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen 1975 noch in den Schatten.

Schon am 15. August waren bundesweit mindestens 21.500 Feuerwehrleute in Rettungsak-

tion, Schutzmaßnahmen und Aufräumarbeiten engagiert. In der größten Aktion seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland kamen Einsatzkräfte und Spezialgerät der Feuerwehren aus allen Teilen Deutschlands den 64 betroffenen Kreisen und kreisfreien Städten zu Hilfe. Bemerkenswert ist das Engagement der Länder Bayern und Brandenburg, die trotz eigener Hochwasserlagen Kräfte in andere Regionen entsandten. Die Feuerwehren stellten damit

das größte aktive Hilfskontingent. Allein in Sachsen waren zwei von drei Fluthelfern Feuerwehrleute. Erst am 22. August entspannte sich die Lage so weit, dass die Zahl der Feuerwehrleute auf insgesamt 15.000 reduziert werden konnte. Information von Öffentlichkeit und Feuerwehr-Angehörigen, Koordinierung zahlreicher Hilfsangebote, eine Kameradschaftshilfe für selbst betroffene Einsatzkräfte sowie die zeitnahe Auswertung dieser beispiellosen Katastrophe waren die Arbeitsschwerpunkte des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV). Drei DFV-Vorstandsmitglieder informierten sich an Einsatzabschnitten in verschiedenen Ländern: die Vizepräsidenten Bernd Pawelke, Ralf Ackermann und Hans-Pe-

ter Kröger. In enger Abstimmung mit den Landesvorsitzenden Siegfried Bossack (Sachsen), Günter Sievers (Sachsen-Anhalt) und Hans Graulich (Niedersachsen) begleiteten Sie intensiv die Entwicklung der Lage. Vizepräsident Pawelke führte dabei auch Gespräche mit Bundespräsident Johannes Rau, dem Ministerpräsidenten von Sachsen, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und den Innenministern von Bayern und Brandenburg.

Präsident Gerald Schäuble rief zu einer „Kameradschaftshilfe Flut“ auf: Die Stiftung „Hilfe für Helfer“ sammelt Gelder für Feuerwehrleute, die ihr eigenes Hab und Gut nicht in Sicherheit bringen konnten, weil sie sich selbst im Einsatz befanden (Konto 112 02, Sparkasse Fulda, BLZ 530 501 80). Schäuble: „Zeigte sich im Einsatzgeschehen bereits eine beispiellose Solidarität, so soll auch durch einen finanziellen Beitrag den durch die Katastrophe selbst zu Schaden gekommenen Feuerwehr-Angehörigen wirksame und unbürokratische Hilfe zu Teil werden.“ Für Einsatzkräfte vor Ort vermittelte der DFV für die Aufräumarbeiten unter anderem 12.000 Paar Handschuhe (gestiftet von MSA Auer) und 10.000 Atemschutzmasken (gestiftet von der Dräger Saftey AG). Im Internet richtete der Verband eine aktuelle, zusammenfassende Lagedarstellung ein; für die Information der Medien ging er eine Kooperation mit „news aktuell“, einem Dienst der Deutschen Presse-Agentur, ein.

Noch während der letzten Einsatzaktivitäten in den Flutgebieten erörterte der DFV-Vorstand bei einem Spitzengespräch mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) die Konsequenzen aus der Hochwasser-Katastrophe. DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg und DFV-Präsident Schäuble stellten gemeinsam fest: „Insbesondere bei der dauerhaften Finanzierung der Gefahrenabwehr gibt es trotz des Antiterrorepaketes weiter dringenden Handlungsbedarf. Deutschlands Feuerwehren kämpfen nach unseren Schätzungen mit einem Investitionsstau in dreistelliger Millionenhöhe.“ Landsberg ergänzte: „Wir sind von einer hinreichenden Vorsorge meilenweit entfernt. Viele Fahrzeuge sind total veraltet. Für den Katastrophenschutz brauchen wir eine neue Ausrichtung vor dem Hintergrund



Nahmen an dem Spitzengespräch des DFV mit dem DStGB teil (v.l.): Hans-Peter Kröger, Uwe Lübking, Jörg Bülow, Herbert Becker, Dr. Gerd Landsberg, Albrecht Broemme, Gerald Schäuble und Rudolf Römer. (Foto: sö)

tionen, Schutzmaßnahmen und Aufräumarbeiten engagiert. In der größten Aktion seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland kamen Einsatzkräfte und Spezialgerät der Feuerwehren aus allen Teilen Deutschlands den 64 betroffenen Kreisen und kreisfreien Städten zu Hilfe. Bemerkenswert ist das Engagement der Länder Bayern und Brandenburg, die trotz eigener Hochwasserlagen Kräfte in andere Regionen entsandten. Die Feuerwehren stellten damit

ter Kröger. In enger Abstimmung mit den Landesvorsitzenden Siegfried Bossack (Sachsen), Günter Sievers (Sachsen-Anhalt) und Hans Graulich (Niedersachsen) begleiteten Sie intensiv die Entwicklung der Lage. Vizepräsident Pawelke führte dabei auch Gespräche mit Bundespräsident Johannes Rau, dem Ministerpräsidenten von Sachsen, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und den Innenministern von Bayern und Brandenburg.

von Naturkatastrophen und Terrorismusgefahren. Nachhaltiger Katastrophen- und Terrorschutz setzt ein neues langfristiges Finanzierungskonzept voraus, das über die aktuelle Fluthilfe hinausgeht.“ An dem Gespräch in Berlin nahmen auch die DFV-Vizepräsidenten Hans-Peter Kröger und Albrecht Broemme sowie DFV-Bundesgeschäftsführer Herbert Becker teil. sö

Erfolgreicher Einsatz trotz babylonischer Sprachenvielfalt

Einblicke in die internationale Zusammenarbeit bei der Katastrophenabwehr hat Landesbranddirektor Albrecht Broemme als Übungsbeobachter in Russland gewonnen: In einer Anlage der staatlichen Behörde Emercom in Noginsk bei Moskau informierte sich der Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) gemeinsam mit dem ABC-Abwehrexperthen Dr. Willy Marzi von der Zentralstelle für Zivilschutz in Bonn und Brandamtsrat Dr. Peter Wagner von der Berliner Feuerwehr über das Zusammenspiel von Spezialisten aus elf Nationen.

Das Szenario war ein Terroranschlag auf eine chemische Fabrik, durch den Ammoniak und andere Gase freigesetzt wurden und die Bevölkerung gefährdeten. Broemme: „Es gibt Szenarien, durch die die Katastrophenabwehr eines einzelnen Staates überfordert werden kann. Dann muss koordiniert Hilfe aus Nachbarstaaten zugeführt werden. Diese Übung hat gezeigt, dass effektive Hilfe trotz babylonischer Sprachenvielfalt möglich ist.“ Als Herausforderung habe sich außer der Kommunikation auch die Zusammenarbeit von Teams mit unterschiedlichen Ausrüstungsstandards erwiesen. Broemme: „Dies ist ein wunder Punkt.“ sö

Das Explosionsunglück von Toulouse

Mit besonderem Interesse hat eine hochrangige Delegation des Deutschen Feuerwehrverbandes die Analyse der Explosion einer Kunstdüngerfabrik in Toulouse (Südfrankreich) beim Kongress des Weltfeuerwehrverbandes CTIF in Wien verfolgt. Die DFV-Vizepräsidenten Ralf Ackermann und Ulrich Behrendt sowie DFV-Bundesgeschäftsführer Herbert Becker nahmen an dem Symposium teil.

Durch das Unglück in einem Lager mit 300 Tonnen Ammoniumnitrat waren vor einem Jahr 30 Menschen ums Leben gekommen und weitere 2.500 verletzt worden. Ein Drittel der Fabrik wurde total zerstört. 21 Personen waren sofort tot, Dutzende wurden schwer verletzt. Eine Wolke aus Ammoniak und Staub stand über den Stadtvierteln, ein Lager von 200 Tonnen Salpetersäure ergoss sich in den Fluss Garonne. Referent Lieutenant Colonel Christian Pizzocarro sagte, Probleme habe es unter anderem damit gegeben, kurzfristig Experten der Industrie für die betroffene Produktionsanlage heranzuführen, den Atemschutz für Polizei, Ärzte und alle Feuerwehrleute sicherzustellen, die Bevölkerung schnell zu informieren und die Kommunikation sicherzustellen. sö

Brandschutzaufklärung und -vorbeugung ernster nehmen

Erstmals hat in Deutschland ein bundesweiter „Tag des vorbeugenden Brandschutzes“ stattgefunden. Das Deutsche Grüne Kreuz e.V. mit seiner Aktion „Brandschutz ist Lebensschutz“ als Initiator will mit diesem Informationstag die besondere Bedeutung einer breit gefächerten Brandverhütung und -er-

kennung stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. In diesem Sinne unterstützte auch der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) den Aktionstag. Die Anliegen der Brandschutzaufklärung und -vorbeugung müssten ernster genommen werden, forderte DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann.

Ackermann riet: „Hinterfragen Sie, wie sicher Sie zu Hause leben. Informieren Sie sich, wie Sie sich wirkungsvoll schützen können. Lernen Sie, wie Sie sich im Falle eines Brandes richtig verhalten, um sich und andere zu retten und den Schaden zu begrenzen. Die Feuerwehren sind Ihre Partner für Sicherheit.“

Allein durch batteriebetriebene Rauchmelder in Häusern und Wohnungen könne die Zahl der Brandtoten von derzeit jährlich 600 bis 800 Menschen um mindestens ein Drittel gesenkt werden, sagte Ackermann. Er wies in den Medien darauf hin, dass es trotz der Bemühungen des Spitzenverbandes der Feuerwehren immer noch keine gesetzliche Rauchmelderpflicht für Privathaushalte gibt. Die Politik habe leider in diesem Bereich noch keine Lösung gefunden.

Der DFV kooperiert mit der Aktion „Brandschutz ist Lebensschutz“, die auch von anderen namhaften Organisationen unterstützt wird. Bei der Aktion (Postfach 1827, 73408 Aalen) kann gegen einen frankierten Rückumschlag (Porto 1,12 Euro) eine kostenlose Infofibel angefordert werden. Titel: „Brandschutz - wie beuge ich zuverlässig vor“. Feuerwehren können gegen Portoersatz verschiedene Informationsmaterialien für ihre Aufklärungsarbeit erhalten. Weitere Infos im Internet: www.brandschutz-ist-lebensschutz.de. sö





Deutschlands beste Lebensretter

43. DRK-Bundeswettbewerb Erste Hilfe fand im September in Berlin statt

Die Erde bebte, der Saal tobte, als es zur Siegerehrung des 43. DRK-Bundeswettbewerbes Erste Hilfe kam. Eingeholt hatte den rund 600 Gästen der Stargast des Abends, die Sängerin Sandra S., auch bekannt unter ihrem früheren Namen Antonia aus Tirol.

Aber alles der Reihe nach. Der 43. DRK-Bundeswettbewerb der Bereitschaften fand diesmal im schönen Gelände des Generalsekretariates in Berlin-Lichterfelde statt. Wie immer startete der Wettbewerb in den frühen Morgenstunden, immerhin bei strahlend blauem Himmel.

Mit vielen netten und aufmunternden Worten eröffnete Bundesarzt Dr. Volker Grabarek den Parcours für die 16 DRK-Landessieger (die sich vorher in Kreis-, Bezirks- und Landeswettbewerben qualifi-

Unfallsituationen, die sich tagtäglich ereignen können, bewältigt werden. Für jede Station hatten die Teilnehmer nur

zen abgestürzt waren und deren Wassereimer gleich einen Passanten mitverletzt hatte. Auf dem Parkplatz hinter dem



Zwei Fensterputzer sind abgestürzt und werden erstversorgt.

15 Minuten Zeit. Jedes Mitglied der Gruppe hatte einen eigenen Schiedsrichter, der kritisch jeden Handgriff und jede Fingerbewegung beäugte.

Haus hatte der Fahrer eines Pkw einen Herzinfarkt bekommen, dabei die Kontrolle über das Auto verloren und war in ein anderes Fahrzeug gekracht. Alle Insassen lagen verletzt in ihren Fahrzeugen. Genauso gefährlich sah der Unfall auf der Baustelle aus: Ein Arbeiter hatte mit dem Bagger schwere Holzkisten transportiert, diese waren ihm von der Baggerschaufel gefallen und hatten zwei Personen schwer verletzt und verschüttet. Auch eine Katze fiel den Kisten zum Opfer. Seltsame Gestalten in der Tiefgarage. Das Schnüffeln eines Gases war zu viel des Guten. Die beteiligten Sektenmitglieder litten unter Halluzinationen – sehr zum Gefallen des zahlreichen Publikums. Die Betroffenen waren ziemlich verwirrt und wollten sich beim besten Willen nicht helfen lassen, obwohl einigen sehr übel war. Aber auch rein praktische Aufgaben waren zu erfüllen, wie zum Beispiel der Aufbau eines großen Zeltes oder aber



Die Schiedsrichter beobachten jeden Handgriff auf seine Richtigkeit.

zieren mussten) und je eine Gastmannschaft der Johanniter-Unfallhilfe und des Österreichischen Roten Kreuzes.

An elf Stationen mussten die Teams die nachgestellten

Mit äußerst schwierigen Unfällen wurden die Teilnehmer konfrontiert. Da lagen am Haupteingang des Generalsekretariates zwei Gebäude- reiniger, die beim Fensterputz-

Deutsches Rotes Kreuz

die Evakuierung von 26 Personen, die in eine Notunterkunft gebracht werden mussten.

gerin Sandra S. war das Stimmungshighlight des Abends mit ihrem Song „Herz an

des OV Speicher immerhin den 2. Platz belegte. Die Sieger kamen aus dem Kreisverband Diepholz und noch konkreter aus Bruchhausen-Vilser. Sie werden Deutschland im nächsten Jahr beim Europäischen Wettbewerb in Prag/Tschechien vertreten. Aber den 3. Platz wollen wir auch noch verkünden. Er ging an die Gruppe des DRK-Kreisverbandes Stegen im Badischen Roten Kreuz. Aber Klasse waren einfach alle und wir gratulieren herzlich!

Insgesamt eine gelungene Veranstaltung, die nur halb so gut gewesen wäre, wenn das Catering der Familie Pfaff nicht so hervorragend gewesen wäre. Essen reichlich und gut, noch um Mitternacht fanden „Naschkatzen.“ (und -kater) was zum Schleckern.

Der Austragungsort des nächsten Wettbewerbs stand bis zum Redaktionsschluss noch nicht fest. Sobald wir mehr wissen, teilen wir es mit.

Margitta Zimmermann



Auch richtiges Zeltaufbauen will gekonnt sein.

Dann zur Siegerehrung in das Cole-Sport-Center in Berlin-Zehlendorf. Rotkreuz-Botschafter Uwe Hübner moderierte durch den Abend. Sän-

Herz“ und unvergessen dann die spannende Siegerehrung, bei der das „Volk tobte“. Kein Sieger aus Rheinland-Pfalz diesmal, obwohl die Gruppe



Die Siegergruppe kam aus Bruchhausen-Vilser im DRK-Kreisverband Diepholz/Niedersachsen. Zweite wurden die Teilnehmer aus dem DRK-OV Speicher/Rheinland-Pfalz und den 3. Platz belegte die Gruppe aus Stegen im Badischen Roten Kreuz. (Fotos: Zimmermann)





Wenn die Flut kommt

1.500 Johanniter im Einsatz

Fünf Jahre nach dem Oderhochwasser versinkt halb Deutschland erneut in den Fluten. Trauriges Jubiläum: Land unter entlang der Elbe und ihren Zuflüssen, Katastrophenalarm auch an der Donau. Die Johanniter helfen überall, über 1500 sind im Einsatz.

Montag, 12. August. Döbeln an der Mulde, 60 Kilometer vor Leipzig. Der Kat-

hen... Machtenberg hat den Auftrag, gemeinsam mit den Döbelner und Hoyerswerdaer Johannitern sowie den Helfern aus Aue-Schwarzenberg 4.000 Bewohner und Einsatzkräfte mit Essen zu versorgen. 90 Prozent der Lebensmittel sind Spenden: Von Eintopf-Konserven über Hähnchenschenkel und Bockwürsten bis hin zu Schokolade und Getränken. Machtenberg: „Wir spüren die Dankbarkeit der Menschen.

ßig ab,“ meint Machtenberg. Am Dienstag tritt um 17 Uhr in Dessau der Krisenstab zusammen, eine Stunde später wird Katastrophenalarm ausgelöst. Ein Stadtteil ist überschwemmt, 5.000 Menschen müssen ihre Wohnungen verlassen. Über 50.000 Liter Öl laufen aus, die Flut reißt Pestizide mit. Die JUH-Geschäftsstelle, nur 500 Meter von der Elbe entfernt, ist bedroht. Nebenan in Bitterfeld steht ei-



Notarzt Harald Genzwürker aus Mannheim war in Dessau im Einsatz – noch hält der Deich.

astrophenschutzbeauftragte des Landesverbandes Sachsen in Leipzig, Ralf Machtenberg, rückt mit seinen Johannitern Richtung Döbeln aus. Alles Ehrenamtliche, die zwei Wochen von Arbeit und Schule freigestellt sind. Große Teile Döbelns stehen unter Wasser. Stromausfall. Zu den ersten Gebäuden, die die Mulde einnimmt, gehört das Arbeitsamt. Dann folgt ein Supermarkt. Deospray und Shampooflaschen treiben in der Flut. Das Wasser dringt in die alte Kirche vor. Einen Meter vor dem Altar bleibt es ste-

Wenn wir den Opfern der Katastrophe unser warmes Essen austeilen, hat mancher geweint. Weil da jemand war, der sich um ihn kümmerte.“ Die Kooperation mit anderen Organisationen klappt gut, da jeder seine Aufgaben kennt. Man hilft einander, mischt sich aber nicht ein: Die Johanniter verpflegen, die Feuerwehr evakuiert, pumpt Keller leer, das DRK macht den Sanitätsdienst, das THW räumt den Schutt weg. „Wenn das Wasser bis zum Hals steht, hilft das Gelernte zwar, aber nicht alles läuft ganz schulmä-

ne Kindertagesstätte der Johanniter unter Wasser. Über 450 Helfer verschiedener Organisationen plus 100 Johanniter aus mehreren Landesverbänden müssen Evakuierungen vornehmen, Sandsäcke füllen, Sanitätsdienst leisten und Flutopfer sowie Einsatzkräfte verpflegen, dafür sind 15 Feldküchen im Einsatz, allein zehn von der JUH.

Insgesamt werden in Dessau rund 19 Millionen Sandsäcke gefüllt und verbaut. 4,2 Millionen davon lieferten die Hamburger Johanniter in ei-

Johanniter-Unfall-Hilfe

ner Nacht. Konrad Ledwa vom Dessauer Kreisverband: „Es ist Wahnsinn. Die Leute haben die Säcke gefüllt bis zur Erschöpfung. Einige mussten wir behandeln. Und ohne unsere Jugend hätten wir das alles nicht geschafft – Dessau wäre abgesoffen!“ Auch in Bayern werden die Ärmel hoch gekrempt: Zahlreiche Städte und Dörfer an der Donau sind überflutet wie die Drei-Flüsse-Stadt Passau. Land unter auch

Dresden ein, ihnen folgen Johanniter aus Würzburg, Schwabach und anderen Standorten. Insgesamt folgen dem Hilferuf aus Sachsen über 1.000 Helfer verschiedener Organisationen aus Bayern. Sie werden von der Nürnberger Feuerwehr koordiniert und bringen rund 500 Fahrzeuge mit. Zentrale Anlaufstelle ist der Dresdner Flughafen. Thomas Bumiller, Beauftragter für den Katastrophenschutz aus Nürnberg: „Es

Speck, Gulasch mit Nudeln. Außerdem machen die Johanniter Sanitätsdienst, teilen an Fluthelfer in Perleberg Pflaster für vom Sandsackfüllen wunde Hände aus. Am gleichen Tag auch Katastrophenschutz-Alarm im Landkreis Harburg. 200 Johanniter aus Hamburg, Harburg, dem Raum Hannover und aus Schleswig-Holstein halten sich für den Einsatz bereit. In der Johanniter-Rettungswache in Elstorf wird die



Der „Held der Oderflut“, JUH-Präsident Hans-Peter v. Kirchbach, gewinnt an der Elbefront einen eigenen Eindruck von der Lage.

(Fotos: JUH)



in der Region Regensburg. Die Rettungswache steht kurz vor der Flutung, 50 ehrenamtliche Helfer kämpfen drei Tage gegen die Wassermassen. Am Schlimmsten ist die Situation in und um Regensburg am 13. und 14. August. Die Mitarbeiter der ambulanten Krankenpflege und die Fahrer für den Menüdienst lassen ihre Autos stehen. Mit Booten vom THW besuchen sie ihre Patienten und versorgen die Menschen mit Essen. Einmal schaffen es die Mitarbeiter, mit einem Traktor durchzukommen. Einige Patienten müssen in die Kurzzeitpflege gegeben werden. Der Strom ist ausgefallen: Menschen mit Magensonden drohen zu verhungern, Wechseldruckmatten sind nicht mehr einsetzbar. Am Donnerstagmorgen, sieben Uhr, treffen die Nürnberger Johanniter in

ist einfach furchtbar. Sie fahren eine Straße entlang. Rechts und links ein riesiger See. Ein paar Häuser ragen heraus, ein Kirchturm.“ Zuerst wird die Universitätsklinik evakuiert, Patienten nach Senftenberg in der Niederlausitz und nach Berlin gebracht. Die Bayern richten ein Behelfskrankenhaus ein. Am Dienstag, den 20. August wird die JUH-Sondereinsatzgruppe im brandenburgischen Fürstenwalde alarmiert. Einsatzort ist das bereits evakuierte Cumlosen bei Wittenberge. Die Johanniter müssen die Einsatzkräfte verpflegen, die seit Tagen keine warme Mahlzeit mehr bekommen haben, nur kalte Bockwurst. Das siebenköpfige Team versorgt nun täglich 350 Helfer mit zwei warmen und zwei kalten Mahlzeiten: Chili con Carne, Kartoffelsuppe, Rührei mit

Logistik und Kommunikationszentrale eingerichtet. Mobilküchen für die Versorgung von bis zu 8.000 Menschen und mehrere LKW-Ladungen mit Liegen stehen zur Verfügung. Neun polnische Katastrophenschützer melden sich zum Einsatz. Der Wettkampf fiel ohnehin ins Wasser. Harm Bastian Harms, zuvor Einsatzleiter für auswärtige JUH-Kräfte in Dessau, jetzt Koordinator vor Ort: „Ein rund 1.800 Meter langer Deichabschnitt bei Neuhaus droht – wie schon einmal vor 100 Jahren – zu brechen.“ Die Johanniter füllen in Windeseile Sandsäcke und – kleiner Sieg über die Naturkatastrophe – der Deich hält.

Regina Villavicencio



11. September 2001 — Rückblick und Bestandsaufnahme

Am 11. September 2001 und in den ersten Tagen danach ging jeder davon aus, es werde Jahre dauern, bis der Berg, den dieser menschenverachtende kriegerische Akt aufgetürmt hat, abgetragen sei. Das war ein Irrtum. Tatsächlich ist der Ort des Angriffs im Herzen vom Manhattan komplett aufgeräumt. Rund zwei Millionen Tonnen Schutt wurden weggeschafft und kubikzentimeterweise durchgesiebt. Der „graveyard“ hat sich in eine normale Baustelle verwandelt. So die sachliche Betrachtungsweise.

Der Mensch hat grundsätzlich die Gabe, schreckliche Er-



Titel des Malteser Magazins 6-01.

innerungen alsbald zu verdrängen, um weiterleben zu können. Zum Glück, denn der verbliebene Schutt war kein Schmutz, es waren die pulverisierten Überreste der Twin-Towers – der Beton, das Glas, die Gipswände und alles andere. Also auch die Überreste von über 2800 Menschen. Eine weitere Unmenschlichkeit, denn manchem wurde es so erschwert oder unmöglich gemacht, mit der Trauerarbeit überhaupt beginnen zu kön-

nen. Die Thanatologie, die Wissenschaft vom Sterben und dem Umgang damit, lehrt, dass Angehörige nichts mehr fürchten als die Aussicht auf ein leeres Grab. So wird ein signifikanter Teil der direkt Betroffenen langfristig an einer posttraumatischen Belastungsstörung leiden, einem Leiden zwischen Entsetzen, Furcht und Hilflosigkeit, mit der Gefahr, dass sie schließlich jedem Reiz im Alltag aus dem Wege gehen. So eine menschliche Betrachtungsweise.

Bei uns in Deutschland ist im Bewusstsein der Bevölkerung nach einer kurzen emotionalen Irritation wieder Normalität eingezogen. Bei uns passiert ja nichts! Man spürt zwar die Kontrollen auf den Flughäfen, gelegentlich werden Fahndungserfolge mit terroristischem Hintergrund gemeldet, und der Bürger fühlt sich sicher. Die Bundeswehr ist zwar in Afghanistan im Einsatz, aber das ist weit weg. Und wie viele Bürger sind es wirklich, die in Uniform als klassische Bindeglieder zwischen der Gesellschaft und ihrer Armee an dem Einsatz beteiligt sind? Ist sich der Bürger unserer Überflusgesellschaft der Risiken bewusst, die ihn und die Gesellschaft bedrohen? Der Politiker tut sich grundsätzlich und gerade in diesen Tagen sehr schwer, hier das notwendige Bewusstsein zu vermitteln, was Konsequenzen in finanzieller und persönlicher Hinsicht für jeden hätte. So Akzente einer sicherheits- und gesellschaftspolitischen Betrachtungsweise.

Bewegt hat die Gesellschaft in den letzten Wochen das Ausmaß der Hochwasserkatastrophe und die dadurch verursachten Schicksale. Eine noch nie dagewesene Spenden-

bereitschaft wird dazu beitragen, das Leid der Betroffenen zu mildern. Wir sollten aber nicht vergessen, dass diese Katastrophe auch schonungslos deutlich gemacht hat, was in den letzten zehn Jahren versäumt wurde: die Aufrechterhaltung eines jederzeit einsatzbereiten und flächendeckenden Schutzes der Bevölkerung gegen jedwede Schadensereignisse großen Ausmaßes. Insbesondere ist hier das notwendige Führungsdenken verloren gegangen. Bundeswehr, Technisches Hilfswerk, die Feuerwehren und die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft haben unbestritten Großartiges zur technischen Abwehr der Hochwasserkatastrophe geleistet. Es wäre allerdings ein Fehler, allein diese Arbeit zur Grundlage einer Neustrukturierung des Zivil- und Katastrophenschutzes zu machen. Hier waren im Schwerpunkt Technik und Arbeitskraft gefordert. Denkbar, ja greifbar, sind beispielsweise auch Epidemien, chemische Intoxikationen sowie Explosionen und vieles mehr, das tief in die Gesellschaft hineinwirken würde und bei dem andere Fähigkeiten als im Hochwasser gefordert wären. Deshalb wäre eine monoistische Auslegung der Potenziale der Gefahrenabwehr tödlich. Der pluralistische Ansatz der Vergangenheit unter Nutzung der Hilfsorganisationen als Katalysator in die Gesellschaft hinein und als unmittelbar wirkende Kraft ist auch in Zukunft unverzichtbar. Die Politik ist gut beraten, das Angebot der Hilfsorganisationen hierzu anzunehmen. Denn: „Wer sich der Gefahr aussetzt, indem er sich schutzlos macht, handelt im Sinne der Gefahr.“

Benedikt Liefländer

Katastrophenvorsorge in Deutschland – Ein Jahr danach



Nach dem Schock des 11. September 2001 sind Katastrophenvorsorge und Schutz der Bevölkerung nachhaltig in den Fokus von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gerückt. So ist es zu begrüßen, daß tradierte Zuständigkeitsbarrieren angesichts außergewöhnlicher Gefahren- und Schadenslagen überwunden werden sollen und Bund und Länder sich verständigt haben auf eine neue Qualität der Verantwortungspartnerschaft für diese unteilbare Staatsaufgabe.

Die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen und der Schutz von Bevölkerung und Umwelt sind für den Erhalt der Zukunftsfähigkeit unseres Landes jedoch nicht erst seit den Terroranschlägen Aufgaben von existentieller Bedeutung, die sich als Sparpotential deshalb wenig empfehlen.

Die ARKAT hat immer wieder auf die Notwendigkeit einer integrativen Strategie der Katastrophenvorsorge hingewiesen und ganzheitliche Ansätze für die Gefahrenabwehr angemahnt. Die jetzt vorgelegten Grundsatzüberlegungen des BMI und der Innenminister der Länder für ein neues Denken im Zivil- und Katastrophenschutz beschreiben deshalb nicht nur den dringend notwendigen Veränderungsbedarf, sondern verständigen sich zu dem auf definitive Maßnahmen zur zügigen Umsetzung des neuen Konzeptes. Neben einer Neubewertung der Bedrohungen, Gefahren und Risiken umfassen die Empfehlungen eine kritische Bestandsaufnahme struktureller, organisatorischer und materiell-technischer Defizite sowie eine konkrete Zieldefinition für innovative Veränderungen.

Gut ein Jahr nach den Terroranschlägen in den USA und als Konsequenz der Erfahrungen bei der Bewältigung des Elbe-

Hochwassers in diesem Sommer beabsichtigt Bundesinnenminister Otto Schily wieder ein eigenständiges Bundesamt als Plattform für innovative Entwicklungen im Bevölkerungsschutz und der Katastrophenhilfe einzurichten. Auch den seinerzeit für obsolet gehaltenen Beirat für Zivil- und Katastrophenschutz will der Bundesinnenminister reaktivieren.

Zweifellos ist es auch richtig und notwendig, die Erkenntnisse aus Wissenschaft, Forschung und Technik strukturell wieder mehr in das Management außergewöhnlicher Gefahren- und Schadenslagen einzubinden. Vielfach unbemerkt haben sich an mehreren deutschen Hochschulen bemerkenswerte Aktivitäten auf dem Gebiet der Katastrophenforschung/-lehre entwickelt. So hat beispielsweise Anfang des Jahres die Technische Universität Braunschweig das Internationale Graduiertenkolleg „Risikomanagement bei Natur- und Zivilisationsgefahren für Bauwerke und Infrastrukturanlagen“ eingerichtet. Träger sind die Deutsche Forschungsgemeinschaft und das Land Niedersachsen. Als Reaktion auf die Bioterrorproblematik fand sich eine internationale Expertengruppe unter Federführung des Instituts für Medizinische Mikrobiologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammen und erarbeitete ein Konzept zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für Zivilschutz und Seuchenabwehr.

Es muss darüber hinaus aber auch festgestellt werden, dass klassische administrative und operative Querschnittsfunktionen im Bereich von Führung, Kommunikation und Logistik, wie sie früher von Regieeinheiten und -einrichtungen im Nahbereich der Katastrophenschutzbehörden wahrgenommen wur-

den, jetzt vielfach fehlen. Gerade die Erfahrungen der jüngsten Hochwasserkatastrophe, die länderübergreifend zu bewältigen war, hat deutlich gemacht, wie notwendig ein integriertes Führungs- und Koordinationssystem insbesondere für das Heranführen überregional eingesetzter Hilfskräfte der verschiedenen Organisationen in großflächigen Einsatzräumen ist.

Mehr Kompetenz in der fachübergreifenden Koordination der Gefahrenabwehr bei außergewöhnlichen und komplexen Schadensereignissen forderte jüngst nach den Erfahrungen aus dem Zugunglück von Bad Münde auch der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen Sigmar Gabriel. Er bat den Landesfeuerwehrverband hierzu Vorschläge zu erarbeiten.

Schadensszenarien haben auch in Deutschland inzwischen eine Dimension erreicht, die die örtlichen Katastrophenschutzbehörden häufig überfordern. Forschung, Bundes- und Länderbehörden, sowie Fachbehörden auf der kommunalen Ebene müssen sich auf dem Weg zu einem wirksamen integrierten Hilfeleistungssystem noch enger vernetzen und die operativen Erfahrungsträger der Katastrophenschutzorganisationen noch stärker in die Planungen einbeziehen. Komplexe Schadensszenarien machen es heute erforderlich, Expertenwissen an jedem Ort schnell und in die örtliche Gefahrenabwehr reibungslos integrierbar zur Verfügung stellen zu können. Der Aufbau derartiger Task-Force-Fähigkeiten ist Bestandteil des jetzt gemeinschaftlich von Bund und Ländern formulierten neuen Rahmenkonzeptes für den Zivil- und Katastrophenschutz. Im Katastrophenschutz weht also ein Wind positiver Veränderung.
Klaus-Dieter Kühn



THW-Einsatz im Katastrophengebiet

Straßen wurden überflutet und Bahngleise unterspült, ganze Häuser wurden weggerissen, zwanzig Menschen star-

sidiem in der Altstadt, die Unterkirche der weltbekannten Frauenkirche und der Kulturpalast am Altmarkt die Ein-

konnte hingegen mit massivem Einsatz von Pumpen vor einer Umweltkatastrophe bewahrt werden.

Vor allem in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg mussten die Helferinnen und Helfer eine völlig verwüstete Infrastruktur wieder instand setzen. Im sächsischen Glaschütten errichteten die Helfer eine 45 Meter lange Bailey-Brücke. Die Konstruktion aus Stahl trägt eine Verkehrslast von 30 Tonnen und kann sogar mit LKW befahren werden. In Pratau bei Wittenberg wurden 2.500 Menschen mit Trinkwasser versorgt.

Während die Wassermassen in Sachsen langsam zurückgingen, bereitete man sich weiter nördlich auf das Schlimmste vor: Die Hochwasserhelfer von THW, Feuerwehr, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und anderen Organisationen sowie tausende Freiwillige verstärkten die zum Teil butterweichen Deiche mit Millionen von Sandsäcken.



Deichsicherung war eine der wichtigsten Aufgaben der THW-Helfer.

ben. Das Jahrhunderthochwasser hinterließ ein Bild der Verwüstung. In den Städten versperrten Trümmer die Straßen, stinkender Schlamm bedeckte ganze Landstriche. Die Pegelstände an Elbe, Mulde und Donau erreichten traurige Rekordmarken.

Das Technische Hilfswerk (THW) kämpfte mit 24.000 Helferinnen und Helfern aus dem gesamten Bundesgebiet gegen die Naturgewalten. Hand in Hand mit den Einsatzkräften anderer Organisationen retteten sie, was zu retten war. Mehr als 3.000 Fahrzeuge sowie 250 Fährpontons und 300 Boote des THW waren im Einsatz. Sämtliche Fachgruppen Wasserschaden/Pumpen wurden in die Katastrophenregionen verlegt.

Mit einer Kapazität von 5.000 Litern pro Minute leiteten Hochleistungspumpen täglich 3,5 Millionen Kubikmeter Wasser ab. In Dresden waren das geflutete Polizeiprä-

satzschwerpunkte. Alleine aus dem Dresdener Hauptbahnhof mussten schätzungsweise 30.000 Kubikmeter Wasser gesaugt werden. Den Kampf um die Semperoper mussten die



Die Pumpen hatten Schwerstarbeit zu leisten.

Helfer jedoch am fünften Tag der Flutkatastrophe aufgeben. Das Weltkulturerbe „Wörlitzer Gartenreich“ bei Dessau

Als diese knapp wurden, richteten Feuerwehr und THW in Nürnberg gemeinsam eine Sandsack-Koordinie-

Technisches Hilfswerk

rungsstelle ein, um den Nachschub an Sandsäcken sicherzustellen. Insgesamt 40 Millionen Sandsäcke sind bei der Koordinierungsstelle angefordert worden. Zum Vergleich: Diese Menge ergibt aneinandergereiht eine Strecke vom Nord- bis zum Südpol. 33 Millionen Sandsäcke wurden davon in den Hochwassergebieten verbaut, sieben Millionen werden in den Depots der Regierungsbereiche, des THW und anderer Stellen eingelagert. Auf Grund der guten Reserven war es möglich, 700.000 Sandsäcke in das ebenfalls von einer gewaltigen Flutkatastrophe getroffene China zu liefern.

Viele der ehrenamtlichen Hilfskräfte kamen in Zeltstädten unter, wie zum Beispiel in Pirna. In Magdeburg waren die Helferinnen und Helfer auf dem Flughafen untergebracht und in Stendal in Fabrikgebäu-

Um sich schnell über die Situation vor Ort zu informieren und sich gegenseitig zu

diniert. Tafeln gaben Aufschluss über den Verlauf des Hochwassers. Pfeile markieren



Millionen von Sandsäcken mussten gefüllt werden.

unterstützen, gab es auf Initiative des THW tägliche Telefonkonferenzen mit allen Hilfsorganisationen im Hochwas-

auf Karten die betroffenen Gebiete.

Nachdem die Pegelstände schließlich auch in Mecklenburg-Vorpommern wieder sanken, begannen die Aufräumarbeiten. Nun waren die Räumkomponenten, d.h. Kipper und Radlader des THW gefragt. Eilig hochgezogene Schutzmauern wurden wieder abgerissen und die Sandsäcke auf den Deichkronen wieder eingesammelt, ausgeschüttet und abtransportiert.

Mit dem zügigen Fortgang der Aufräumarbeiten konnten die Kräfte im Einsatz reduziert werden. In den Städten und Gemeinden des Landkreises Ludwigslust war es schon bald wieder fast so wie vor dem Hochwasser. Die vielen „Dankeschön“-Schilder an vielen Ortseinfahrten oder in Deichbereichen zeugten von tiefer Dankbarkeit der Bevölkerung, und davon, dass hier der Kampf gegen das Hochwasser gewonnen wurde.



Sandsackkette zusammen mit Soldaten der Bundeswehr.

(Fotos: THW)

den. In Dessau wurde die A9 teilweise gesperrt, damit mehr als 200 THW-Helfer auf der einen Fahrbahn schlafen und essen konnten, während auf der anderen Seite der Verkehr lief. Pumpen liefen auf vollen Touren. Überall Fahrzeuge, Schläuche und Stromaggregate. Nachts erhellten Scheinwerfer und Leuchtbällons die Szenerie. Die Helferinnen und Helfer des THW gaben ihr Bestes, damit die Autobahn befahrbar blieb.

sereinsatz. In der THW-Leitung in Bonn-Bad Godesberg war ein Leitungs- und Koordinierungsstab rund um die Uhr besetzt. Täglich fanden drei Lagebesprechungen und eine Telefonkonferenz mit den Landesverbänden statt. Elf Mitarbeiter arbeiteten hier rund um die Uhr, Schichten von über zwölf Stunden waren keine Seltenheit. Die Telefone liefen heiß, Lageberichte und Hochwasserstände wurden durchgegeben, Einsätze koor-



„Hochzeit“ auf der Fassmer-Werft

Der 46 Meter lange Aluminium-Schiffsrumpf für den neuen Seenotkreuzer SK 29 der Deutschen Gesellschaft



Über dem Aluminiumrumpf des neuen Seenotkreuzers der DGzRS schwebt das Deckshaus, das in wenigen Augenblicken aufgesetzt wird. Im Herbst 2003 soll das 46 Meter lange Spezialschiff in Dienst gestellt werden. (Foto: DGzRS)

zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), Bremen, ist am Donnerstag, 29. August 2002, in den frühen Morgenstunden auf dem Gelände der Fassmer-Werft in Berne-Motzen (Niedersachsen) an der Unterweser für den Weiterausbau an Land geholt worden. Von Autokränen wurde hier das Deckshaus aufgesetzt. Die Schiffbau-Spezialisten nennen diesen Vorgang „Hochzeit“.

Bis zum Herbst 2003 erfolgt die Fertigstellung dieses größten deutschen Seenotkreuzers, der dann auf der Hochseeinsel Helgoland stationiert werden und von hier aus das Revier Deutsche Bucht mit absichern soll. Der Rumpf wurde von der Spezialwerft „Aluship“ in Danzig gefertigt.

In Kürze werden die drei insgesamt ca. 10 000 PS leistenden Maschinen eingebaut. Die Verdrängung des Seenotkreuzers liegt bei etwa 400 Tonnen.

Prognosen der Meteorologen und Klimaforscher heißen stärkere und häufigere Stürme; Schifffahrtsexperten rechnen mit erheblichen Zunahmen in der Personen- und Handelsschifffahrt. Für die DGzRS sind diese Perspektiven Anlass gewesen, frühzeitige Initiativen im Bereich der aktiven Sicherheit auf See zu ergreifen. Der Neubau wird ausschließlich durch Spenden und freiwillige Zuwendungen, ohne Steuergelder, finanziert.

EU probt den Ernstfall

Mehr als 800 Zivilschützer, Feuerwehrleute, Giftgasexperten, Polizisten und Helfer aus sechs europäischen Ländern (Frankreich – als Ausrichter –, Österreich, Spanien, Italien, Griechenland und Schweden) führten am 27. und 28. Oktober 2002 unter dem Namen EURATOX 2002 eine Großübung zu Hilfeinsätzen nach Terrorangriffen durch. Zwei Tage lang probten sie auf dem Militärgelände von Canjeurs in der Provence den Ernstfall. Ausgangspunkt der Übung war ein mehrtägiges internationales Sportereignis in Südfrankreich, für das bereits Hilfskräfte bereitstanden, als der erste Terroranschlag – die Explosion einer sogenannten schmutzigen Bombe in einem Kinosaal, die auch Radioaktivität freisetzte – 200 Menschen tötete bzw. schwer verletzte und kontaminierte. Kurze Zeit später ereignete sich eine zweite Explosion in einem Hallenbad und verursachte einen starken Ammoniak-Austritt, der ebenfalls Menschen tötete bzw. verletzte. Trotz der Ereignisse wurde das Sportereignis in einer nahegelegenen Stadt fortgesetzt. Ein Kleinflugzeug attackierte ein mit 20.000 Besuchern gefülltes Sportstadion mit Giftgas (das Publikum wurde durch 200 Soldaten simuliert) und stürzte anschließend in die Menge.

Mit dieser ersten EU-weiten Life-Übung sollten die Reaktionsmöglichkeiten eines von einem Terrorangriff betroffenen Staates und dessen Kommandostränge bei den Rettungseinsätzen überprüft sowie die Zusammenarbeit der Zivilschutzorganisationen der EU-Staaten optimiert werden. An der Übung nahmen auch 60 Beobachter aus den EU-Staaten teil, aus Deutschland je ein Vertreter der Zentralstelle für Zivilschutz, der THW-Leitung sowie ein ABC-Abwehrexperte der Hamburger Feuerwehr.

Bewertung durch den Vertreter der ZfZ: Eine von den Franzosen hervorragend organisierte Übung, die insbesondere durch die Ereignisse auf Bali und in Moskau an Realitätsnähe nichts zu wünschen übrig ließ. Beeindruckend die vielseitige, auf die einzelnen Erfordernisse ausgerichtete Ausstattung mit Fahrzeugen und Schutzausrüstungen und das Engagement der Übungsbeteiligten. Etwas störend bei der Übung die vielen Journalisten und Kamerateams, die teilweise sogar „Rettungskräfte“ bei ihrer Arbeit behinderten. Häufigste Frage der deutschen Medienvertreter: Warum beteiligt sich Deutschland nicht aktiv? *Dieter Schleip*

Einsatznachorgeteams angefordert

Nach der Flutkatastrophe in den Elbegebieten und im Müglitztal hat das Landratsamt Sächsische Schweiz in Pirna ein Kriseninterventionszentrum für Betroffene und Helfer eingerichtet, das seit dem 19. September für mehrere Wochen rund um die Uhr besetzt war. Von hier aus wurde die Notfallseelsorge für die betroffene Bevölkerung und die gesamte Einsatznachsorge für alle Helfer koordiniert. Seit Beginn der Flutkatastrophe waren in einer Turnhalle die

Evakuierten der Region untergebracht und von dem örtlichen Kriseninterventionsteam Sächsische Schweiz auch psychosozial versorgt worden.

Die Bundesvereinigung SbE (Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen) e.V. stellte vom 23. August bis zum 08. September vor Ort das Einsatznachsorgekernteam, zunächst unter der Leitung von Joachim Müller-Lange, dem Vorsitzenden der Bundesvereinigung. Das fünfköpfige Team koordinierte und organisierte die gesamte Einsatznachsorge für die Helfer, die im Landkreis Sächsische Schweiz im Einsatz waren. Vor Ort wurde partnerschaftlich mit Notfallseelsorgern aus Bayern zusammengearbeitet.

Als hilfreich erwiesen sich die Strukturen des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes. Erstmals wurde das sogenannte Sachgebiet S7 aufgebaut, in dem die Psychosoziale Unterstützung in engster Kooperation mit dem Krisenstab des Landkreises und der örtlichen Kirchenleitung vernetzt ist. So konnten Notfallseelsorge und Einsatznachsorge mit je einem Einsatzabschnitt gut koordiniert und effektiv und effizient angeboten werden.

Die Einsatzkräfte mussten sich in der Flutkatastrophe oft unversehens auf Ereignisse und wechselnde Einsatzsituationen einstellen. Vor Ort befanden sich zahlreiche Helfer, unter ihnen auch viele aus anderen Bundesländern. Nicht nur an direkt Betroffenen der Flutkatastrophe gingen die belastenden Ereignisse nicht spurlos vorüber, sondern auch bei Einsatzkräften zeigten sich Belastungen. Die von zwei Flutwellen überrollte Region nahe der tschechischen Grenze gehört zu den am stärksten betroffenen Gebieten.

Fast drei Wochen nach der Überflutung konnte der Katastrophenalarm immer noch nicht aufgehoben werden. Die Helfer kämpften weiter mit den Folgen, viele Straßen- und Eisenbahnverbindungen oder Häuser gibt es einfach nicht

mehr, andere mussten abgestützt oder gesprengt werden. Viele Bilder, Gespräche und Gerüche mussten die Helfer verarbeiten. Dabei halfen die Einsatznachsorgeteams mit strukturierten Gruppengesprächen, aber auch mit Einzelgesprächen, Wachbesuchen und Informationsveranstaltungen über Extremerleben und seine Auswirkungen.

Als in den betroffenen Gebieten am 26. August die Schulen wieder geöffnet wurden, rückten die Kinder verstärkt in den Blick der Nachsorge. Für Kinder sind solche Situationen häufig mit ganz besonderen Belastungen verbunden. In einem Informationsbrief an die Eltern, Kindergärten und Schulen wurden erste Empfehlungen zur Unterstützung der Kinder gegeben. Ein speziell für die Psychische Erste Hilfe für Kinder im Hochwassergebiet entwickeltes Informationspapier „Seebär“ wurde den Eltern ebenfalls angeboten.

Die auswärtigen Helfer blieben solange, bis das örtliche Kriseninterventionsteam, das unter der Leitung von Irina Kraus und Stephan Kays weiter in den Strukturen des S7 gearbeitet hat, die eigenen Kapazitäten so entwickeln konn-



te, dass eine kontinuierliche Arbeit möglich wurde. So entstand aus dem Kriseninterventionszentrum ein Beratungszentrum, in dem auch Sozialarbeiter und Psychologen mitwirken. Die Psychosoziale Un-

terstützung ist bis Ende des Jahres projektiert. Wenn nötig, wird sie weitergeführt werden.

Zivilschutz-Hubschrauber

Ein Zivilschutz-Hubschrauber Bo 105 CBS 5 des Bundesministeriums des Innern wurde im August durch das Hochwasser der Elbe stark beschädigt. In einer Werft in Riesa konnte er nicht mehr rechtzeitig vor den schnell steigenden Fluten in Sicherheit gebracht werden. Erst nach eingehender Begutachtung in enger Abstimmung mit dem Hersteller kann gesagt werden, ob ein Totalschaden vorliegt oder eine Reparatur möglich ist. Hierzu musste der Hubschrauber vollkommen zerlegt werden.

Insgesamt waren die Zivilschutz-Hubschrauber des Bundesministeriums des Innern, die an 16 Stationen als Rettungs-Transport-Hubschrauber eingesetzt werden, im September fast 646 Stunden in der Luft.

Zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft mussten aufgrund von Wartungen und der

Das Bild zeigt die Zelle des zerlegten Hubschraubers in der Werft der Fa. Motorflug in Baden-Baden.

(Foto: Schröer)

ausgefallenen Bo 105 CBS 5 an den Stationen Güstrow und Köln kurzfristig BGS-eigene Hubschrauber vom Typ EC 135 eingesetzt werden, die zusammen über 28 Stunden geflogen sind. Schröer

Konserviertes Wissen

Der Barbarastollen in Oberried, Teil eines ehemaligen Silberbergwerks im Schauinslandmassiv, ist seit 1975 der Zen-



Großes Gedränge herrschte in den engen Gängen des ehemaligen Bergwerkes. (Foto: Stachowiak)

trale Bergungsort der Bundesrepublik und steht als einziges Objekt in Deutschland unter Sonderschutz gemäß der Haager Konvention und trägt am gesicherten Eingang das dreifache Kulturgut-Schutzzeichen.

Anlässlich der diesjährigen „Alemannischen Woche“ und der 750-Jahr-Feier des Wilhelmiten-Klosters in Oberried wurden die Tore zum zweiten Mal für Besucher geöffnet.

Fast 600 interessierte Bürger zogen im Laufe des Tages einen Helm auf und machten sich auf den ca. 500 m langen Weg in das Berginnere.

Bei einer fast gleichbleibenden Raumtemperatur von 10°C sind dort, aufgeteilt auf zwei Querstollen, 1.400 Edelstahlbehälter auf Hochregalen gestapelt.

In diesen Spezialbehältern lagern Mikrofilme, die über mehrere Jahrhunderte das Wissen konservieren und so das kulturelle Erbe bewahren und weitergeben sollen.

Urkunden, Baupläne, Archivalien, Kunstschätze, Unikate – alles, was die Archivverwaltungen des Bundes und der Länder als Kulturgut ausgewählt haben, wird auf Mikrofilm gebannt und hier im Barbarastollen verwahrt.

Die vielen Fragen der Besucher spiegelten das große Interesse am Thema wider.

A.Lindlar

Gemeinsames Melde- und Lagezentrum eingerichtet

Gemeinsam mit der Bundesanstalt THW hat das Zentrum für Krisenmanagement der Zentralstelle für Zivilschutz (Zfz K) im Bundesverwaltungsamt am 1. Oktober 2002 mit dem Betrieb und weiteren Ausbau eines Gemeinsamen Melde- und Lagezentrums (GMLZ) von Bund und Ländern begonnen.

Grundlage für Aufbau, Einrichtung und Betrieb des GMLZ ist der Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) vom 06.06.2002.

Das GMLZ ist zusammen mit deNIS, (deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem)

schen Gesamtrressourcen des Bundes bei großflächigen Schadenslagen von einer räumlich und organisatorisch zusammengefassten Einrichtung disponiert werden.

Mit dem GMLZ wird zukünftig eine angemessen rasche Reaktion der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehrstrukturen des Bundes und der Länder auf ein großflächiges Schadensereignis gewährleistet sein. Das GMLZ stellt in diesen Fällen wichtige Dienstleistungen zentral zur Verfügung und verbessert so die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, zwischen verschiedenen Bundesressorts, mit anderen Staaten und internationalen sowie supranationalen Organisationen. Darüber hinaus stellt es dem Bundesinnenministerium zu jeder Zeit ein aktuelles und flächendeckendes Lagebild zur Verfügung. Prognosekapazitäten und umfassendes, interdisziplinäres Expertenwissen erleichtern insbe-



Blick in einen Teilbereich des Gemeinsamen Melde- und Lagezentrums von Bund und Ländern.

(Foto: Stein)

Bestandteil der in der Zfz eingerichteten „Koordinierungsstelle für großflächige Gefahrenlagen (KoSt)“.

Die Bundesanstalt THW unterstützt das GMLZ bei seinen Aufgaben mit fachlich qualifiziertem Personal. Die taktisch-operativen Aufgaben des THW werden im Ereignisfall in einer der KoSt organisatorisch angeschlossenen Leitungs- und Koordinierungszentrale THW wahrgenommen. Diese bleibt dabei jedoch selbständig und der THW-Leitung unterstellt. So ist sichergestellt, dass die nicht-polizeilichen/-militäri-

sondere bei zeitlich kritischen Entscheidungen die Arbeit der Krisenstäbe.

Wichtige Aufgaben des GMLZ sind daher u.a. Beschaffung, Analyse, Koordination und Weitergabe von Meldungen und Informationen im Ereignisfall.

Das GMLZ steht in direktem Kontakt mit den Lagezentren der Bundesressorts und der Innenministerien der Länder sowie mit nationalen und internationalen wie auch supranationalen Behörden und Organisationen. nps

Rettungsdienst Wörterbuch Deutsch – Niederländisch – Französisch – Englisch

*Feuerwehr Aachen (Hrsg.)
Storck-Verlag Hamburg
ISBN 3-934782-12-450*

Europa wächst zusammen, diese Binsenweisheit gilt auch für den Rettungsdienst in den Grenzregionen. Deshalb ist das „Wörterbuch Rettungsdienst“ ein tauglicher Versuch, grenzüberschreitend Begriffe in vier Sprachen zu erläutern. Nicht zufällig ist der Herausgeber die Feuerwehr Aachen, die im Dreiländereck Belgien, Niederlande und Deutschland grenzüberschreitend im Rettungsdienst tätig ist.

Das Wörterbuch mit der praktischen Spiralbindung ist in fünf Bereiche unterteilt. Die rund 290 Fachbegriffe des Rettungsdienstes werden in vier farbig unterschiedlichen Teilen mit Deutsch beginnend dargeboten. Jeder Teil des Buches beginnt mit einer anderen Sprache, wobei immer die Begriffe in den anderen drei Sprachen aufgeführt sind. Im fünften Teil, dem Anhang, folgen 14 Vordrucke für Telefaxe, die zwischen den Leitstellen ausgetauscht werden können. Alle Faxe sind dreisprachig und reichen von reinen Informationen über bestimmte Schadensereignisse, über Anforderungen von Unterstützungspotenzial bis hin zu Nachfragen über Krankenhaus-Kapazitäten.

Die Schwierigkeit eines Fachwörterbuches ist es, deutsche Begriffe in eine andere Sprache zu übersetzen, ohne dass es in dieser Sprache einen entsprechenden analogen Begriff gibt. Dies wird immer dann deutlich, wenn typisch deutsche Begriffe aus dem Bereich der Rettungsdienstorganisation übersetzt werden müssen. Dann kann der Übersetzer diesen Begriff nur umschreiben, weil der direkte Begriff in der anderen Sprache fehlt. Ein Beispiel dafür ist der Begriff Notarzt-Einsatzfahrzeug. Diesen Fahrzeugtyp

kennt man in den Niederlanden und in England nicht. Trotz dieser Schwierigkeiten haben sich die Herausgeber mit Erfolg bemüht, alle diese Begriffe zu umschreiben.

Das Wörterbuch ist eine gute Hilfe für den, der Grundkenntnisse in der Sprache des Nachbarn besitzt und spezielle Begriffe des Rettungsdienstes lernen oder in einer konkreten Situation nachschlagen muss.

Leider wird der gute Eindruck durch einige Fehler getrübt, welche in einer zweiten Auflage korrigiert werden sollten. *H. Peter*

Untergrundkrieg: Der Anschlag von Tokio

*Von Haruki Murakami
DuMont Literatur und
Kunst Verlag Köln
ISBN 3-8321-5697-6,*

Murakami ist ein in Deutschland wenig bekannter japanischer Autor zahlreicher Romane und Erzählungen, der in seinem Heimatland hingegen gefeiert und mit höchsten Literaturpreisen ausgezeichnet wurde.

Am 20. März 1995 setzten Mitglieder der Aum-Sekte in fünf Linien der Tokioter U-Bahn nahezu zeitgleich den Nervenkampfstoff Sarin frei. „Untergrundkrieg“ gibt mit um Neutralität bemühter Distanz Interviews wieder, die der Autor 1996 bzw. 1997 mit Angehörigen der Toten, mit Überlebenden sowie schließlich mit Mitgliedern der Aum-Sekte geführt hat. Seine eigenen Erkenntnisse bei der Arbeit an diesem Buch brachte Murakami in einem Brief anlässlich der Terroranschläge vom 11. September 2001 an die Süddeutsche Zeitung zum Ausdruck: „Dabei habe ich einen nachdrücklichen Eindruck davon erhalten, welche große Gefahr der Terrorismus für die moderne Gesellschaft darstellt.“ Ebenso wird es dem Leser ergehen, der von Murakami quasi in die vom Giftgas-

anschlag betroffenen U-Bahnlinien der japanischen Hauptstadt gesetzt wird. Wie Sitznachbarn werden die übrigen Passagiere vorgestellt, die schließlich ihre Geschichten vom 20. März 1995 erzählen. Lebensbilder, in nahezu allen Fällen typisch japanisch dominiert von Familie und Beruf, die brutal verändert werden erst durch Angst, dann durch körperliche Schäden. Beides, Angst wie körperliche Schäden, hat diesen Tag überdauert. Posttraumatische Folgen, die heute manchmal fast wie eine Modeerscheinung diskutiert werden, lassen sich hier lehrbuchhaft nachvollziehen.

Der zweite Teil, in dem Mitglieder der Sekte zu Wort kommen, ist in Japan als eigenständiges Buch erschienen. Murakami hatte ursprünglich die Absicht, sich auf den ersten Teil zu beschränken, um den Fokus auf die Betroffenen zu richten. Für den Leser wird allerdings erst durch das vollständige Werk die Frage etwas transparenter, die sich auch der Autor stellt, nämlich die nach dem Wesen der Aum-Sekte. In fataler Weise fühlt man sich an Morton Rhues Beschreibung eines Indoktrinatiosexperimentes erinnert, die er in „Die Welle“ veröffentlicht hat. *D. Franke*

Feuerwehr-Jahrbuch 2002/2003

*Hrsg.: Deutscher Feuerwehr-
verband e.V., Bonn*

Als eine der aktuellsten Jahresdokumentationen erscheint zum Jahreswechsel das „Feuerwehr-Jahrbuch 2002/03“ des DFV. Es dokumentiert die Arbeit der Feuerwehren, des Verbandes und seine fachlichen Aussagen schwerpunktmäßig an der Flutkatastrophe, dem Flugunglück am Bodensee und den verheerenden Unwettern. Der umfassende Adressenteil des deutschen Feuerwehrwesens macht es zu einem unverzichtbaren Arbeitsmittel.

Für Sie gelesen



Das „Feuerwehr-Jahrbuch 2002/03“ wird 13 Euro kosten und kann vorbestellt werden beim DFV-Versandhaus, Koblenzer Straße 135-139, 53177 Bonn, Telefon (0228) 953500, Telefax (0228) 9535090, im Internet www.feuerwehrversand.de.

Tee mit dem Teufel: Als deutscher Militärarzt in Afghanistan

*Von Reinhard Erös
Hoffmann und Campe
ISBN 3-455-01801-7,*

Er hat Mutter Teresa ebenso kennen gelernt wie Osama bin Laden. Bereits als Medizinstudent war er in einer Buschklinik in Tansania tätig, später für die NATO, die Vereinten Nationen und für internationale Hilfsorganisationen in Ruanda, Ost-Timor, Iran, Albanien, Bosnien, Bangladesch, Indien und Vietnam. Seine ganze Kraft setzt Oberstarzt Dr. Erös aber für Afghanistan ein. Bereits 1986, als die Sowjetunion noch einen erbitterten Krieg gegen die afghanische Bevölkerung führte und jedem Ausländer der Aufenthalt in diesem Land unter Androhung der Todesstrafe verboten war, gehörte er zu den illegal tätigen Ärzten. Später ließ er sich für ein Jahr vom Dienst freistellen und übersiedelte mit Familie ins pakistanische Peshawar, um als ärztlicher Leiter einer deutschen Hilfsorganisation in und für Afghanistan tätig zu werden.

Spannend, einfühlsam und auch sehr persönlich schildert

Erös seine Erlebnisse. Beeindruckend, mit welcher Selbstverständlichkeit die vom Europäischen so sehr verschiedene Kultur erkannt und gelebt wird. Interkulturelle Kompetenz, die in dieser Situation ebenso Voraussetzung ist für das eigene Überleben wie für den Erfolg der Arbeit. Tee mit dem Teufel ist kein Lehrbuch für Auslandseinsätze, es empfiehlt sich trotzdem für alle, die neben Fakten mehr über die emotionale Seite eines solchen niemals ungefährlichen humanitären Einsatzes erfahren wollen. Darüber hinaus ist das Buch allen ans Herz zu legen, die angesichts der aktuellen Lage mehr über Afghanistan und seine Bevölkerung erfahren wollen.

Reinhard Erös engagiert sich auch von Deutschland aus weiterhin für sein Afghanistan. Unter www.kinderhilfe-afghanistan.de findet sich Information zu seiner Arbeit.

D. Franke

Luftrettung

*Von Holger Scholl
S+K-Verlag Edewecht
ISBN 3-932750-77-2*

Im November 1970 begann in München mit dem Rettungstransporthubschrauber „Christoph 1“ ein neues Kapitel im Rettungsdienst. Holger Scholl hat sich mit seinem fast 500-seitigen Werk nicht nur das Ziel gesetzt, diese Erfolgsgeschichte zu dokumentieren, sondern es sollen auch „Problembereiche und Spannungsfelder offengelegt sowie Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden“; auch ein Blick über die Grenzen und ein Vergleich mit den Luftrettungssystemen der europäischen Nachbarn und der USA fehlen nicht. Darüber hinaus eignet sich das Buch dank des umfangreichen Bild-, Karten- und Tabellenmaterials bestens als Nachschlagewerk für jeden am Thema Interessierten.

nps

KOPF- NUSS

So wird's gemacht:

Das Lösungswort ergibt sich – in richtiger Reihenfolge – aus den Buchstaben in den farbigen Feldern. Schreiben Sie die Lösung auf eine Postkarte und senden Sie diese bis zum **31.12.2002** (Poststempel) an:

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivilschutz
- Preisrätsel -
Deutschherrenstraße 93-95
53177 Bonn

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, das Lösungswort per Fax: (01888-3585824) oder e-mail: redaktion.zfz@bva.bund.de zuzusenden.

Unter allen richtigen Lösungen werden folgende Preise ausgelost:

1. ein Autofeuerlöscher
2. eine Löschdecke
3. ein Rauchmelder
- 4.-10. je ein Infopaket

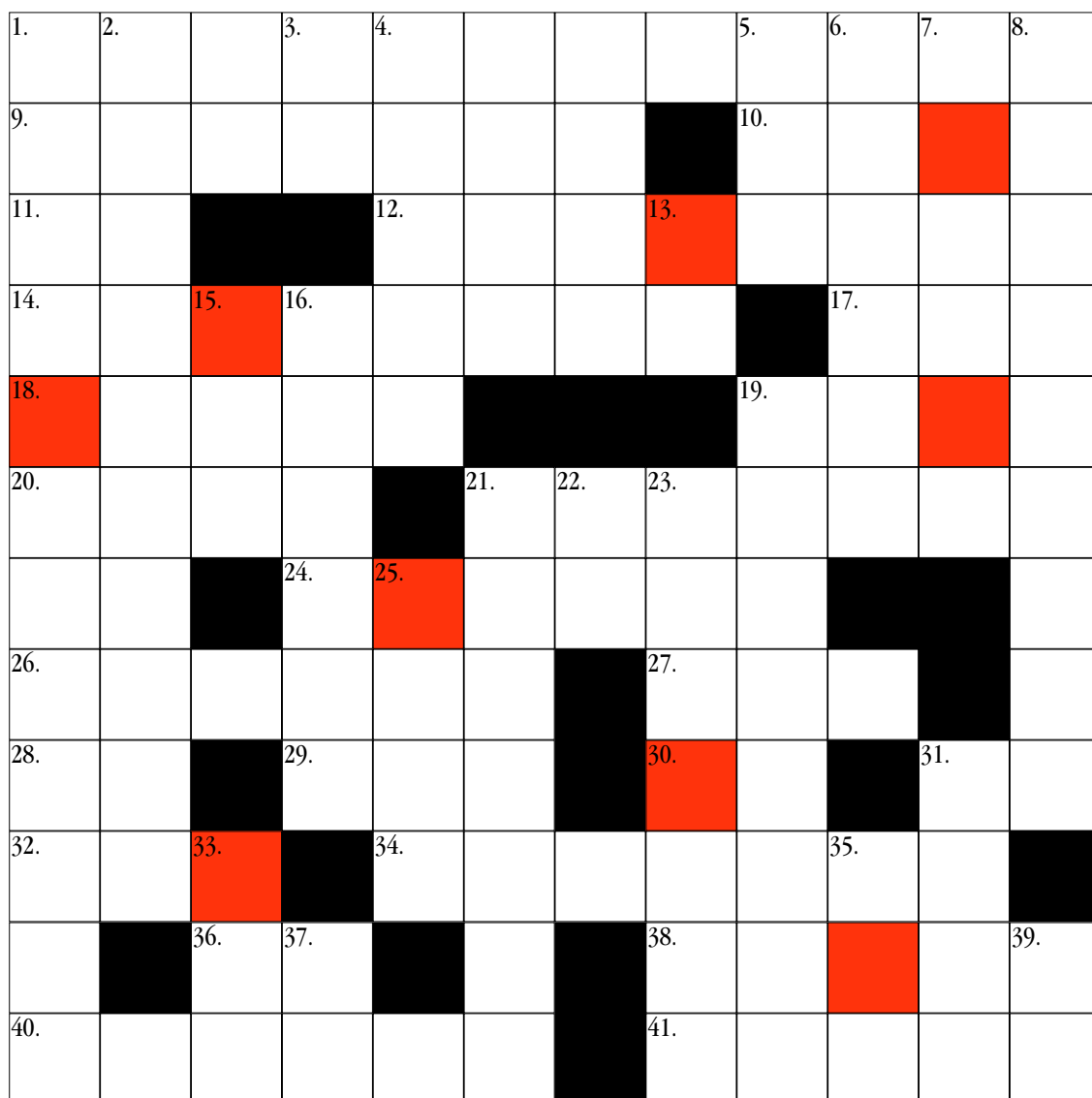
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter des BVA und deren Angehörige dürfen nicht teilnehmen.

Die Lösung des Rätsels aus Heft 3/2002 lautete:

Kupplung

Die Gewinner werden per Post benachrichtigt.

Kopfnuss



WAAGERECHT:

- 1 Macht die LUK in NRW außer leiten
- 8 Körperteil, voll entwickelt
- 10 Dies selbst gibt es auch mit krat und mat
- 11 Eine britische Version von 10 waagerecht
- 12 Mit der Energie kommt man oft nicht in die Garage
- 14 Britisch-argentinischer Zankapfel
- 17 Zeit- und Berufskollege von Lucas Cranach
- 18 Auch dieses in seiner Wächter Händen half Cäsar nicht
- 19 Spielen italienische Engel
- 20 Ohne dieses liegt der Optimist so still wie der Katamaran
- 21 Traube mit zwei Eigenschaften
- 24 Meteorologische Angabe in Achtel
- 26 Mitten in Ecuador
- 27 Im Sommer begehrt, im Winter gefürchtet
- 28 Mit Brüssel verbunden wie das Männchen
- 29 Dieses Volk wird mit ben am Arbeitsplatz unangenehm
- 30 Dicke setzen ein H dazu, um dünn zu werden
- 31 Umlaut der Zweite
- 32 Neuharberger Forschungszentrum
- 34 Stewardessenplatz
- 36 Gefürchteter Raum im Krankenhaus
- 38 So sagten die Griechen, wenn's aus Osten pfiß
- 40 Dieser Schriftsteller ist für seine Aphorismen bekannt
- 41 Hat ein Holografieuseum

SENKRECHT:

- 1 Zimmerförster
- 2 Ein gegliedertes Ganzes
- 3 Der Arzt wird unruhig, wenn er hier weniger als 90 einträgt
- 4 Diesen Knaben hat die ZfZ im Netz
- 5 Der aufmerksame Engländer hält nicht nur das eye offen
- 6 Rügen auf der Höhe
- 7 Da gibt's angeblich Hasen
- 8 Gelegentlich vermitteln KatS-Fahrzeuge diesen Eindruck
- 13 Größter Staatenbund
- 15 Zweite Instanz des Streitens um Krankengeld
- 16 Indianische Eigentumswohnung
- 19 Einer der Helfer in der Not
- 21 Wenn die Kurve sich windet wird sie so
- 22 Da ist det Liesbeth Chefin
- 23 Kein Hochland, im Gegenteil
- 25 Wenn das Interview gesendet wird, sollte man ihn hören
- 31 Wenn der Sauerstoff bis drei zählt
- 33 Ob laut, ob leise wird hier bestimmt
- 35 So viele gute Dinge braucht der Italiener
- 37 Ihn zu tragen bedarf es der G 26
- 39 Die mit der Nummer 20 waren eine Bedrohung

KOPFNUSS

Terminkalender

Termine 2002

Achtung!
Termin wurde verlegt!
Neu:

14. bis 16. November 2002:
FLORIAN 2002. Fachmesse
Ort: Halle
Info: www.messe-florian.de

Hinweis: Die ZfZ ist ideeller Träger dieser Messe

*

21. bis 23. November 2002:
Herbsttagung des Werkfeuerwehrverbandes Deutschland und des Deutschen Feuerwehrverbandes
Ort: Fulda
Info: www.wfvd.de

*

27. bis 29. November 2002:
18. Münchner Gefahrstoff-Tage
Ort: München
Info: www.gefahrstoff-tage.de

*

5. bis 6. Dezember: 3. Internationale VdS Fachtagung Feuerlöschanlagen
Ort: Köln
Info: Tel.: 0221/776480 oder Email: fachtagung@vds.de

*

Termine 2003

31. Januar bis 2. Februar 2003:
Ausstellung und Fachkongress „rescue 2003“
Ort: Messe Stuttgart
Info: www.aerztekammer-bw.de
www.messe-stuttgart.de/rescue

*

12. bis 19. März 2003:
CeBIT 2003.
Ort: Hannover

*

22. März 2003: Fortbildungsveranstaltung für alle First Responder Einheiten und interessiertes medizinisches Fachpersonal
Ort: Unterschleißheim
Info: Kreisfeuerwehrverband München, KBM G. Absmeier
Tel.: 089/37004759

*

17. bis 18. Mai 2003: Internationaler Kongress der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin (DGKM) e.V. „Bedrohung durch biologische und chemische Substanzen“
Ort: Evang. Johannesstift Berlin

*

29. Mai bis 1. Juni 2003: XV. Internationale Feuerwehrsternfahrt
Ort: Schlemma
Info: www.feuerwehrsternfahrt.de

*

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postfach 20 03 51, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverwaltungsamt, Zentralstelle für Zivilschutz, Deutschherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:
Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivilschutz
Internet: <http://www.bva.bund.de>
E-Mail: redaktion.zfz@bva.bund.de

Bevölkerungsschutz
erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluss ist jeweils der 10. des Vormonats.

Vi.S.d.P.: Alexander Krapf
Telefon 01888-358-5318
Redaktion:
Nikolaus Stein Tel.: 01888-358-5308
Rainer Schramm 01888-358-5323
Telefax 01888-358-5824

Layout: Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Werbedruck GmbH
Horst Schreckhase
Postfach 1233
34283 Spangenberg
Telefon (0 56 63) 94 94
Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis € 1,90
Abonnement jährlich € 7,50
zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Heute schon
geklickt?

www.denis.bund.de

deNIS

Deutsches Notfallvorsorge-
Informationssystem

TERMINKALENDER

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jendsch

Heute: Führungsfahrzeug (FüF) VW-Iltis, THW

Das Technische Hilfswerk Hannover verfügte über ein Führungsfahrzeug beziehungsweise einen Zugtruppkraftwagen (ZTrKw) vom Typ VW-Iltis. Ein solches Fahrzeug findet sich eher selten in den Fahrzeugparks der Katastrophenschutzorganisationen, wengleich Einzelstücke sowohl beim THW, bei den Feuerwehren als auch bei den Sanitätsorganisationen zu sehen waren. Der VW-Iltis kann ohne oder mit Plane ausgestattet sein (siehe Modellfoto). Im Fahrzeug finden vier Personen Platz.

Lackiert ist das Vorbild in THW-Blau (RAL 5002), ausgenommen die Frontverblendung, das Planengestänge sowie die Radkappen.

Das Modell

Die Firma Roco liefert(e) ein absolut vorbildgerechtes Grundmodell des VW-Iltis unter der Nummer 1323 (THW-Version) sowie in weiteren Ausführungen (unter anderem des Militärs). Das Modell bietet die Möglichkeit, ein Fahrzeug mit oder ohne Plane darzustellen. Für den Modellbastler bleiben die Arbeiten am Grundmodell gering: Lediglich ein Blaulicht muss am linksseitigen Fensterholm angebracht werden. Dazu wird ein sehr dünner, circa 1,2 cm langer Plastikstab aus dem Zubehörangebot der Modellhersteller beziehungsweise aus der „Restekiste“ vom Chassis bis zum Fensterholm angeklebt und durch leichtes Biegen diesem Verlauf angepasst. Aufgesetzt wird oberhalb der Pla-



Ein Vorbild des THW-Iltis fand sich einst auf der „Interschutz“ in Hannover (die Fotoqualität ist leider unzureichend).



Zwei Iltis-Modelle im Maßstab 1:87/H0, einmal mit und einmal ohne Plane. (Bilder: Wolfgang Jendsch)

nenhöhe ein kleiner Blaulichtsockel mit Blaulicht (Zubehör Preiser, Roco).

Die Lackierung des Modells ist ebenfalls einfach: Wie oben beschrieben überwiegt das THW-Blau, ausgenommen der Radkappen, der Stoßstangen, des Fensterrahmens und der

Planengestänge (alles schwarzglänzend) sowie des FahrzeugInnenraumes, der Rückspiegel, der Kühlerfront und der Plane (schwarz-matt). Ergänzt werden Rückleuchten (rot), Blinker (orange) sowie Schweinwerfer und Spiegel (silber).



Ob Verkehrsunfall oder häuslicher Notfall – der Rettungshubschrauber ist oftmals die einzige Möglichkeit, umgehend ärztliche Hilfe herbeizuholen. Daneben ist der schnelle und schonende Transport zum Krankenhaus ein weiterer Pluspunkt für die Hilfe aus der Luft. Der Name „Christoph“ ist deshalb schon seit Jahrzehnten Synonym für die optimale Ergänzung des bodengebundenen Rettungsdienstes.

Ein Netz von Rettungshubschrauber-Stationen umspannt Deutschland nahezu flächendeckend und umfaßt mehr als 50 Standorte, deren Helikopter vom Zivilschutz, der ADAC-Luftrettung, der Bundeswehr, der Deutschen Rettungsflugwacht und anderen Trägern gestellt werden.

Auf 16 Stationen werden die vom Bund beschafften Rettungshubschrauber von Piloten des Bundesgrenzschutzes (BGS) geflogen und von deren Technikern gewartet. Der BGS trägt die Personalkosten für das fliegende Personal und die Wartungskräfte, die Betriebs- und Abschreibungskosten für die Hubschrauber werden ihm über die Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) vom Kostenträger erstattet. Über den Einsatzalltag hinaus stehen diese Maschinen den Ländern für Einsätze bei Katastrophen, Unglücks- oder sonstigen Notfällen zur Verfügung.

Während der diesjährigen Internationalen Luft- und Raumfahrt ausstellung in Berlin fand ein dreitägiges Symposium zum Thema statt (Bericht S. 3).

(Fotos: Claes)